

ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK
PUBLIKUMSRAT

Sitzungsprotokoll
1/2023

Ort: ORF-Zentrum, Großer Sitzungssaal
1136 Wien, Hugo-Portisch-Gasse 1

Zeit: Donnerstag, 9. März 2023
10.05 Uhr bis 14.06 Uhr

Folgende Mitglieder sind anwesend:

Hr. Ing. Johann BAUMGARTNER, MAS
Hr. Ing. Florian BRUNGRABER
Hr. Mag. Josef BURANITS, LL.M.
Fr. Mag.^a Andrea DANMAYR (Vorsitzenden-Stellvertreterin)
Hr. Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER
Hr. Dr. Markus HENGSTSCHLÄGER
Hr. Mag. Klaus HÜBNER
Hr. Univ.-Prof. Mag. DDr. Matthias KARMASIN
Fr. Elisabeth KERN
Hr. Mag. Andreas KRATSCHMAR
Fr. RA Mag.^a Michaela KRÖMER, LL.M.
Hr. Martin LADSTÄTTER, M.A.
Hr. Wolf LOTTER
Hr. Mag. Walter MARSCHITZ, BA (Vorsitzender)
Fr. Mag.^a Sophie MATKOVITS
Hr. Willi MERNYI
Hr. Univ.-Prof. Dr. Siegfried MERYN
Hr. Univ.-Prof. Mag. Dr. Michael MEYER
Fr. Barbara NEPP
Hr. Christoph RIEDL
Hr. Mag. Martin SCHENK
Hr. Dr. Josef SIFFERT
Fr. MMag.^a Dr.ⁱⁿ Petra STOLBA (online)
Hr. Michael WALCHHOFER, MBA
Fr. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Regina WEITLANER
Hr. MMag. Bernhard WIESINGER, MBA, MPA
Fr. Mag.^a Daniela ZIMMER

Österreichischer Rundfunk:

Hr. Generaldirektor Mag. Roland WEISSMANN
Hr. Mag. Dr. Josef LUSSER
Fr. Barbara EBINGER, BA, MA

Stimmübertragungen:

Fr. Sonja HORNER

vertreten durch Mag. Andreas KRATSCHMAR

Fr. RA Mag.^a Michaela KRÖMER, LL.M.

ab 12.54 Uhr vertreten durch Mag.^a Andrea DANMAYR

Hr. Willi MERNYI

ab 12.25 Uhr vertreten durch Mag.^a Daniela ZIMMER

Fr. Dr.ⁱⁿ Maria NEISSER

vertreten durch Mag. Andreas KRATSCHMAR

Fr. MMag.^a Dr.ⁱⁿ Petra STOLBA

vertreten durch Mag. Andreas KRATSCHMAR

Fr. Pauline TREPCZYK, BSc

vertreten durch Mag.^a Andrea DANMAYR

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums gemäß § 29 Abs. 4 ORF-G ist damit gegeben.

Die Tagesordnung, die fristgerecht übermittelt wurde und gegen die kein Einwand erhoben wird, umfasst folgende Punkte:

1. Genehmigung des Protokolls vom 24.11.2022	5
2. Bericht des Generaldirektors und allgemeine Programmfragen	5
3. Ergebnisse der Publikumsratsstudie: „Anforderungen des Publikums an die Erfüllung der Programmaufträge zu den Themen Europa, Sicherheit und Wirtschaft“ – Präsentation und Diskussion	39
4. Bericht des Vorsitzenden	45
4.1. Virtuelle Teilnahme an Sitzungen/Änderungen der Geschäftsordnung (§ 29 Abs. 2 ORF-G)	
5. Berichte aus den Ausschüssen	
5.1. Präsidialausschuss: Bericht über die Sitzung vom 7.3.2023	45
5.2. Konsumentenausschuss: Bericht über die Sitzung vom 27.2.2023	48
5.3. Finanzausschuss: Bericht über die Sitzung vom 27.2.2023	48
5.4. Ausschuss für Unternehmens- und Medienpolitik: Bericht über die Sitzung vom 8.3.2023	49
5.5. Programmausschuss: Bericht über die Sitzung vom 8.3.2023	52
5.6. Beschwerdeausschuss: Bericht über die Sitzung vom 8.3.2023	53
7. Allfälliges	55

Der VORSITZENDE begrüßt die Gremienmitglieder und Gäste zur Sitzung des Publikumsrats. Er begrüßt auch die Mitglieder zur Sitzung, die nicht anwesend sein können und die Sitzung online mitverfolgen. Sie beginne mit einer traurigen Mitteilung. Die vorige Vorsitzende des Publikumsrats, Ilse Brandner-Radinger, sei in der Zeit zwischen den Sitzungen verstorben. Sie sei ein Journalistin mit Herzblut gewesen und dann auch jahrelang Generalsekretärin des Presseclubs Concordia. Sie sei seit 2004 im Publikumsrat und zwischen 2014 und 2018 dessen Vorsitzende, also seine Vorgängerin gewesen. Er bitte darum, im Gedenken an sie aufzustehen und eine Schweigeminute abzuhalten.

(Die Anwesenden erheben sich zum schweigenden Angedenken.)

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden.

Es gebe auch Erfreuliches zu berichten. Während der letzten Sitzung habe das Publikumsratsmitglied Brungraber eine Medaille gewonnen, nämlich die Silbermedaille bei der Weltmeisterschaft. Er wolle ihm dazu noch einmal persönlich sehr herzlich beglückwünschen. *(Beifall.)*

Im Anschluss an die Sitzung werde es die bereits beim letzten Mal angesprochene Führung geben.

LUSSER teilt mit, dass man wie gewünscht die Gelegenheit erhalten werde, den neuen Newsroom zu besichtigen. Es werde dort ein Techniker zur Verfügung stehen, der bei der Planung mitgearbeitet habe. Man könne da also alle Fragen stellen, die man im Zusammenhang mit dem Newsroom habe. Die Führung werde im Anschluss an die Sitzung stattfinden, also zirka um 14 Uhr beginnen. Wenn jemand noch jemanden aus dem Familien- oder Bekanntenkreis darüber informieren wolle, so sei das also bis 14 Uhr noch möglich.

Im Hinblick auf die nächste Sitzung liege ein Bericht der Wiener Landwirtschaftskammer auf den Plätzen, teilt der VORSITZENDE mit. Man werde das nächste Mal den Ausflug machen, den es in der letzten Funktionsperiode schon einmal gegeben

habe. Er wäre eigentlich schon für diesmal vorgesehen gewesen, man habe ihn jedoch abgesagt, weil am Abend die ORF III-Programmpräsentation sei. Man wolle diese Veranstaltung nicht konkurrenzieren.

Die Landwirtschaftskammer lade dazu ein, die Stadtlandwirtschaft Wien kennenzulernen, so SIFFERT. Man werde nunmehr im Anschluss an die nächste Sitzung mit einem Bus zwei Gemüsebaubetriebe besuchen und dann am späteren Nachmittag bei einem Heurigen landen. Genau das hätte sich mit der ORF-III-Programmpräsentation überkreuzt. In der Zwischenzeit könne man die kleine Broschüre studieren, die Ende Dezember einstimmig im Landtag beschlossen worden sei. Es handle sich um den Landwirtschaftsbericht, den die Landesregierung abliefern müsse, sowie den Grünen Bericht der Bundesregierung. Darin würden sich interessante Dinge finden, wie zum Beispiel, dass es in Wien Spezialitäten von Feigen über Pilze bis hin zu Schnecken und Fischen gibt, dass Wien die Gurkenhauptstadt Österreichs ist. Die meisten Salatgurken würden in Wien erzeugt. Auch würden in Wien die meisten Frauen Betriebe führen. Auf EU-Ebene gebe es 28 % weibliche Betriebsführerinnen, in Österreich ein Drittel und in Wien seien es 50 %. Bei den Jungen in Wien seien es sogar zwei Drittel.

Es fänden sich natürlich auch negative Dinge in den Berichten. Es würden zum Beispiel immer mehr Äcker verschwinden, weil der Druck der Großstadt natürlich ganz enorm sei. Man könne das in Ruhe studieren. Einige Tage vor dem nächsten Publikumsrat werde man noch eine Information über das genaue Programm aussenden, sodass man sich dann auch anmelden könne.

Nunmehr starte sozusagen der offizielle Teil der Sitzung, sagt der VORSITZENDE. Dazu begrüße er noch einmal alle Gremienmitglieder herzlich. Sehr herzlich begrüße er den Generaldirektor, die Mitglieder des ORF-Teams, die Kollegen von den anderen Medien, von „Dossier“ und die Zuschauer.

LUSSER gibt auf Ersuchen des Vorsitzenden die Entschuldigungen und Vertretungen für diese Sitzung sowie die Onlineteilnahmen bekannt.

Der VORSITZENDE stellt zur Tagesordnung fest, dass die aktuellen Ereignisse es notwendig und sinnvoll machen würden, die Sitzungsgewichtung ein wenig zu verschieben und den ursprünglich geplanten Sitzungsschwerpunkt ein wenig zurückzunehmen. Man werde ihn jedoch trotzdem zumindest andiskutieren können.

Der VORSITZENDE tritt in Punkt 1 der Tagesordnung „GENEHMIGUNG DES PROTOKOLLS VOM 24.11.2022“ ein.

Wenn niemand Einwände habe, das Protokoll so zu beschließen und auf der Website des Publikumsrats zu veröffentlichen – er sehe keine –, dann sei das Protokoll vom 24.11.2022 damit einstimmig genehmigt.

Der VORSITZENDE tritt in Punkt 2 der Tagesordnung „BERICHT DES GENERALDIREKTORS UND ALLGEMEINE PROGRAMMFRAGEN“, dem eigentlichen Mittelpunkt dieser Sitzung ein. Das klinge zwar ein bisschen routinemäßig, aber die Zeiten, in denen der ORF sich gerade befinde, seien alles andere als Routine. Der Generaldirektor werde ihnen nunmehr einen Überblick geben, wo man stehe und was sich tue. Im Anschluss daran werde man die Möglichkeit haben, mit ihm darüber zu diskutieren.

Der GENERALDIREKTOR wünscht einen schönen, guten Morgen und führt aus: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen im ORF. Tatsächlich sind es spannende und herausfordernde Zeiten für den ORF. Wir kämpfen um eine nachhaltige Finanzierung und wir kämpfen um eine Digitalnovelle, um uns weiterentwickeln zu können.

Ich möchte Ihnen heute ein paar Eckpunkte einer aktuellen Studie der EBU, der European Broadcasting Union präsentieren. Diese hat sich mit dem demokratiepolitischen Wert von öffentlich-rechtlichen Medien in Europa auseinandergesetzt. Öffentlich-rechtliche Medien sind in 90 % der Länder die vertrauenswürdigste Nachrichtenquelle. Das ist auch in Österreich so. Politiker und Medien stehen momentan sehr tief im Vertrauensranking – Sie haben es vielleicht gelesen. In den vergangenen zwei, drei Jahren ist es gelungen, das Vertrauen in die Medien wieder zu steigern. Auch in Österreich ist der ORF die vertrauenswürdigste Quelle. Das ist in Zeiten von Social Media, von Parallelwelten, von Blasen, in denen sich immer mehr Menschen bewegen, wichtig. Je mehr Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien es gibt, desto weniger Sorgen muss man sich im Hinblick auf Fake News machen.

Nachhaltig finanzierte öffentlich-rechtliche Medien wirken sich positiv auf das Demokratieverständnis aus. Der ORF ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der medienpolitischen Infrastruktur dieses Landes. Starke öffentlich-rechtliche Medien tragen dazu bei, autoritäre Tendenzen zu verhindern.

Der „Club of Rome“ – Sie kennen ihn alle – hat im vergangenen Herbst einen neuen Bericht vorgelegt. Auf die Frage nach der größten Herausforderung in der heutigen Zeit würden viele wahrscheinlich den Klimawandel nennen. Das ist natürlich auch ein ganz großes Thema, aber der „Club of Rome“ hat festgestellt, dass die kollektive Unfähigkeit zwischen Fakten und Fiktion zu unterscheiden, die bedeutendste Herausforderung unserer Tage ist. Das kann ich nur unterstreichen. Ich glaube, dass der ORF in der Vergangenheit, aber auch in der Zukunft da einen ganz, ganz wesentlichen Beitrag zu leisten hat. Der ORF muss auch in Zukunft die große unabhängige Berichterstattung liefern. Das ist der ganz, ganz wesentliche Auftrag eines öffentlich-rechtlichen Mediums. Starke öffentlich-rechtliche Medien sichern die mediale Infrastruktur in Europa.

Ich bin ein großer USA-Fan, aber wenn ich die Medien in den USA und in Europa miteinander vergleiche, dann macht dieser Vergleich sicher. Es gibt tolle Medien in den USA, aber die Öffentlich-Rechtlichen gibt es nur in Europa, und die sollte man sich auch in Zukunft bewahren. Sie sind ganz wichtig für die demokratiepolitische Entwicklung in den Ländern. Ich kann nur vor einem ORF, der kaputtgespart wird, einem öffentlich-rechtlichen Sender, der seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann, warnen. Der ORF ist ganz stark in der Information, in Kunst und Kultur, in Sport und Unterhaltung. Es wäre ein demokratiepolitisches Armutszeugnis, wenn wir das in dieser Form nicht mehr machen könnten.

Trotz des starken Medienwandels bleibt der ORF in Österreich das unangefochtene Leitmedium im Radio, im Fernsehen und Online. Wir haben einen starken Start ins TV-Jahr gehabt. Aktuell erreicht die ORF-TV-Sendergruppe 38,3 % Marktanteil. Auch das Streaming steigt stark an. Bis zu 20 % der TV-Nutzung erreichen wir mittlerweile über Streaming. Der ORF darf seine Programme in der Regel 7 Tage online lassen. Bis zu 20 % der Nutzung kommen mittlerweile über die On-Demand-Nutzung zustande. Das ist ein starkes Argument dafür, dass der ORF eine Digitalnovelle und mehr digitale Möglichkeiten braucht. Das ist einfach ein starkes Zukunftsfeld. Wir wollen natürlich für unser Publikum da sein. Gerade dann, wenn es so kommt, wie

wir alle sehr hoffen, dass wir eine Haushaltsabgabe bekommen. Wir werden dann ein echter Rundfunk der Gesellschaft. Dann müssen wir natürlich alle Gruppen mit Programmen erreichen können. Wir erreichen das mit unseren klassischen linearen Kanälen sehr, sehr gut, aber natürlich braucht es dazu auch neue digitale Möglichkeiten, die wir mit der Digitalnovelle zu bekommen hoffen. Jetzt erreichen wir rund 85 % der Bevölkerung mit unseren Programmen, das sind bis zu 6,5 Millionen Menschen. Natürlich muss es für einen Öffentlich-Rechtlichen mit einer Haushaltsabgabe das Ziel sein, 100 % der Bevölkerung mit Programmangeboten zu erreichen.

Durch das VfGH-Erkenntnis ergibt sich die Notwendigkeit, dem ORF Anfang 2024 eine neue Finanzierung zu geben. Es hat dazu Gespräche und Verhandlungen gegeben. Dabei hat es die Ansage gegeben, dass es für den ORF eine Haushaltsabgabe geben soll. Das halten wir für eine gute, nachhaltige Lösung.

Wir haben immer davon gesprochen, dass der Zeitplan sehr ambitioniert ist. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir uns innerhalb des Zeitplans bewegen. Bis Ende des Monats würden wir einen ersten Entwurf für die Haushaltsabgabe brauchen. Meine Informationen besagen, dass wir da noch immer im Zeitplan liegen. Es hat wie gesagt nach Verhandlungen die Ansage gegeben, dass sich die Bundesregierung die Finanzierung des ORF mit einer Haushaltsabgabe vorstellen könnte. Das wäre aus unserer Sicht eine gute Lösung.

Wir sind linear mit unseren klassischen Angeboten im Radio, im Fernsehen und Online sehr, sehr erfolgreich. Mit einer Digitalnovelle soll es künftig noch digitaler und österreichischer werden. Momentan erreichen wir rund 85 % der Bevölkerung mit zumindest einem ORF-Angebot pro Tag. Mit dem Ausbau im digitalen Bereich gehen wir davon aus, dass wir dann für alle Menschen in Österreich ein Programm anbieten können. Mit einer Digitalnovelle werden wir tatsächlich die Gesamtbevölkerung erreichen. Damit erreichen wir vor allem die jungen Menschen, die vor allem im digitalen Bereich unterwegs sind, die wir momentan noch nicht so gut erreichen. Mit einer Digitalnovelle wollen wir auch denen dann ein entsprechendes Angebot mit öffentlich-rechtlichem Content machen.

Was ich im Sonderfinanzausschuss schon angesprochen habe und was uns im Unternehmen in den kommenden Monaten beschäftigen wird, ist, dass es natürlich auch eine Transformation im Haus geben wird müssen. Das ist aber nichts Neues, weil wir in der ORF-Strategie 2025 den Weg vom Broadcaster zur digitalen Plattform ohnedies vorgezeichnet haben. Wir werden gemeinsam mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unsere bisherigen Strukturen, die sich im Wesentlichen an den analogen Ausspielkanälen orientieren, umbauen. Ich habe das bei einer Mitarbeiterversammlung im Haus bereits angekündigt. Wir werden das jetzt in den kommenden Monaten erarbeiten. Wir werden uns in Richtung Cluster entwickeln, weil wir Ressourcen poolen müssen und wollen, um zu einer besseren, abgestimmteren Vorgangsweise zu kommen. Programmvielfalt wird natürlich weiterhin angeboten, aber wir bauen die internen Strukturen so um – wir haben das auch schon gemacht, mit dem multimedialen Newsroom und in bestimmten Bereichen –, dass wir insgesamt eine multimediale Clusterstruktur aufbauen.

Es wird immer wieder die Frage aufgeworfen, wie wir effizienter werden. Dazu nur zwei sehr plakative Bilder: Ein klassischer Regieplatz, von dem aus nach wie vor noch zum Beispiel „Dancing Stars“ abgewickelt wird. Bisher war es so, dass wir auch kleinere, weniger aufwendige Sendungen natürlich nicht mit der gleichen Mannschaft wie bei „Dancing Stars“, aber doch mit einem höheren Personalaufwand abgewickelt haben. Mittlerweile beginnen wir im Haus flächendeckend sogenannte Single-

Operator-Studios, also Ein-Mann- oder Ein-Frau-Regieplätze auszurollen, von denen aus man die kleinen oder weniger aufwendigen Sendungen wie zum Beispiel den „ZIB-Flash“ dann nur mehr mit einer Person abwickelt. Das ist Teil des Reengineerings, mit dem wir insgesamt effizienter werden wollen.

Seit zwei Wochen ist das neue „ZIB“-Studio in Betrieb. Ich hoffe, Sie haben das alle schon gesehen. Wir haben insgesamt ein sehr, sehr gutes Feedback bekommen. Es war auch enorm aufwendig, das alles umzustellen. Das hat alles super funktioniert. Mein Dank gilt den Mannschaften vor und hinter den Kameras. Wir haben da mit einem modernen Nachrichtenstudio einen wichtigen weiteren Schritt gesetzt.

Wie wollen wir die Transformationsprozesse, die wir in den kommenden Monaten gemeinsam im Haus zu stemmen haben, strukturell und strategisch angehen? – Wir haben das in vier Bereiche gegliedert. Ich habe das jetzt schon kurz beispielhaft ausgeführt; also dieser große Regieplatz versus dem kleinen. Es gibt da also zunächst einmal die technische Entwicklung, Automatisierung und Digitalisierung. Zur Strukturentwicklung habe ich auch schon kurz ausgeführt, dass wir uns da noch mehr in eine Clusterstruktur begeben wollen. Erste Bereiche gibt es da ja bereits. Der neue Sportchef Aigelsreiter ist ja mittlerweile Chef des multimedialen Sports, und diesen Weg werden wir im gesamten Haus fortsetzen. Mit den neuen digitalen Möglichkeiten gibt es dann natürlich auch eine neue Flottenstrategie mit Digitalangeboten, die die vorhin gezeigten Lücken vor allem beim jungen Publikum schließen soll.

Wenn wir ein Unternehmen mit einer Haushaltsabgabe sind, dann müssen natürlich die strengsten Kriterien gelten, was Compliance und Kultur im Unternehmen betrifft. Ich habe da eine führende internationale Medienmanagerin gewinnen können, die einer Ethikkommission vorsteht. Da wollen wir uns speziell den Themen Governance und Compliance widmen. Wir wollen uns den Status quo anschauen, welche Regularien es im ORF gibt und was State of the Art in Österreich und international ist. Wir wollen feststellen, ob es Adaptierungsbedarf gibt. Das wollen wir bis zum kommenden Sommer abschließen, um auch in dem Bereich eine Vorbildfunktion einzunehmen und ein Vorzeigeunternehmen zu sein. – Danke schön. (*Beifall.*)

Der VORSITZENDE schlägt vor, in die Diskussion einzusteigen. Der Generaldirektor habe nicht zu allen Themen berichtet, die im Raum stünden. In der Beantwortung gebe es dann sicherlich auch Platz für diese Themen.

LOTTER dankt dem Generaldirektor für dessen Ausführungen. Eine Sache, die ihm am Herzen liege und die er schon in der Präsidiäle angemerkt habe, sei der Umgang mit den Begriffen Social Media und Fake News. Die Verbreiterung des ORF unter den neuen Bedingungen, die sich abzeichnen würde, heiße ja auch, dass sehr viele Menschen heute schon in Social Media ihre Informationen austauschen und kommunizieren würden. Das mit Fake News gleichzusetzen, halte er für problematisch. Das wolle er hier einmal anmerken.

Es brauche natürlich Regulative, aber die Social Media sozusagen als Heimat der Fake News zu bezeichnen, sei seiner Meinung nach eine Beleidigung aller Leute, die sich in diesem Bereich bewegen würden, und das seien in Österreich ein paar Millionen. Da müsse man also wirklich differenzieren und vielleicht brauche man da auch eine andere Wortwahl. Diversität bilde sich in den sozialen Medien und im Internet ab. Wenn ein Unternehmen so viel im Digitalbereich tun wolle, dürfe man das seiner Meinung nach nicht übersehen.

Verjüngung und junges Publikum seien richtig und wichtig und brauche das Haus dringend. Strengere Regeln für die Compliance würden vielen Leuten echt am Herzen liegen. Das sei eines der häufigsten Themen in Gesprächen über den ORF und das auch über die Landesgrenzen hinaus. Man dürfe aber nicht nur über das junge Publikum reden, sondern man müsse im Kontext auch über Altersdiskriminierung reden. Vielfalt und Diversität bedeute eben auch, dass man ältere Mitarbeiter nicht schlecht behandle. Ankowitsch, der langjährige, international bekannte Moderator des Bachmannpreises sei in einem Zweiminuten-Gespräch von der Landesdirektorin darüber informiert worden, dass er im Sommer nicht mehr tätig sein werde. Das sei wirklich unglaublich. Es könne auch nicht sein, dass es dazu offiziell nichts gebe. Alte und Junge gehörten in einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk selbstverständlich gleichermaßen anständig und respektvoll behandelt. Diversität sei kein bloßes Marketingprogramm.

Der VORSITZENDE fragt an, ob man die Studie der EBU zur Verfügung gestellt bekommen könnte. (WEISSMANN: Sehr gerne, natürlich! Das werden wir gerne machen.)

KARMASIN dankt für die Resolution, die er jetzt nicht mehr im Detail besprechen wolle, und auch für die Aufnahme seiner Punkte. Er habe lediglich drei Anmerkungen dazu, die er im Kontext der aktuellen Diskussion für relevant halte.

Erstens, und das habe man auch in der Resolution klar gemacht, lasse das höchstgerichtliche Urteil wenig Spielraum: Haushaltsabgabe oder mit Zweidrittel-Mehrheit eine Finanzierung aus dem Budget. Eine Zweidrittel-Mehrheit gehe sich in der verbleibenden Zeit nicht mehr aus. Also bleibe eigentlich nur die Haushaltsabgabe. Er halte eine permanente Debatte darüber, ob man das machen solle und ob das gescheit sei, eigentlich für unsinnig. Ein höchstgerichtliches Urteil sei in einem Rechtsstaat umzusetzen, ob man es der Sache nach für gut halte oder nicht. Er finde, dass der Generaldirektor in der öffentlichen Debatte deutlicher machen könnte, dass es um die Umsetzung eines höchstgerichtlichen Urteils und nicht um eine politische Willensentscheidung gehe.

Es wüssten hier ohnedies alle: Auch die GIS werde unabhängig von der Anzahl der Leute bezahlt, die im Haushalt leben würden.

Zweitens denke er, dass der Begriff Fake News problematisch sei. Er frage, wieso man es nicht Propaganda nenne, denn das sei es. Wieso rede man nicht über Verschwörungsmymen, denn das seien sie. Dass die über soziale Medien besonders leicht verbreitet werden könnten und dass die Algorithmen, die dahinter liegen würden, besonders zur Verbreitung beitragen würden, sei in sehr vielen Studien – unlängst einer aus Stanford – nachgewiesen worden. In den sozialen Medien gehe es um Empörungsbewirtschaftung und Clickbaits, weil das die Werbefinanzierung, die diese Plattformen hätten, also personalisierte Werbung leichter mache.

Natürlich werde jeder sagen, dass der Bereich, den er hier zu vertreten habe, besonders wichtig sei und man gerade da gar nicht sparen dürfe. Das sei ohnedies klar: Sport, aber bitte nicht beim Sport, bei Menschen mit besonderen Bedürfnissen, bei der Jugend, bei der Landwirtschaft und so weiter. Das werde man heute alles noch hören. Dass er das jetzt für die Wissenschaft behaupte, werde niemanden überraschen. Aber er denke, dass der Unterschied zwischen dem, was faktenbasiert evident sei, und dem, was Propaganda und Verschwörungsmymen seien, in vielen Bereichen die Wissenschaft mache. Bei der Umstellung ins Digitale gebe es durchaus Luft nach oben in Richtung Vermittlung von Wissenschafts- und Medienkompetenz. Mit Medienkompetenz meine er vor allem Recherchekompetenz. Es gehe also da-

rum, eine journalistische Grundtugend auch dem Publikum ein bisschen näherzubringen. Sehr oft würden Leute in den sozialen Medien auf Propaganda hereinfliegen, weil sie Check-Recheck-Doublecheck nicht gelernt hätten. In Richtung Fact-Checking und Rechercheplattform könne er sich vorstellen, dass es da Möglichkeiten im Digitalen gebe, die auch kostengünstig zu realisieren wären. Das durchaus auch in Richtung Wissenschaftskompetenz gedacht.

Medien seien Infrastruktur der Demokratie. Dazu leiste der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen wichtigen, wenn auch nicht exklusiven Beitrag. Er halte die Idee, dass es nicht um die Subvention einer notleidenden Branche, sondern um die Infrastruktur der Demokratie gehe, als Denkansatz für überlegenswert.

Er würde sich sehr freuen, wenn der ORF sich des Begriffs Accountability und nicht mehr des Begriffs der Governance und des aus der CSR-Debatte stammenden Begriffs der Compliance bedienen würde. Wenn das jetzt eine junge, engagierte und kompetente Frau federführend betreibe, dann werde es in spätestens einem halben Jahr Accountability heißen.

Der VORSITZENDE erläutert zum Verständnis für diejenigen, die nicht Gremienmitglieder seien, dass im Präsidialausschuss im Vorfeld eine Resolution beraten worden sei. Da gebe es einen Vorschlag, der dann beim Bericht des Präsidialausschusses zur Diskussion stehen werde. (KARMASIN: Ich entschuldige mich für den Vorgriff!)

MERNYI formuliert zunächst einen Satz aus einer Metaperspektive: Er finde es schon interessant, dass man in den letzten Wochen in eine solche Spardebatte gekippt sei. Er meine da nicht den Publikumsrat. Der ORF müsse sparen, und das Programm und das alles gehe sich nicht mehr aus. Jetzt müsse gespart werden. Man rede immer von einer Entpolitisierung, und jetzt richte die Ministerin einer Partei dem Generaldirektor aus, dass, wo und was da eingespart werden müsse. Das sei jedenfalls nicht die Vorgangsweise, die er sich für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorstelle. Ihm gefalle es nicht, dass eine ÖVP-Medienministerin sage, dass man über das Rundfunk-Symphonieorchester und über ORF-SPORT+ diskutieren sollte. Natürlich könne jeder Vorschläge bringen, was zu diskutieren sei, das sei ihm egal. Die Frage sei allerdings, warum dann jetzt der ORF springe und das alles zur Disposition stelle. Er denke nicht, dass es die Aufgabe der Bundesregierung sei, dem ORF-Generaldirektor auszurichten, wo und wie zu sparen sei.

Die zentrale Frage bei der Haushaltsabgabe sei, was der Haushalt bekomme, wenn er diese Abgabe zahle, welches Angebot er bekomme. Da sei die zentrale Frage, welche Relevanz der ORF für die Menschen, die in dem Land lebten und diese Abgabe zahlen müssten, habe. Wenn eine Relevanz gegeben sei, dann sei man bereit, auch etwas zu zahlen. Wenn man das nicht als relevant erachte, frage man sich natürlich, warum man da zahlen solle, wenn es für sie und ihr Leben nicht relevant sei.

Es gehe also darum, den ORF darin zu unterstützen, Relevanz für alle Menschen herzustellen, die da jetzt zahlen müssten. Er denke, dass das Spardiktat nicht sehr hilfreich sei, um Relevanz herzustellen.

Ihm gefalle auch die öffentliche Debatte nicht, die da derzeit über den Privilegien-Stadl ORF geführt werde, darüber, was denn die im ORF alle verdienen würden. Die Lohnerhöhung des ORF habe 2,1 % betragen. Er habe in der Kollektivvertragsdatenbank des ÖGB nachgeschaut. Es gebe keinen Lohnabschluss in der Republik Österreich, der unter dem liege, der für den ORF abgeschlossen worden sei. Das zum Thema, dass die ORF-Mitarbeiter zu viel verdienen würden. Es gebe mehrere Möglichkeiten, hochengagierte und -motivierte Leute zu demotivieren. Eine davon

sei, allen auszurichten, dass sie hochbezahlt seien und eigentlich sehr wenig leisten würden. Er lade alle dazu ein, das einmal einer Ö1-Mitarbeiterin zu erzählen, die nicht einmal eine fixe Anstellung habe, sondern sich in einem prekären Arbeitsverhältnis befinde.

Natürlich verstehe er die Freude, dass man jetzt in der „Zeit im Bild“ sage, dass hinter den Kameras keine Menschen mehr arbeiten würden, sondern jetzt eben alles digital sei. Die Leute seien weg, die dort gearbeitet hätten. Er sei vielleicht einer der wenigen, die sich die Frage stellen würden, wo diese Leute jetzt seien und was mit ihnen passiert sei. Man könne da sicherlich einwenden, dass das nicht Aufgabe des Publikumsrats sei. Er finde diese Frage jedoch schon spannend.

Beim Sparen gehe es natürlich ums Personal. Da frage er sich, ob man da nur bei den Kameraleuten spare. Landesdirektor Ziegler habe nachweislich die Berichterstattung des ORF zugunsten der ÖVP beeinflusst. Der Generaldirektor habe eine Kommission eingesetzt, um das zu überprüfen, und der ehemalige ORF-Informationen-Direktor Draxler, der die leite, habe gesagt, dass die Vorwürfe den gesamten ORF betreffen und ihn in seinen Grundfesten erschüttern würden. Der Landesdirektor habe sein Amt sofort zur Verfügung gestellt, aber jetzt sei er wieder da, jetzt sei er wieder im ORF. Er habe den Job, den weiteren Ausbau der Barrierefreiheit und Inklusion im ORF-Programm umzusetzen. Das sei ein wichtiger Job, gar keine Frage. Die Frage sei jedoch, ob es diesen Job schon vorher gegeben habe oder ob man den Job geschaffen habe, weil Ziegler zurückkomme, wie das Ausschreibungsverfahren gewesen sei und wer sich da noch beworben habe. Er frage sich, wo da die Kompetenz Zieglers sei. Die werde sicherlich vorhanden sein, denn sonst hätte er den Job nicht bekommen. Er hätte es lediglich gerne gewusst. Es stelle sich auch die Frage, wie so etwas auf die Ö1-Mitarbeiterin wirke, die prekär beschäftigt sei. Antworten auf diese Fragen würden ihn interessieren.

Der Generaldirektor und auch sein Vorredner hätten die Aufgabe des ORF im Kontext von Fake News angesprochen. Der ORF sei ein Garant für eine ordentliche und gute Berichterstattung. Der ORF sei jedoch mehr als Nachrichten, der ORF sei mehr als Information. Das gelte insbesondere dann, wenn man Relevanz haben müsse. Da gehöre dann auch Unterhaltung und Sport dazu. Man müsse den ORF in seiner Gesamtheit sehen. Er frage sich, wie das gehen solle, wenn man jetzt bei ORF-SPORT+ sparen wolle. Es gehe um 300 Millionen €, und der Kanal habe ein Budget von 8 Millionen €. Man spare bei ORF-SPORT+, sage aber gleichzeitig, dass man die Teams schon zu den Veranstaltungen schicken werde, weil man dass dann über digitale Kanäle ausspielen wolle. Da frage er sich, wo da der ganz große Spareffekt liegen würde.

Wenn man die Vorgabe von der Politik bekomme, verstehe er natürlich, dass man das dann intensiver diskutiere. Er verstehe jedoch die Relevanz nicht. Natürlich könne man die Sportangebote von SPORT+ digital ausspielen. Daran hindere auch zurzeit nichts. Er habe sich das für den medienpolitischen Ausschuss am Vortag angeschaut und wiederhole das heute gerne. Seit man hier sitze, spiele ORF 1 „Malcolm mittendrin“, das zwölf Jahre alt sei. Dann komme „Modern Family“, das sei nur zehn Jahre alt. Dann kämen die „Gilmore Girls“, 15 Jahre alt. Man habe das Glück, dass an dem Tag der Biathlon-Weltcup sei, denn sonst würde man bis 17 Uhr amerikanischen Schrott spielen, den man seit 30 Jahren wiederhole. Und dann falle einem nichts anderes ein, als den Sportkanal aufzulassen und da dann teilweise die Inhalte abzuspielen. Da könnte einem ein bisschen mehr einfallen. Es würde dem ORF auch gut anstehen, wenn ihnen da mehr einfallen würde. Sport sei ganz wesentlich.

Er habe in seinem ganzen Leben noch keinen „Villacher Fasching“ angeschaut. Das werde auch so bleiben. Trotzdem denke er, dass der Relevanz habe. Man sollte nicht hochnäsiger und präpotent auf das Programm des ORF schauen, sondern sich stattdessen überlegen, was für die Haushalte Relevanz habe. Das solle nicht unter dem Diktat des Sparens geschehen, sondern eben mit einem Blick auf die Relevanz.

Mit Relevanz habe ihr Mernyi ein wunderbares Stichwort gegeben, stellt ZIMMER fest. Die Medien seien voll mit Berichterstattung über den ORF. Wenn man ihnen folgen dürfe, gebe es eine Trias an Wünschen für den ORF von der Medienministerin und auch vom Generaldirektor: Der ORF müsse effizienter, digitaler und österreichischer werden. Sie vermisse wie Mernyi die Relevanz; der ORF müsse auch relevanter werden.

Am Vortag sei Weltfrauentag gewesen. ORF 1 und ORF 2 hätten sich im Hauptabend der „Eifelpraxis“ und der sicherlich spannenden Fantasy-Story „Der Schwarm“ gewidmet. ORF III habe den Abend mit „Heimat Österreich“ und zweimal „Landleben“ bespielt. Wer sich das angesehen habe, habe viel über das Walsertal erfahren, das Navistal, das sie nicht kenne, und das Leben unter Felsen in Südtirol. Fairerweise müsse man sagen, dass die Barbara-Karlich-Show das Thema Weltfrauentag aufgabelt habe. „Neue Frauen – neue Männer!“ sei der Titel gewesen. Und im Spätabendprogramm, ab 22.30 Uhr habe es auf ORF III „We Want Sex“, eine britische Komödie von 2010 gegeben, die auch anlässlich des Weltfrauentags gespielt worden sei. Im „Weltjournal“ sei das wichtige Thema Iran behandelt worden. Da gehe es natürlich auch sehr viel um Frauenrechte. In PulsTV habe der gesamte Hauptabend im Zeichen von Empowerment von Frauen gestanden. Corinna Milborn habe Ursula Plassnik und Barbara Blaha dazu befragt, den Sozialminister Rauch, eine Frauenberatungsstelle in Leibnitz, eine türkischstämmige Frau, die von einem Opfer von Gewalt zu einer Initiatorin einer Frauenhelpline geworden sei und dann Shoura Hashemi, eine österreichische Diplomatin und Bloggerin, die von ihr besonders geschätzt werde, über die Lage der Frauen im Iran. Das seien sehr relevante Infos gewesen, weil man zwischen einer Metaebene, den Worthülsen zur Gleichstellung sehr relevant und bodennahe über konkrete Initiativen berichtet habe, die sich um die Sorgen von Frauen und ihre Selbstbestimmung kümmern würden.

Man hätte auch im ORF sehr viel dazu zu besprechen, etwa zum Thema Arbeitskräftemangel und Frauen als Teilzeitkräfte oder Femizide. Warum habe man da das Geschenk nicht genutzt, dass dieser Tag quasi überall dazu genutzt worden sei, einschlägige Themen zu debattieren und einen Diskurs darüber zu führen.

Die Ergebnisse der EBU-Studie, die der Generaldirektor präsentiert habe, könne sie nur unterstreichen. Natürlich sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk quer durch Europa eine der vertrauenswürdigsten Nachrichtenquellen. Das sei zweifellos so. Man müsse jedoch schon auch aufpassen, denn es gebe den EU-Medienpluralismus-Monitor, den sich das Europäische Parlament jährlich wünsche. Da werde auch Österreich bewertet. Das mache die Akademie der Wissenschaften. Da gebe es schon auch Detailergebnisse, wo man hinschauen müsse. In ORF 1 und ORF 2 – die Zahlen seien nicht ganz taufersch, sie stammten von 2018 – haben Frauen in Nachrichten als Hauptakteurinnen oder in der Rolle von Expertinnen gerade einmal 18 % ausgemacht. Sie habe jedoch auch eine aktuellere Zahl gefunden. 2021 habe die Sprechdauer von Politikerinnen in den „ZIBs“ nur 25 % von der der Männer betragen.

Für die Frage, in welche Richtung sich der ORF in Zukunft entwickeln werde, erscheine ihr relevant, dass dieser Monitor die österreichische Medienlandschaft medium oder sogar high risk bewerte. Die Ampeln seien da immer so gelb, rot, um die

prekären Punkte hervorzuheben. Man sehe da also ein mittleres bis hohes Risiko, dass Medien die gesellschaftliche Realität punkto Diversität nicht mehr korrekt abbilden würden. Das sei ein wichtiges Thema, dem man sich stellen sollte.

Als sie die Rampe zum ORF heraufgekommen sei, habe sie wieder diese Imagekampagne „ORF wie wir“ gesehen. Da habe sie sich gedacht, dass der Slogan nicht ganz für jeden gelte. Sie sei angestellt, und viele in der Runde abzüglich der Selbständigen seien das auch. Für den ORF (und Unis) würde das, wie man wisse, nicht in der Weise gelten. Man möge dazu auf den § 32 ORF-Gesetz blicken. Es sei wirklich einzigartig in der Arbeitswelt in Österreich, dass andauernde und unlimitierte Kettendienstverträge möglich seien. Die Ö1-Mitarbeiterin, die sich in ihrem Blog kein Blatt vor den Mund genommen habe, habe Mernyi bereits erwähnt. Sie habe von einer glorifizierten Tagelöhnerin gesprochen. Sie sei nur phasenweise versichert und müsse sich von Monat zu Monat überlegen, ob sie in dem Monat zum Zahnarzt gehen könne oder vielleicht auch nicht, weil sie eben gerade nicht versichert sei. Die Betroffene sei vier Jahre lang freie Mitarbeiterin und habe wenig Perspektive auf eine Festanstellung.

Man werde später die bereits von Kollegen Karmasin angesprochene Resolution diskutieren und wahrscheinlich auch beschließen. Darin stehe, dass man nicht am Programm sparen wolle. Man möge da aber mitbedenken, dass Programmqualität auch irgendwie mit Mitarbeiterzufriedenheit, Motivation und angemessenen Arbeitsverhältnissen zu tun habe.

KRATSCHMAR erinnert für das Protokoll und im Sinne der historischen Gerechtigkeit daran, dass sich der Publikumsrat vor über 10 Jahren, nämlich im Oktober 2012 im Rahmen eines eigenen Studientags mit der Frage eines technologisch zeitgemäßen Finanzierungsmodells beschäftigt habe. Daran hätten Fachleute aus Deutschland und der Schweiz teilgenommen. Was die Haushaltsmedienabgabe betreffe, sehe es nach diesen langen Jahren nunmehr so aus, als ob Generaldirektor Weißmann diesen Marathon um eine nachhaltige Finanzierung des ORF gewinnen würde, und das sei durchaus erfreulich.

Da Mernyi da jetzt die eine oder andere kleine politische Spitze angebracht habe, könnte man natürlich auch fragen, was die SPÖ-Medienminister in all diesen Jahren in dieser Frage weitergebracht hätten, die für den ORF tatsächlich wichtig sei. Er wolle aber direkt zur Sache sprechen und daran erinnern, und das sei ein wesentlicher Punkt, dass schon in der Debatte damals vollkommen klar gewesen sei, dass, wenn eine Haushaltsabgabe komme, wenn alle zahlen müssten, es dann auch günstiger, billiger werden müsse. Das sei immer die klare Ansage von allen gewesen, die sich in der Politik zum Thema Haushaltsabgabe geäußert hätten, auch von der Geschäftsführung – Generaldirektor Wrabetz habe das auch deutlich gesagt – und das sei auch der medienpolitische Standard bei der Umsetzung der Haushaltsabgaben in Deutschland und der Schweiz gewesen. Da sei es jeweils zu einer Senkung der Beiträge gekommen, in der Schweiz sogar zu einer sehr beachtlichen Senkung um 115 Franken pro Jahr. Das sei ein relevanter Betrag. Er denke, dass sie als Publikumsrat gut daran tun würden, das klar einzufordern.

Ein relevanter Punkt sei auch, dass man diese Haushaltsabgabe integriert mit einer Digitalnovelle sehen müsse. Das gehe aus seiner Sicht Hand in Hand. Auch dafür habe man sich schon seit vielen Jahren stark gemacht, weil der ORF ja sozusagen erst durch die digitalen Möglichkeiten in die Lage versetzt werde, bestimmte Zielgruppen, die dann zahlen müssten, auch zu erreichen. Es gehe da auch darum, den Nutzungsgewohnheiten des Publikums zu entsprechen. Daher führe aus seiner Sicht

kein Weg daran vorbei, die beiden Dinge miteinander zu verbinden. Außerdem habe der ORF in seiner Unternehmensstrategie, die ja auch im Publikumsrat diskutiert und für gut befunden worden sei, klar diesen Weg vom Broadcaster, vom Rundfunkanbieter zur Plattform vorgezeichnet. Das sei ein ganz wichtiger Schritt.

Eine Anmerkung zum Thema Sparen. Es gehe um Sparen, Reformieren und Weiterentwickeln. Das betreffe jedes Unternehmen. Das stehe auf jeden Fall auf der Agenda, das sei vollkommen klar. Die Frage sei, wie das gemacht werde, nach einer undifferenzierten Rasenmäher-Methode oder schon ein bisschen intelligenter. Dafür sei es sehr wichtig, dass sich die Geschäftsführung den Grundsatz, der aus dem Publikumsrat komme, zueigen gemacht habe, nämlich für das Programm und nicht am Programm zu sparen. Das sei ein ganz wichtiger Leitsatz. Die Details müsse man sich dann natürlich anschauen. Das müsse jedenfalls klar Vorrang haben.

Es seien zwei Meilensteine, wenn eine neue nachhaltige Finanzierung und die Digitalnovelle jetzt so kommen würden. Die größte Herausforderung für den ORF sei jetzt jedoch vielleicht weniger die finanzielle Frage, sondern die kulturelle Frage, die mit dieser Umstellung verbunden sei. Denn mit der Haushaltsabgabe, die alle zahlen müssten, müsse der ORF auch ein Rundfunk für alle und akzeptiert sein. Dazu gebe es keine Alternative. Das erfordere einen sehr nachhaltigen Kulturwandel. Die Studien des Publikumsrats hätten ja gezeigt, wo da Handlungsbedarf bestehe. Auf diesen Kulturwandel sollte der Publikumsrat ein Auge haben. Man dürfe nicht vergessen, dass sich da für sie einiges verändere, denn die Zahl derer, die jetzt dann offiziell Publikum sein würden, werde sich deutlich erhöhen. Die werde man auch zu vertreten haben.

Vor diesem Hintergrund begrüße er sehr, dass alle Standards des ORF auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls weiterentwickelt werden würden, um dem Publikum wirklich mit einem klaren und transparenten Angebot gegenüberzustehen. Er habe in dem Zusammenhang ein Anliegen an den Generaldirektor. Die Frage der Trennung von Nachricht und Meinung in der Berichterstattung sei ein Thema, das man im Publikumsrat schon lange diskutiere. Er ersuche darum, das in diesen Prozess aufzunehmen. Er tue das auch vor dem Hintergrund, dass die Redakteursvertretung das angesprochen und im Redaktionsstatut verankert habe. Da wäre mit Blick auf einen Rundfunk für alle anzuschauen, wie man künftig eine saubere Trennung zwischen Nachricht und Meinung, wie sie ja auch das ORF-Gesetz normiere, anbieten könne.

Alle würden die Entwicklung Richtung Digitalnovelle und Haushaltsabgabe begrüßen, konstatiert MEYER. Die Konsequenzen, die sich aus diesen Änderungen, so sie beschlossen werden sollten, für den ORF ergeben würden, seien schon ein paarmal angesprochen worden. Es gehe schlagwortartig gesprochen um Relevanz für alle. Dazu frage er, was der ORF zu tun gedenke, um insbesondere den durch eine Digitalnovelle geänderten Erwartungen an das Programm und die Produkte zu entsprechen. Man dürfe nicht vergessen, dass die Information, und damit schlage er in die Kerbe von Mernyi, etwas sei, über deren Wichtigkeit man sich einig sei. Nur der harte Kern des Armin-Wolf-Fanclubs werde sich aber eine „ZIB 2“ von vor drei Wochen anschauen wollen. Nur die wirklich heftigen Abfahrtsfans seien daran interessiert, sich jetzt im März noch die Saslong anzuschauen. Die Produkte, die Programme und die Sendungen, die auf den Player kommen sollten, müssten also eine andere Qualität haben. Da frage er sich, was der ORF im Bereich guter Unterhaltung – da passiere einiges –, im Bereich Kinder – das sei für den Player eine ganz zentrale Ebene, die Walchhofer vor ein paar Monaten einmal angesprochen habe –, im Bereich guter Dokumentationen – das sei für seine Profession nicht ganz unwichtig, denn er zeige

beispielsweise sehr gerne Dokumentationen über Wirecard oder zu ähnlichen Wirtschaftsskandalen her, die man in den letzten Jahren gehabt habe, die derzeit allerdings meistens auf Arte laufen würden – zu tun gedenke. Es werde da also Umschichtungen im Programm geben müssen. Seine Frage sei, ob es dafür schon Pläne gebe und wie diese aussehen würden.

NEPP schließt sich den Ausführungen Mernyis größtenteils an. Da seien viele wichtige Punkte enthalten gewesen, denen sie zustimme. Sie halte die 2,1 % Lohnerhöhung nicht für positiv. Sie halte das wirklich für diskriminierend für diejenigen, die wenig verdienen würden. Bei 10 % Inflation nur 2 % Lohnerhöhung zu bekommen, sei richtig demotivierend. Diejenigen, die viel verdienen würden, die Manager, die Stars, bei denen man ohnedies nicht wisse, wie viel die wirklich verdienen würden, könnten durchaus verzichten. Es sollte möglich sein, das sozial gestaffelt zu gestalten.

Den Bericht über die Ö1-Mitarbeiterin habe sie gelesen. Sie habe es nicht für möglich gehalten, dass so etwas in einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch möglich sei. Sie persönlich habe auch mit jemandem gesprochen, der im ORF als Cutter tätig ist. Der habe ihr erzählt, dass er bei einer externen Firma angestellt sei, dass er keine Sozialleistungen habe, dass es für ihn total unsicher sei, wie es weitergehen werde. Das gelte insbesondere in Zeiten, in denen man immer wieder höre, dass das alles bald gar nicht mehr benötigt werden werde.

Die Haushaltsabgabe sei für sie persönlich keine gute Lösung. In Zeiten wie diesen sei es nicht richtig, den Menschen einfach das Geld abzuziehen, vor allem dann nicht, wenn es Menschen seien, die mit dem ORF nichts zu tun hätten, die kein Fernsehgerät hätten, die kein Radiogerät hätten und auch nicht streamen würden. Sie finde es nicht richtig, dass das jetzt dann einfach vom Gehalt oder von der Pension abgezogen werde. Das sei in Zeiten der Teuerung für sie keine optimale Lösung. Sie wisse, dass es schwierig sei, eine Lösung zu finden, aber sie würde eine Finanzierung aus dem Budget bevorzugen.

Es habe auch schon vor Corona immer wieder Studien gegeben, aber massiv dann insbesondere zur Coronaberichterstattung. Es fühlten sich viele Menschen vom ORF nicht abgeholt, und ihre Meinung würde da nicht vorkommen. Man habe das in den letzten Ausschüssen angesprochen. Das sei ein positives Zeichen. Im Programmausschuss des Vortages sei ihnen zum Beispiel mitgeteilt worden, dass es in Zukunft kontroversiellere Debatten geben werde, in denen alle politischen Parteien besser vertreten sein würden. Das sei eine Entwicklung in eine positive Richtung. Man könne nur hoffen, dass das dann auch so positiv weitergehe.

Die Menschen wollten auch wissen, wohin das Geld fließe. Wenn das jetzt automatisch abgebucht werde und das bei viel mehr Menschen als davor, dann sei es wichtig, dass der ORF transparenter werde. Man sollte erfahren, was die ORF-Stars verdienen würden, wenn sie einen externen Auftritt hätten, und ob da auch der ORF davon profitiere. Man müsste daher auch die Nebenbeschäftigungen der ORF-Stars transparenter gestalten.

Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung sei gegen eine Haushaltsabgabe. Da werde sich sicherlich viel bewegen, da werde es viele Aufschreie geben. Das werde dem ORF nicht guttun. Da komme viel Unmut auf den ORF zu, und das werde dem ORF schaden.

Es gebe natürlich auch gute Punkte in der Resolution. Dass man noch genauer hinschauen müsse und die Objektivität noch besser wahren müsse, wenn es zu einer

Haushaltsabgabe komme, sei sicherlich so. Der ORF, alle seine Redakteure müssten daran arbeiten, damit wirklich alle Menschen abgeholt werden würden.

Der VORSITZENDE klärt zunächst die weiteren Wortmeldungen ab, die er sich notiert habe.

Bevor er dem Generaldirektor zur Beantwortung der bereits am Tisch liegenden großen Brocken das Wort erteile, wolle er auch noch einen Aspekt einbringen. Es könnte der Eindruck entstehen, dass die Debatte über mögliche Sparmaßnahmen künstlich von außen an den ORF herangetragen worden sei. Auch wenn es nicht dieses Verfassungsgerichtshofurteil und damit die Notwendigkeit einer Neuordnung der Finanzierung gegeben hätte, wäre man trotzdem vor der Situation gestanden, dass man die Gebühren um 8 % erhöht habe und eine Inflationsrate habe, die ungefähr bei 10 % liege. Man wäre also auch dann vor der Situation gestanden, entweder einzusparen oder einen neuen Gebührenantrag zu stellen, was in der österreichischen Mediendebatte durchaus nicht so beliebt sei. Da würden also mehrere Stränge von Debatten zusammenkommen.

Man müsse das einerseits ein bisschen auseinandersortieren, während es auf der anderen Seite auch stark miteinander zusammenhänge. Wenn sich ein Unternehmen von einer Produktionsform in eine andere transformieren wolle, dann werde es Umschichtungen geben. Er nehme zum Beispiel an, dass beispielsweise die Autoindustrie Ressourcen von Verbrennungsmotoren hin zu E-Motoren umschichte. Das sei eine ganz natürliche Entwicklung.

WEISSMANN stellt fest, dass es sich mehr um Statements und weniger um Fragen gehandelt habe. Er weise noch einmal darauf hin, dass diese Sitzung öffentlich sei. Er werde die Fragen schon beantworten. Man müsse sich teilweise jedoch schon überlegen, wo man sie stelle. Teilweise seien es Fragen, die in einen Programmausschuss oder in einen Finanzausschuss gehören würden. Trotzdem werde er versuchen, sie zu beantworten.

Er danke für die Beiträge und sei froh, dass er hier jetzt noch einmal kurz ein bisschen ausführen könne, wie es dazu gekommen sei. Es sei tatsächlich so, dass da ein paar Dinge zusammengekommen seien, die außergewöhnlich seien. Der ORF werde in einer Fünfjahresperiode finanziert. Für die Finanzperiode 2022 bis 2026 sei im Herbst 2021 unter anderem auch vom Publikumsrat die damalige Gebührenerhöhung von 8 % für 5 Jahre beschlossen worden. Das seien 1,55 % pro Jahr. Es gebe Unternehmen, die Kostensteigerungen an ihre Kunden und Kundinnen weitergeben könnten, und Unternehmen, die das nicht können würden. Der ORF gehöre zur zweiten Kategorie.

Bei einer realen Inflation von 10 bis 11 %, einer Inflationsabgeltung von 1,55 % und 1 Milliarde € Umsatz könne man sich ungefähr ausrechnen, wie hoch der Finanzierungsbedarf prinzipiell sei. Man habe das Jahr 2022 mit einer schwarzen Null abschließen können. Natürlich sei das mit eigenen Sparmaßnahmen zu machen gewesen, weil der ORF das eben nicht an seine Kundinnen und Kunden weitergeben könne. Dasselbe gelte übrigens auch für die Finanzplan 2023, der natürlich auch mit hohen Einsparungsvorgaben versehen sei. Und bei einem Gehaltsabschluss von 2,1 % – er wisse nicht, ob das der niedrigste sei, aber wenn Mernyi das sage – sei ihm schon klar, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da eine große Last zu tragen hätten. Er bedanke sich auch dafür.

Eine Geschäftsführung habe nicht nur den Moment im Auge, sondern natürlich längerfristige Pläne. Noch einmal: Der Gebührenbeschluss sei Mitte 2021 erfolgt, und

ab 2022 habe es dann eine ganz hohe Inflation, den Ukraine-Krieg und explodierende Stromkosten gegeben. Darüber sei von Beginn an transparent im Haus berichtet worden. Man habe das in die längerfristige Planung einbezogen. Er sei drei Kreisen verantwortlich: dem Aufsichtsgremium, dem Publikum und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Hauses. Man versuche ständig, das Publikum die Einsparungen nicht spüren zu lassen. Der ORF habe die besten Quoten seit zehn Jahren, obwohl es extrem eng werde.

Es sei darum gegangen, ob es für alle ganz, ganz wenig gebe oder man sich von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen trennen müsse. Vor dieser Frage sei er gestanden. Er habe sich im vergangenen Herbst für die erste Variante – ganz wenig für alle – entschieden und dafür, sich nicht großflächig von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu trennen.

Man könne natürlich immer Meinungen äußern und auch Kritik am ORF üben. Ein Plädoyer für das Nicht-Sparen könne er jedoch nicht verstehen. Es gebe Sparnotwendigkeiten, die zugestanden werden würden, und gleichzeitig werde Kritik an einem niedrigen Gehaltsabschluss geübt oder an anderen Maßnahmen, die gesetzt werden müssten.

Unabhängig vom Verfassungsgerichtshofurteil, das im Sommer 2022 ergangen sei und eine neue nachhaltige Finanzierung für den ORF erforderlich gemacht habe, müsse man diese beiden Stränge eben auch sehen. Er sei der Geschäftsführer des ORF, und die Sparnotwendigkeiten, kumuliert eben die 300 Millionen € seien in der mittelfristigen Finanzvorschau, die sie im Dezember 2022 erhalten hätten, bereits angeführt worden.

Es werde immer so getan, als ob er sich da etwas wünschen könnte. Letztendlich entscheide der Gesetzgeber über die Form der Finanzierung des ORF, ob es eine Haushaltsabgabe, eine Budgetfinanzierung oder eine erweiterte Geräteabgabe geben werde. Der Gesetzgeber entscheide auch über eine Digitalnovelle. Es habe sehr positive Gespräche mit den Stakeholdern gegeben. Es sehe so aus, als könnte es eine nachhaltige Finanzierung für den ORF mit einer Haushaltsabgabe geben. Man müsse wissen, dass man derzeit gar nichts habe. Er wisse nicht, wie eine künftige Finanzierung aussehen werde, und er wisse nicht, wie eine Digitalnovelle aussehen werde. Das sei ein ongoing process.

Man habe Überlegungen angestellt, wie man umschichten wolle. Er habe das bereits kurz angesprochen. Man werde insgesamt nicht mehr Geld haben als bisher. Das sei ja eine der Vorgaben. Die Frage sei, wie der ORF sein Publikum noch besser erreichen könne. Er halte den ORF schon für sehr relevant. Man erreiche täglich 85 % der Bevölkerung, das seien rund 6,4 Millionen Menschen mit zumindest einem ORF-Programm. Bei einer Haushaltsabgabe müsse das Ziel ein höheres sein: Man müsse für alle Menschen in Österreich Programme anbieten. Er halte also den ORF bereits für sehr relevant. Man müsse jedoch täglich hart daran arbeiten, damit man nach wie vor die beste unabhängige Information liefert. Der ORF sei natürlich mehr als die Information, aber er halte die Information für ganz, ganz zentral.

Er halte auch Kunst und Kultur für ganz, ganz zentral. Der ORF sei der mit Abstand größte Investor in heimische Kunst und Kultur. Man sei übrigens auch rechnungshofgeprüft. Es gebe also über jeden Euro einen Beleg, wo der hinfließe. Der ORF investiere jedes Jahr rund 120 Millionen € in Kunst und Kultur. Er investiere rund 100 Millionen € in die heimische Filmwirtschaft, er investiere rund 100 Millionen € in den Spitzen- und Breitensport und er investiere noch einmal 170 Millionen € in die Landesstudios und damit in die Regionalität.

Dieses Ziel sei klar. Dafür habe er stark gekämpft, und er hoffe, dass man das in Zukunft werde beibehalten können, denn natürlich wolle man auch in Zukunft dieser relevante ORF sein. Man müsse es auch sein, wenn man eine Haushaltsabgabe bekomme. Man könne natürlich immer diskutieren. Es lohne sich jedoch immer ein Blick nach Deutschland und in die Schweiz. Das seien vergleichbare Länder, und in beiden Ländern gebe es eine Haushaltsabgabe. Das sei eine gute nachhaltige Finanzierung für den ORF.

Die Einsparung ergebe sich aus der Geschäftsgebarung, für die die Geschäftsführung verantwortlich sei. In der Finanzierungsperiode 2022 bis 2026 gehe es darum, mit den sehr geringen Mitteln auszukommen. Das sei kein Jux und keine Tollerei, sondern einfach eine Notwendigkeit. Er habe es sich nicht ausgesucht, in einer sehr schwierigen Zeit, vielleicht sei es die schwierigste, den ORF zu übernehmen. Das betreffe jedoch nicht nur den ORF, sondern die meisten Wirtschaftsunternehmen und natürlich auch die Menschen in Österreich, denn alle würden unter der Teuerung leiden. Man könne nur danach trachten, bestmögliches Programm für das Publikum zu machen. Trotz Sparnotwendigkeiten habe man Relevanz für das Publikum, weil man die besten Marktanteile im Fernsehen habe. Man habe knapp 70 % Marktanteil beim Hörfunk. Innerhalb der Europäischen Union sei man die Nummer drei, was das Radio anlange. Man habe auch einen extrem erfolgreichen Onlineauftritt mit der blauen Seite mit mehr als 1 Million Leserinnen und Lesern jeden Tag. Der ORF sei also relevant.

Weil der ORF digital limitiert sei, habe man natürlich Blind Spots vor allem im jungen Publikum. Man erreiche übrigens auch junges Publikum. Er dürfe in dem Zusammenhang auf den „Tatort“ von vor zwei Wochen verweisen, ein Österreich-„Tatort“. Das sei der erfolgreichste „Tatort“ beim jungen Publikum gewesen. Man habe 1 Million Zuschauer und Zuschauerinnen in Österreich gehabt. 32 % davon seien unter 30 Jahre alt gewesen. Wenn die Jungen also TV schauen würden, dann würden sie ORF schauen. Das nur nebenbei.

Man habe jedoch im Digitalen Blind Spots. Da werde man mit den Programmen, und das sei hoffentlich Teil einer Digitalnovelle, eine viel größere Verweildauer haben. Das sei der Vorschlag des ORF, entscheiden werde das der Gesetzgeber. Man habe sich da sehr stark an der Verweildauerkonzepten von ARD und ZDF orientiert, die sehr gute Konzepte hätten. Man wolle natürlich auf jeden Fall eine längere Verweildauer speziell für Dokus, bei österreichischen Filmen, bei wirklich öffentlich-rechtlichem Qualitätsprogramm. Natürlich sei das gesamte ORF-Programm Qualitätsprogramm, es gehe da lediglich um die Bereiche, die Meyer explizit angesprochen habe.

Dabei gehe es natürlich auch um das Kinderprogramm. Das sei ein alter Traum von ihm. Es gebe täglich Kinderprogramm auf ORF 1. Aber Kinder würden heute über das Handy und das iPad der Eltern schauen. Am Ende des Tages – er hoffe, dass man das auch bekommen werde – werde man natürlich auch eine eigene Kinder-App anbieten, bei der die Eltern sicher sein könnten, dass da die ORF-Qualität mit pädagogisch wertvollem Kinderprogramm geboten werde. Man werde das also anbieten und hoffe da auf eine besonders lange Verweildauer. Wichtig sei, dass man den Kindern eine eigene pädagogisch wertvolle Welt biete. Das sei ein besonderer Schwerpunkt, und darüber habe er schon in seinem Konzept vor drei Jahren geschrieben. Da sehe er auf jeden Fall Potenzial zum Erreichen der Kinder.

Parallel dazu sei die Finanzierungsfrage zu lösen gewesen. In der medialen Kommunikation würden diese beiden Themenbereiche immer miteinander vermengt. Der

ORF arbeite natürlich immer auf Basis der bestehenden Gesetze. Da sei zunächst einmal die Finanzierungsperiode 2022 bis 2026 zu sehen. In der gebe es eben einen Einsparbedarf von rund 300 Millionen € in vier Jahren, weil die Nettokosten gestiegen seien. Das sei zu erbringen. Und parallel dazu gebe es dann die Möglichkeit einer nachhaltigen Finanzierung für den ORF durch eine Haushaltsabgabe. Das werde immer vermengt. Der ORF werde ja vom Rechnungshof geprüft, der ORF werde von der KommAustria geprüft. Das seien extrem komplexe juristische und betriebswirtschaftliche Prozesse, die da abzarbeiten seien.

Es bestehe die Hoffnung auf eine Haushaltsabgabe, weil er diese mit Verweis auf Deutschland und die Schweiz für eine nachhaltige Finanzierung erachte. Er habe gesagt, dass man nach den Berechnungen, die man bereits im Vorfeld angestellt habe, die linearen Angebote wie bisher leisten können werde, und man werde dann natürlich auch noch durch Umschichtungen neue digitale Angebote machen beziehungsweise in digitale Bereiche vordringen, in denen man bis jetzt noch nicht so stark sei, weil man da gesetzlich limitiert ist. Man drehe da an vielen Schrauben. Er habe das nach dem Sonderfinanzausschuss noch ein bisschen umfassender ausgeführt. Es sei ein Maßnahmenbündel, um diese Mengen zu stemmen. Der niedrige Gehaltsabschluss sei da schon Teil davon, denn der wirke natürlich im Jahr 2023, aber eben auch in den Folgejahren.

In den kommenden fünf Jahren würden 500 verdienstvolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pension gehen. Natürlich werde man da nur sehr restriktiv nachbesetzen. Das heiße also, es sei auch ein Umbau im Haus notwendig. Wichtig sei immer die Sicht des Publikums, damit das Publikum das beste Programm bekomme. Es werde nicht leicht, aber es sei unumgänglich. Es sei denn, man würde unendlich viel Geld bekommen, aber das sehe er ehrlich gesagt nicht. Man müsse mit dem Geld auskommen, das man habe, und das bestmögliche Programm für das Publikum machen, damit man die Relevanz erhalten könne.

Der ORF sei ja dual finanziert mit Gebühren- und Werbeeinnahmen. Werbeeinnahmen würden aber nur in der Höhe fließen, wenn der Programmserfolg gegeben sei. Wenn man also im Programm sparen würde, dann würden ihnen die Werbeeinnahmen fehlen. Es sei also alles ein wenig komplexer. Jede Frage sei natürlich völlig berechtigt. Man möge sich jedoch gewiss sein, dass man sehr, sehr hart arbeite.

Auch bei ORF SPORT+ arbeite man auf Basis des Gesetzes. Da müsse man sich dann das Gesetz eben anschauen. Man habe sehr gute Juristinnen und Juristen im Haus, aber man habe sich auch gutachterlich beraten lassen, wie man sparen könne, wenn man sparen müsse. In dem Punkt sei das ORF-Gesetz sehr klar. Es gebe öffentlich-rechtliche Kernaufträge, die nicht zu streichen seien. Und darüber hinaus gebe es gewisse Bereiche, die entweder gar nicht im ORF-Gesetz angeführt seien oder mit dem Hinweis „bei wirtschaftlicher Machbarkeit“ versehen seien. So würden sich die Sparmaßnahmen ergeben, die zu machen seien.

Darüber hinaus dürfe man aber nicht vergessen, dass der ORF der einzige Sender in Österreich sei, der den Spitzen- und Breitensport so umfassend präsentiere. Man habe Kooperationsvereinbarungen mit 70 Sportverbänden in Österreich. Man sei der einzige Sender, der das bringe. Man wolle das auch weiterführen, wie man skizziert habe. Es werde eben nur nicht mehr wie bisher einen linearen Kanal dafür geben.

Die amerikanischen Serien würden viel Programmfläche füllen, weil sie ein besonders kostengünstiges Programm seien. Er sei seit 30 Jahren im Haus, und das gebe es ja nicht erst seit eineinhalb Jahren. Er sei derjenige, der das jetzt ändere. Man durchbreche das jetzt damit, dass man den Sport teilweise nach ORF 1 transferiere.

Man werde natürlich künftig mit den digitalen Möglichkeiten vermehrt Programm für junges Publikum in einem Crossover zwischen ORF 1 linear und digital, sprich YouTube, Instagram etc. bringen. So werde man den Worten „digitaler, effizienter und österreichischer“ auch wirklich Taten folgen lassen.

Man werde die amerikanischen Serien auf jeden Fall weiter haben, denn auch diese Serien hätten ihr Publikum. Das habe auch einen ökonomischen Hintergrund, weil diese Ware eben die günstigste Ware sei, und man sei ja gesetzlich zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Es gebe aber den klaren Fokus, ORF 1 österreichischer zu machen. Das sei die Strategie, die man da verfolge. – Wenn es dazu noch Fragen gebe, werde er gerne noch weiter darauf eingehen.

Er wolle jetzt noch auf ein paar Spezialfragen eingehen. Er habe es bereits mehrfach gesagt, dass es im ORF keine prekären Arbeitsverhältnisse gebe. Man habe sich das alles angeschaut. Das sei ja immer wieder Thema gewesen. Man bemühe sich, da Lösungen zu finden. Man müsse sich das dann wirklich im Einzelfall anschauen. Man könne da gerne mit den entsprechenden Namen zu ihm kommen; man schaue sich das gerne an. Man müsse allerdings wissen, dass diese Kettenverträge gesetzlich erlaubt seien.

ZIMMER wirft ein, dass man sich als Teil der ORF-Reform überlegen könnte, den § 32 aufzuheben.

WEISSMANN meint, dass man dies ohnedies mache. Man müsse nur immer auch wissen, was das für Konsequenzen haben würde. Mehr Geld, als sie hätten, gebe es eben nicht. Das wirke sich dann sozusagen auch auf diese Verträge aus. Tatsächlich habe er jedoch in Auftrag gegeben, zu prüfen, ob man auf diese Kettenverträge verzichten könnte. Er wisse allerdings heute schon, was das allenfalls heißen würde: Es würden dann einfach gewisse Damen und Herren nicht mehr beschäftigt werden können. Das werde dann die Konsequenz daraus sein. Das sei eine ganz normale ökonomische Rechnung.

Speziell zum Fall der Kollegin von Ö1 empfehle er wirklich, sich da beide Seiten anzuhören. Er werde den Namen jetzt nicht nennen. Er habe sich allerdings, als er davon gelesen habe, an den zuständigen Ressortleiter gewandt. Er gebe da jetzt nur wieder, was der geäußert habe. Der Ressortleiter fühle sich vor den Kopf gestoßen, weil es explizit der Wunsch der Dame gewesen sei, nicht mehr als ein bis drei Beiträge pro Sendung zu gestalten. Die junge Kollegin sei knapp vier Jahre im Haus gewesen. Sie habe ein Studium gemacht, das ihre Hauptagenda gewesen sei, und sie habe nebenbei Geld verdient. Es sei also ihr eigener Wunsch gewesen, nicht mehr zu arbeiten.

MARSCHITZ klärt, dass es sich um ein bis drei Sendungen gehandelt habe, nicht um drei Beiträge pro Sendung, denn das wäre ja tatsächlich sehr viel.

Bei freien Mitarbeitern gehe es immer um Stunden, die man arbeite, fährt WEISSMANN fort. Man dürfe diese Stundenzahl nicht über- oder unterschreiten. Das sei rechtlich genau geregelt. Er betone jedoch ausdrücklich, dass die junge Dame nicht mehr arbeiten habe wollen. Das sei jedenfalls die Aussage des Sendungsverantwortlichen.

Zur Moderation des Bachmannpreises schreibe ihm die Landesdirektorin aus Kärnten, dass sie im Prinzip immer auf fünf Jahre vergeben werde. Aufgrund von Corona seien es bei dem von Lotter angesprochenen Herren ohnehin mehr als fünf Jahre gewesen. Das liege in der Verantwortung der Redaktion; und der Betreffende habe von der Befristung offenbar gewusst. (LOTTER: Das kann schon sein. Es geht um

die Art und Weise, wie das durchgeführt worden ist!) Er gehe davon aus, dass man mit Kolleginnen und Kollegen korrekt und wertschätzend umgehe. Das verlange er von seinen Mitarbeitern und das tue er selber auch. Er gehe davon aus, dass das auch die Frau Landesdirektorin in Kärnten so gemacht habe. Wenn das nicht so sei, dann werde er gerne mit ihr darüber reden. Er könne lediglich sagen, dass laut Aussage der Landesdirektorin von Beginn an klar gewesen sei, dass die Moderation auf fünf Jahr befristet gewesen sei. Das sei dann ohnehin länger gewesen.

Zum Vorwurf, dass man mit dem Mitarbeiter nicht ordentlich gesprochen habe, könne er nichts sagen. Wenn dem so gewesen sein sollte, werde er dem nachgehen und der Frau Landesdirektorin das mitgeben. Ein korrekter Umgangston sei selbstverständlich. (LOTTER: Gut, ja!)

Die Stelle, die Ziegler jetzt innehatte, habe es schon davor gegeben. Das zum einen. Zweitens müsse man sich das schon genauer anschauen. Man befinde sich da ganz konkret im Arbeitsrecht. Es gebe auch eine deutliche Gehaltseinbuße. Mernyi habe von nachweislich gesprochen. Er persönlich würde das so nicht sagen. Er habe diese Evaluierungskommission eingesetzt. Deren Bericht sei immer ausschließlich für ihn bestimmt gewesen. Es sei allen Anonymität und Vertraulichkeit zugesichert worden, und daran halte man sich natürlich. Man habe auch reagiert. In Österreich gelte eben das Arbeitsrecht. Die Maßnahme sei das eine, aber etwa eine Kündigung sei nicht aussichtsreich gewesen. Das sage er lediglich, weil das immer wieder angesprochen werde.

Nachweislich sei etwas immer erst, wenn es ein Gerichtsurteil gebe, und seines Wissens gebe es da kein Gerichtsurteil. Er müsse da niemanden verteidigen. Er habe die notwendigen Handlungen vollzogen. Er wolle jedoch auch darauf hingewiesen haben.

Weltfrauentag – das sei ein ganz wichtiges Thema. Das sei übrigens auch Teil seiner Bewerbung gewesen. Völlig richtig! Im ORF sei es allerdings so, dass man nicht nur am 8. März Weltfrauentag habe, sondern man sich auch längerfristig mit diesen Themen beschäftige. Es habe einen ganzen Schwerpunkt zum Weltfrauentag gegeben, einen eigenen „Dok“-Film, eine eigene „Kreuz und Quer“-Neuproduktion, ein „Weltjournal“ zum Iran, ein „Universum History“, eine Barbara Necek-Dokumentation. Das Thema sei ein ganz wichtiges, nämlich so wichtig, dass man es nicht nur am 8. März behandelt habe, sondern sich längerfristig damit beschäftige.

HÜBNER dankt dem Generaldirektor herzlich für dessen Ausführungen, die er in allen Positionen gut verstehen und nachvollziehen könne. Er zolle ihm Respekt dafür, dass er hier im Plenum zu so vielen Details Rede und Antwort stehe. Manchmal habe er den Eindruck, dass der Generaldirektor hier im Plenum damit ein bisschen überfrachtet werde; manches davon könnte durchaus in Ausschüssen seinen Platz finden.

Angesichts der langen Rednerliste wolle er sich hier nur ganz kurz halten. Eine der anwesenden Kolleginnen habe sich für eine Budgetfinanzierung des ORF ausgesprochen. Das halte er namens der von ihm zu vertretenden Freiberufler aus Gründen der Unabhängigkeit und aus demokratiepolitischen Gründen für die schlechteste aller möglichen Lösungen. Insofern würde es ihn freuen, wenn es gelingen würde, via Haushaltsabgabe zu einer nachhaltigen Finanzierung des ORF zu gelangen. Weitere Digitalisierungsmöglichkeiten würde er als Meilenstein für die Entwicklung des ORF ansehen, der damit gestärkt werden könnte.

Für ihn sei irritierend, wenn von einem Spardiktat gesprochen werde. Sparen sei in der gegebenen Situation alternativlos. Gegenteilige Äußerungen würden ihn da sehr verwundern. Keine Organisation komme umhin, sich Reengineeringprozessen zu stellen, damit sie sich nicht aus dem Wettbewerb rausschieße. Das gelte insbesondere, wenn man eine Haushaltsabgabe kostengünstig gestionieren müsse. Es befremde ihn, dass man das ernsthaft zur Diskussion stellen könne. Dass immer nur die anderen sparen sollten, sei leicht gesagt. Für ihn habe jeder, der nicht dazu sage, wo denn alternativ dazu zu sparen wäre, relativ wenig Relevanz. Es gebe einen historisch sehr günstigen Kollektivvertrag beim ORF. Dafür müsse man sich wirklich nicht genieren. Das Sparen sei jedenfalls alternativlos, und ganz gefühlsmäßig meine er, dass man damit auch noch nicht am Ende sei, sondern dass da auf sie noch einiges zukommen werde. Auch was an den Staat an Wünschen von Pflege über Klima bis hin zur Wissenschaft herangetragen werde, sei immens. Woher solle das den alles kommen. Das seien Wünsche an das Christkind, die er nicht verstehen könne, die nicht seriös seien und auch nicht verantwortungsbewusst seien. Dem müsse man sich nüchtern stellen.

Er sei hier im Publikumsrat wahrscheinlich derjenige, der am meisten Sport schaue, nämlich täglich drei, vier Stunden. Er habe früher gerne Sportverbände geführt und sei selbst leidenschaftlicher Sportler. Auch er müsse damit leben, dass man ihm da ein, zwei Stunden Vergnügen beim ORF-Sport nehme. Einiges werde, wie man gehört habe, substituierbar sein. Der ORF habe in der Sportberichterstattung historisch wirklich Pionierleistungen vollbracht. Er verstehe die Ausrufung der Katastrophe daher nicht. Alle miteinander müssten danach trachten, die Schwierigkeiten zu bewältigen. Er sei namens der Freiberufler der Letzte, der den ORF da irgendwie schlecht machen wolle. Er denke nicht, dass man da jetzt über jedes Detail reden könne. Man sei da seiner Meinung nach auf einem guten Weg. Das Sparen sei jedoch alternativlos.

An den Generaldirektor wolle er lediglich die Frage richten, ob man nicht daran denke, die Landesstudios einzusparen. Er sei seit Jahrzehnten der Meinung, dass der Föderalismus für Österreich betriebswirtschaftlich ein Riesenproblem sei. Er sei sich dessen bewusst, dass er damit politisch nicht durchkommen werde, was er in seinem Alter allerdings auch nicht mehr bedenken müsse. Seine einzige Frage an den Generaldirektor sei daher, ob er sich politisch zutraue, partiell auch in den Landesstudios zu sparen.

RIEDL möchte nicht alles wiederholen, was bereits gesagt worden sei. Er finde es jedoch wichtig, dass hier im Plenum Platz und Zeit dafür sei, die Positionen der Publikumsvertreter wechselseitig anzuhören. In den Ausschüssen seien ja nicht alle vertreten. Deshalb wolle er hier auch noch einmal festhalten, dass er persönlich es be- trüblich finde, dass die Debatte über die Finanzierungart ständig mit dem Einsparungsthema vermischt werde. Dass die Entscheidung über die Finanzierungsart wiederum Auswirkungen auf eine nötige Digitalnovelle habe, das sei in Österreich eben so, und er verstehe, dass es dann auch politisch so diskutiert werde. Für die Zuschauerinnen und Zuschauer sei es verzichtbar, diese Debatte derart auf offener Bühne auszutragen. Das richte sich nicht an den Generaldirektor, sondern an alle, die darüber berichten und diesen Diskurs befeuern würden. Wünsche von außen an eine Organisation, ein Unternehmen heranzutragen, führe dann oft zur Ressourcenbindung durch notwendige Selbstbeschäftigung, statt diese Ressourcen ins Programm fließen zu lassen. Es seien alle froh, wenn es da zu klaren Entscheidungen komme, die dann auch für die HörerInnen und ZuschauerInnen nachvollziehbar seien und Orientierung geben würden, statt Neiddebatten zu führen oder darüber zu

diskutieren, ob sie so bleiben würden, wie sie seien. Stattdessen sollte man darüber diskutieren, wie der ORF den Programmauftrag auch in Zukunft umfassend für alle Österreicherinnen und Österreicher erfüllen kann, ein ORF für alle, wie Kratschmar so schön gesagt habe. In Klammer würde er sich fast wünschen, dass man sagen würde, koste es, was es wolle, aber diese Sätze seien wohl nicht mehr opportun. Eigentlich müsste man in der Debatte nämlich dafür stehen, dass man sagt, man brauche den ORF als wichtige Stütze der Demokratie. Dann gehe es darum, wie viel diese koste, und dann erst um die Frage, wie das finanziert werden könne. Man sei gewohnt, dass es die Vorgabe des zur Verfügung stehenden Geldes gebe, und dann gehe es darum, was man sich gerade noch dafür leisten könne. Im Sinne des ORF wäre der andere Ansatz seiner Meinung nach besser und umfassender.

Eine Haushaltsabgabe sei daher zu begrüßen. Ein wichtiger Punkt von seiner Seite sei dabei, dass gewährleistet werde, und damit wende er sich an den Gesetzgeber, dass armutsbetroffene und armutsgefährdete Menschen eine einfache Möglichkeit zur Abgabenbefreiung bekommen würden. Das sollte seiner Meinung nach selbstverständlich sein, aber da es noch keine Eckpunkte gebe, halte er das für einen wichtigen Punkt.

Weil es ja auch um allgemeine Programmfragen gehe, so sei der Verein „Licht ins Dunkel“ an ihn und, wie er wisse, auch an andere herangetreten. Da gebe es den großen Wunsch, die Auftaktgala zu „Licht ins Dunkel“ neu zu gestalten, gewisse Schwerpunkte zu setzen. Das wolle er hier einfach weitergeben, damit das gehört werde und es eine gute Zusammenarbeit beim Aufgreifen dieser Wünsche nach Neugestaltung gebe.

Dieser Wunsch sei auch an ihn herangetragen worden, sagt MARSCHITZ. Das sollte man also wirklich angehen.

„Licht ins Dunkel“ sei auch ihm persönlich ein Anliegen, äußert SCHENK. Er habe die Auftaktveranstaltung im vergangenen Jahr überhaupt nicht gelungen gefunden. Auch wenn es jetzt erst März sei, wäre es dennoch gut, diese Diskussion einmal im Vorfeld zu führen und nicht immer erst im Nachhinein. Es sei wichtig, das Format „Licht ins Dunkel“ neu zu überlegen und neu zu planen. Es komme berechtigterweise viel Kritik. Im neuen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen komme das wiederum als eigener Punkt vor. Man könnte durchaus einiges bei dieser Auftaktgala machen. Zum einen gehe es darum, dass die Menschen mit Behinderungen mit dem, was sie könnten und selbstverständlich auch mit dem, was sie brauchen würden, selbst im Mittelpunkt stehen sollten. Sie sollten also als Akteure und Akteurinnen sichtbar werden. Besonders stark sollte auf die inklusiven „Licht ins Dunkel“-Projekte Bezug genommen und die dort groß ausgestellt werden. Es sollte alles, was auf politischer und struktureller Ebene an Barrieren da sei, zum Thema gemacht werden. Ganz wichtig sei, dass die Gala von Menschen mit Behinderungen moderiert werde. Seine Frage sei daher, wie man das machen könne, dass das einmal anders werde, als es die letzten Jahre über immer gewesen sei.

STOLBA hält den jetzigen Augenblick für einen sehr wichtigen Moment für den ORF. Finanzierung und Digitalisierung seien die grundlegenden Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens. Sie wolle in dem Zusammenhang an die Bewerbungsunterlagen des Generaldirektors erinnern, der dort die Entwicklung vom Broadcaster zur Plattform vorgegeben habe. Das könnte nun tatsächlich umgesetzt werden. Das Ausrichten auf das Ziel, nämlich Plattform zu werden, brauche tatsächlich alle Kraft und alles Geld. Dazu gelte es auch noch, eine Übergangsphase im Broadcasting zu managen. Das sei sehr anspruchsvoll. Sie wolle an dieser Stelle

dem Generaldirektor, dem Managementteam und allen im ORF, die an dieser Transformation arbeiten würden, danken.

Wenn die Rahmenbedingungen dann jetzt hoffentlich bald geklärt sein würden, dann gehe es um die Struktur des Hauses. Relevanz für das Land im linearen Bereich sei gegeben. Diese Relevanz im digitalen Raum herzustellen, sei die Aufgabe. Die Arbeitsfelder des Managements, die der Generaldirektor skizziert habe – Technik Struktur, Flottenstrategie, Compliance und Culture – seien die richtigen. Die Arbeit höre nicht auf; da beginne jetzt vielmehr die eigentliche Transformations- und Managementaufgabe.

Sie persönlich wolle auf den Punkt Compliance und Culture eingehen und dabei an die Ausführungen Karmasins anknüpfen. Für sie gehe es um Accountability. Das sei mehr als nur die Governance im Unternehmen hinsichtlich der formalen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Accountability sei auch im Kernbereich des ORF, nämlich im Journalismus nötig. Dabei gehe es, wie bereits Kratschmar betont habe, beispielsweise um die Trennung von Nachricht und Meinung.

Es gebe da in der Tourismusbranche eine ganz große Missstimmung über die Berichterstattung im ORF über diesen Winter. Vielleicht ein paar Headlines: Da sei es um Wintersport im Klimadilemma gegangen, um apere Skigebiete im gesamten Alpenraum, es sei unklar, wohin die Reise gehe, dieser Winter würde einen schwierigen Sommer verheißen etc., etc. Dazu habe es noch zahllose Bilder von grünen Almen mit weißen, dünnen Schneebändern, die sich durch die Bergwelt ziehen, gegeben. Offensichtlich setze sich der Aufstand der Letzten Generation nunmehr auch im ORF fort. Journalistische Klimakleber würden Alarmismus verbreiten, und Angst mache Schlagzeilen.

Wenn man der Verärgerung der Tourismusbranche über diese hoch emotionalisierte Berichterstattung auf den Grund gehe, dann müsse man sagen, dass beim Thema Klimakrise der Journalismus zurzeit versage, und zwar nicht nur im ORF. Es gehe ihr da nicht um das Beleidigtsein einer Branche, sondern um ein strukturelles Versagen, es gehe um Accountability im Journalismus. Für sie sei die Kernaufgabe des Journalismus das Herstellen von Orientierung. Dabei gebe es zwei journalistische Aspekte, nämlich Relevanz dessen, was gebracht werde, und auch das Framing, nämlich wie es gebracht werde. Gerade beim Framing kippe der ORF-Journalismus bei dem Thema immer wieder in Alarmismus. Den Menschen Angst zu machen, helfe nur, wenn man gleichzeitig Lösungen anbieten könne. Da drängten sich viele Fragen auf, etwa die, ob die Medien nicht etwa auch beim Thema Klimawandel professionelle Distanz wahren müssten. Wo bleibe denn da die journalistisch geforderte beste verfügbare Version der Wahrheit.

Es werde viel über die Finanzierung des ORF gesprochen. Es sei die Frage, wo im ORF über Journalismus als Handwerk gesprochen werde. Wen sich die Menschen in der Berichterstattung nicht mehr abgebildet sehen würden, werde es für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schwer, Akzeptanz zu finden.

Man habe in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Gender und Diversity genau da den Finger auf die Wunde gelegt. Es gehe um die Frage, wo im ORF die Reflexionsräume seien, damit Journalistinnen und Journalisten sich und ihre Arbeit selbst reflektieren könnten. Sie lade alle dazu ein, das Protokoll der Arbeitsgruppe nachzulesen. Dort stehe es schwarz auf weiß, dass es im ORF an Zeit und Geld fehle, um über die Geschichten qualitativ nachzudenken. Daher entstehe kein Problembewusstsein. Sie ersuche daher dringend darum, das Thema Klimakrise und deren

journalistische Aufbereitung inklusive der ästhetischen Kodierung und der Bildwelten in einem Qualitätsausschuss zu thematisieren und zu reflektieren.

Der VORSITZENDE teilt mit, dass die Studie, über die der Generaldirektor berichtet habe, bereits im Publikumsratsportal zur Verfügung stehe. Manches funktioniere offenbar sehr rasch.

WALCHHOFER dankt Stolba, die das Thema Tourismus auf sachliche Art und Weise perfekt angesprochen habe. Bei Thema Tourismus sei er wahrscheinlich noch emotionaler. Das würde sie im Westen von Österreich nämlich ganz direkt betreffen. Es hätten sicherlich alle mitbekommen. Es habe sich dabei nicht um einzelne Berichte gehandelt, sondern es habe sich durch den ganzen Winter ein entsprechender Bogen der Berichterstattung gezogen. Da seien die gesprochenen oder auch geschriebenen Worte in ihrer Gewichtung eher zurückgedrängt worden, weil die Bilder einfach für sich gesprochen hätten. Die Bildwelten seien auf eine Art und Weise gezeichnet worden. Er habe in seinem erweiterten Umfeld mitbekommen, dass Eltern gesagt hätten, dass die Kinder nicht mehr Skifahren zu lernen brauchten, weil das ohnehin bereits zurzeit nicht mehr gehe und in zehn Jahren dann sowieso überhaupt nicht mehr. Das seien dann eigentlich auch Fake News. Darüber wolle er sich hier gar nicht weiter auslassen, aber er wolle an die große Verantwortung der Redaktionen gerade auch bei diesem Thema erinnern und bitte, die auch wahrzunehmen.

DANMAYR dankt dem Generaldirektor und Riedl für deren Klarstellungen zu Finanzierung und Finanzbedarf und den Vermischungen, die es dabei gebe. Als Stiftungsrätin habe sie sich sehr ausführlich damit beschäftigen können. Im Februar habe es dazu sogar einen Sonderfinanzausschuss gegeben. Die Geschäftsführung und alle Gremien des ORF hätten da eine Balance zu halten. Sparen sei in Zeiten von Inflation eine No-na-net-Frage. Das sei irgendwie ohnehin klar. Alle hier wüssten, das Geld nicht auf den Bäumen wachse. Das müsse man ihnen nicht sagen. Das sei auch vor einem halben Jahr schon so gewesen. Diese Spitze könne sie sich gerade nicht verkneifen.

Jetzt komme da allerdings die Verquickung mit der neuen Finanzierung hinzu, die für den ORF notwendig geworden sei. Da habe es schon ein öffentliches Ausrichten und eine Verquickung miteinander aus der Politik gegeben. Das sei natürlich nicht zufällig so. Daher sei sie da besonders skeptisch. Man habe vor zwei Tagen in der Präsidiale im Hinblick auf die Resolution darüber gesprochen. Daher sperre sie sich auch ein wenig dagegen, obwohl es für sie normalerweise überhaupt kein Thema sei, dass man sparsam arbeite. Sie habe jedoch das Gefühl, dass das momentan das einzige Narrativ sei. Finanzierung und ORF werde nur mehr unter dem Thema Sparen verhandelt. Es gehe weniger darum, wofür man spare, nämlich für einen ORF und auch für neues Publikum, das man mit 1.1.2024 dazugewinnen müsse. Dem wolle sie sich ein bisschen entziehen. Es herrsche da so eine Katastrophenstimmung, und die habe sich der ORF in seiner ganzen Breite und auch mit all seinen Fehlern – ja, die habe man und die mache man – als öffentlich-rechtliche und für sie demokratiepolitisch unentbehrliche Institution nicht verdient. Sorgsam wirtschaften, haushalten – ja. Man solle sich diesem Narrativ jedoch nicht ergeben. Dagegen wehre sie sich jetzt gerade ein bisschen.

Anschließend an die Ausführungen von Riedl und unter Bezugnahme auf die Äußerungen von Lotter im Präsidialausschuss finde sie, dass das ein wunderbares Beispiel dafür sei, wie divers da diskutiert werde und welche Meinungen dabei zum Vorschein kommen würden. Bei der Diversität der Besetzung des Gremiums gebe es allerdings noch Luft nach oben, aber der Punkt sei ja, wie unterschiedlich, nicht zu

konformistisch, nicht zu konsens- und harmoniesüchtig hier diskutiert werde. Das komme zurzeit gerade sehr gut zum Ausdruck, und das finde sie gerade sehr erfrischend.

Motiviert durch die Beiträge von Schenk und Riedl zum Humanitarian Broadcasting spricht MEYER an, dass es großartig sei, dass das jetzt reformiert wird. Man dürfe dabei nicht vergessen, dass man da mit dem ORF in Österreich über eine Orgel verfüge, für die man international beneidet werde. In anderen Ländern müssten dafür zumeist Lotterien bemüht werden und man damit hoffen, dass die Menschen ausreichend dem Glückspiel verfallen würden, um Gelder für gute Zwecke zu lukrieren. In Österreich habe man da mit „Nachbar in Not“ und mit „Licht ins Dunkel“ bei allem Reformbedarf ganz großartige Initiativen, um die sie die Welt wirklich beneide.

MERYN bedankt sich ganz außerordentlich beim Generaldirektor. Er habe dessen Emotionalität ganz wichtig gefunden. Er habe das Gefühl, dass er und ein Großteil des Hauses in den letzten Wochen zu wenig Unterstützung von diversen Gremien, aber auch von Einzelpersonen bekommen hätten. Er halte es für eine besonders schwierige Situation, in der es eigentlich geboten wäre, dass alle den Generaldirektor und das Haus unterstützen würden, auch wenn man nicht immer der gleichen Meinung sei und kritische Anmerkungen habe. Letztendlich würden jedoch alle hier sitzen, weil ihnen der ORF am Herzen liege. Es sei zum Teil unnötige Kritik aus dem Haus oder aus diversen Gremien gekommen. Er sei wirklich beeindruckt gewesen und ihm habe das wirklich gefallen, mit welcher Emotionalität, aber auch Klarheit der Generaldirektor präsentiert und noch einmal erklärt habe, wie es wirklich ausschaue. Dafür wolle er sich außerordentlich bedanken.

Offenbar würden das nur seine Vorrednerin und er ein bisschen ähnlich sehen. Er stehe damit offensichtlich im Widerspruch zu einem Großteil derer, die hier seien. Er finde die Worte sparsam und Rabatt, vor allem dann, wenn eine Medienministerin davon spreche, so etwas von unpassend. Es sei nicht ihre Aufgabe, einen Rabatt zu verlangen, sondern sie habe darauf zu achten, dass Medien in Österreich die richtigen Rahmenbedingungen hätten. Er wolle die Frage stellen, was der ORF ihnen allen wert sei. Er gebe interessanterweise keine Diskussion darüber, dass 5 Milliarden € für COVID-Tests ausgegeben worden seien und Österreich damit im Testen Europavizemeister sei. Wo gebe es da Sparsamkeit? Wenn man nur einen Bruchteil dieses Geldes für den ORF oder die Demokratie und die Medien aufwenden würde, wäre schon viel getan. So viel zur Sparsamkeitsdebatte. Es gehe in einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation um Effizienz, es gehe um Qualität, es gehe um Kostenbewusstsein und es gehe natürlich darum, jede nicht gerechtfertigte Verschwendung zu vermeiden. Man dürfe den ORF jedoch nicht runtersparen und gleichzeitig verlangen, er solle nunmehr nicht 85 % sondern 100 % der Leute erreichen und aufgrund der Digitalnovelle auch noch völlig neue Formate entwickeln, und das mit weniger Geld und mit weniger Personal. Er bitte alle, das einmal durch- und zu Ende zu denken.

Wenn auch er eine kleine Kritik anbringen dürfe, so sei es als ORF in dieser schwierigen Situation notwendig, der österreichischen Bevölkerung viel klarer zu kommunizieren, was öffentlich-rechtlich heiße, damit, wenn es zu einer Haushaltsabgabe komme, nicht von vornherein eine negative Grundhaltung vorhanden sei. Niemand wolle gerne zahlen, aber man sollte es verstehen und gerechtfertigt finden, auch wenn einem jeder Euro fehle. Da wäre seitens des Unternehmens noch Kommunikation zum Wohle der Demokratie, des ORF und der Bevölkerung angebracht. Das habe ihm in den letzten Wochen ein wenig gefehlt.

Kritik sei immer richtig und nie unnötig, erwidert LOTTER. Konstruktive Kritik sei in einem Aufsichtsgremium völlig richtig und wichtig. Sie werde schließlich sehr konstruktiv gehandhabt. Man könne gar nicht genug kritisieren, so lange es konstruktiv sei. Gerade im Plenum des Publikumsrats des öffentlich-rechtlichen Senders sollte das zum Ausdruck kommen, damit auch nicht annähernd der Eindruck entstehe, dass es sich dabei um ein nicht diverses, nicht vielfältiges und nicht sehr ernst zu nehmendes Gremium handle, dass sich tatsächlich um die Zukunft des ORF Gedanken mache und nicht einfach nur Ja oder Nein sage.

Ihm sei seine Anmerkung zu den Social Media aus seinem ersten Beitrag wirklich wichtig, denn Digitalisierung und die Zivilgesellschaft im Internet seien nicht voneinander zu trennen. Es brauche da wirklich einen Kulturwandel, und das gelte für alle Journalisten, auch für ihn persönlich. Man solle nicht glauben, dass man der Gralshüter der Information sei. Die Leute der Zivilgesellschaft seien an dieser Information beteiligt und sie seien erwachsen und groß genug, um Fake News und Propaganda als solche erkennen zu können. Es sei nicht akzeptabel, dass man sage, dass es auf dieser Welt nur einige wenige gebe, die einschätzen könnten, was richtig und falsch sei. Das sei für ihn ein vormodernes Bild. Daran zu arbeiten, dass es mehr mediale Bildung gebe, dass es mehr Bildung in Ökonomie gebe, mehr Technologiebewusstsein, mehr Politikbewusstsein und mehr Bildung in Zivilgesellschaft sei obligatorische, und das passiere ohnedies.

Er schließe sich der Äußerung seines Kollegen Meryn an. Der ORF müsste deutlicher kommunizieren, was die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei. Das gehe in der Breite nämlich unter. Dazu wäre es wahrscheinlich am gescheitesten, wirklich mit den Leuten zu reden und auch mehr Leute hierher ins Haus zu holen. Das gelte übrigens auch für die Zusammensetzung des eigenen Gremiums. Das sei nicht divers genug, und man müsse auch damit auf die Höhe der Zeit kommen. Wenn er das richtig gesehen habe, gebe es beispielsweise sieben weibliche Mitglieder und sehr viel mehr Herren. Das sei merkwürdig und könne so nicht gehalten werden. Es müssten auch Bürgerinnen und Bürger in dieses Forum kommen und etwas zu sagen haben, die keine Institutionen vertreten würden. Ihm sei das Gremium zu wenig divers im umfänglichen Sinne einer Zivilgesellschaft. – Das sei eher eine Feststellung.

Da gelte, was auch für den Generaldirektor gelte, hält der VORSITZENDE dem entgegen, dass nämlich der Publikumsrat das nur beschränkt beeinflussen könne.

Die aktuelle Diskussion um die Medienministerin zeige, welchen Einfluss die Politik auf den ORF nehme, stellt LADSTÄTTER fest. Als Publikumsrat sehe er das als Übergriff der Politik gegenüber einem unabhängigen ORF, wie er existieren sollte. Er sei zwar schon fast 60 Jahre alt, aber er werde sich hoffentlich nie daran gewöhnen, dass sich die Politik herausnehme, in manche Bereiche hineinzuregieren, und gleichzeitig zu behaupten, dass diese unabhängig seien. Das dürfe so nicht sein.

Zum Thema Krise als Chance seien ihm drei Punkte wichtig. Die Haushaltsabgabe für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterstütze er total und er hoffe, dass sie jetzt auch wirklich kommt. Wenn man einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben wolle, sollte man auf peinliche Diskussionen über 20 Cent mehr oder weniger verzichten. Eine Digitalnovelle brauche man mindestens ebenso sehr, damit der ORF langfristig relevant bleiben könne. Ein Beispiel: Man möge zurzeit einer Siebenjährigen oder einem Siebenjährigen erklären, was eine Telefonzelle sei. In 20 Jahren werde das wahrscheinlich mit einem Fernseher oder einem Radiogerät so sein.

Rundfunk für alle müsse auch wirklich für alle heißen. Es gehe also um den Ausbau der Barrierefreiheit. Da seien schon große Schritte gemacht worden. Der Behindertensport und die Baustelle „Licht ins Dunkel“ seien ihm da besonders wichtig. Was dazu in dieser Sitzung bereits gesagt worden sei, unterstütze er sehr. Die zuständige Abteilung im Haus habe vor, so sei es zumindest ihnen kommuniziert worden, zunächst nur intern zu diskutieren und ihnen dann im Herbst etwas vorzulegen. Diesen Plan könne er so nicht unterstützen, um es einmal ganz vorsichtig zu formulieren. Es sei angefragt worden, was sie beitragen könnten. Der Österreichische Behindertenrat sei jetzt an die Politik herangetreten, weil Rundfunk für alle auch barrierefreier Rundfunk bedeute. Wenn die Politik zum Teil Haushalte von der Abgabe befreie, dann sei das gut so. Dieses Geld fehle dem ORF jedoch, und man werde sich dafür einsetzen, dass Teile dieses Geldes dem ORF zweckgebunden zum Ausbau der Barrierefreiheit zur Verfügung stehen würden. Ein Rundfunk für alle müsse auch für alle wahrnehmbar sein. Das gemeinsame Ziel, nämlich einen ORF, der stark, relevant und barrierefrei sei, werde man erreichen.

BURANITS knüpft daran an, dass Rundfunk für alle und Relevanz schon mehrmals angesprochen worden seien. Der ORF sei für die Volksgruppen relevant, weil er fast der einzige Sender sei, der Programme in Volksgruppensprachen anbiete. Auf einem freien Markt werde es kein Programm für Volksgruppen geben, dafür seien sie einfach zu klein. Es freue ihn daher, dass man die Relevanz des ORF für die Volksgruppen durch eine neue Sendung auf ORF III steigern habe können. Das sei die Entwicklungsrichtung, die man sehen wolle. Man wolle auch, dass Mittel vorhanden seien, die man ins Programm stecken könne. Digitalisierung und Technik würden dabei hoffentlich helfen. Für die Volksgruppen werde es nicht so leicht sein, auf die Privaten einzuwirken, mehr Volksgruppenprogramm zu senden. Dieser Kernauftrag des ORF werde also auf jeden Fall relevant bleiben.

Die Digitalnovelle sei für die Volksgruppen besonders wichtig, denn ihnen werde die Digitalisierung vorenthalten. Er wolle wirklich auf diese Novelle drängen, denn die sei für das Überleben der Volksgruppen wesentlich. Das könnten sie nur im ORF machen.

Die Diversität sei wirklich auszubauen. Es gebe andere Randgruppen, die vielleicht nicht so zu Wort kommen oder ins Bild gerückt würden. Mit der Haushaltsabgabe sei eine Chance gegeben, da breiter auszuholen und neue Themen zu bringen, die man vielleicht bisher nicht so sehr gesehen habe, um wirklich das gesamte Publikum abzuholen, auch wenn es sich nur um kleinere Gruppen handeln sollte.

Er bedanke sich beim Generaldirektor, dass man die Relevanz für die Volksgruppen steigern habe können.

MARSCHITZ regt an, dass der Programmausschuss, wenn die Haushaltsabgabe dann tatsächlich kommen wird, auch einmal behandeln könnte, was das programmlich für die Gruppen heißt, die bisher nicht erfasst worden sind. Das könnte man vielleicht einmal zum Schwerpunkt einer Sitzung machen.

BAUMGARTNER sagt, dass er den Generaldirektor als Geschäftsführer in dieser Zeit beneide, nämlich darum, in einer so spannenden Zeit die Verantwortung zu tragen. Auch er sei ein Fan dieser Haushaltsabgabe, obwohl ihm der Begriff nicht wirklich gefalle. Es stehe im momentan kein besserer zur Verfügung, aber möglicherweise könnte man sich da zum Wording noch etwas überlegen, was nicht so antiquiert und vielleicht moderner, motivierender und wertschätzender klinge.

Der Generaldirektor habe bereits erwähnt, dass der ORF mit 120 Millionen € ein wichtiger Auftraggeber im Kunst- und Kulturbereich sei. Er habe erwähnt, dass der ORF zur Filmwirtschaft mit über 100 Millionen € einen wichtigen Beitrag leiste, der ja eigentlich gar nicht im gesetzlichen Kernauftrag enthalten sei. Würde es diesen Beitrag nicht geben, würde die österreichische Filmwirtschaft wahrscheinlich nur sehr eingeschränkt arbeiten können.

Für ihn als Vertreter des Kunst- und Kulturbereichs sei das RSO, das Radio-Symphonieorchester natürlich besonders wichtig. Es sei weder bei der Haushaltsabgabe noch bei der Digitalisierung in diesem Bereich bereits etwas in Stein gemeißelt. Möglicherweise gebe es da eine Strategie – er wisse durchaus, dass das Radio-Symphonieorchester auch nicht zum gesetzlichen Auftrag gehöre –, wie eine Finanzierung mit dem Medienministerium, mit dem Bund und dem Land und vielleicht auch der Stadt Wien aussehen könnte. Grundsätzlich sei das RSO ein wichtiger Teil der Kultur und ein Bestandteil der Identität. Es gehöre zu den drei besten Orchestern Österreichs und fülle einen wichtigen Teil des Programms, vor allem in Ö1. Daher wäre sein Plädoyer auf alle Fälle, dass dieses Orchester erhalten bleiben sollte, auch wenn das wahrscheinlich noch Verhandlungssache sei.

Das Sparen werde vielfach negativ dargestellt. Er finde das gar nicht so negativ, dass man auch über Sparen diskutiere. Für ihn sei das eher eine Wertsicherung und Absicherung für die Zukunft. Er wolle mit einem Zitat schließen: Die einzige Konstante ist die Veränderung.

Auch HENGSTSCHLÄGER bedankt sich ganz herzlich beim Generaldirektor für dessen ehrliches Bemühen, diese Gratwanderung zwischen den allgemeinen Programmfragen und den Finanzfragen zu bestehen, die in dieser Sitzung von allen diskutiert werde. Er bringe eine Anregung mit, die aufgrund eines Wunsches von vielen, die an ihn herangetreten seien, entstanden sei. Er wolle es sich jetzt nicht so leicht machen, zu sagen, das Programm sei vor allem dann relevant, wenn viel Forschung, Wissenschaft und Bildung vorkommt.

Man habe am Vortag eine Sitzung des Programmausschusses gehabt. Man habe sich mit drei Fragestellungen beschäftigt, zu denen es Umfrageergebnisse gebe, ob die ZuschauerInnen und die ZuhörerInnen des ORF damit zufrieden seien, ob sie mehr oder weniger davon wollten etc. Er könne sich ganz gut vorstellen, dass man in Zeiten wie diesen, wenn Veränderungen bevorstünden, vor allem auch die neuen Finanzierungskonzepte, diese durch einen zu 100 % transparenten Prozess begleiten könnte. Man könnte anhand der großen Blöcke des öffentlich-rechtlichen Auftrags des ORF aufzeigen, welche Konsequenzen diese neuen Schritte für das Programm haben würden. Das könnte man qualitativ und quantitativ darstellen. Das Quantitative habe er in den letzten Jahren immer wieder einmal eingefordert, wenn es um Wissenschaft und Forschung gegangen sei, nämlich wie viele Minuten in Radio und Fernsehen und wo etwas vorkomme. Das könne aber auch Qualitatives bedeuten, indem man sage, dass das, was bisher nur so möglich gewesen sei, nämlich beispielsweise sich im Linearen nur für etwas entscheiden zu können, durch das Streamen erweitert wird, weil man sich da für mehrere Dinge gleichzeitig entscheiden kann. Das habe dann eben sogar qualitative Vorteile.

Eine solche transparente Darstellung könnte ein begleitender Prozess des kommenden Jahres sein. Das könnte man dann bei entsprechenden Publikumsfragen immer wieder herzeigen und anhand der Blöcke des öffentlich-rechtlichen Auftrags darstellen. Da könnte man dann die Fragen beantworten, was es konkret in den Bereichen Sport, Tourismus, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, aber auch an amerikani-

schen Serien gebe. Das wäre eine ganz einfache Möglichkeit zu vermitteln, was sich wie quantitativ oder qualitativ ändern oder was im Programm auslösen werde. Er könne sich schon vorstellen, dass das eine Riesenaufgabe sei, es wäre jedoch für diese Diskussion enorm hilfreich. Transparenz sei ihm dabei ganz besonders wichtig, denn dann könne das Publikum, das man hier vertrete, sich immer wieder selbst ein Bild davon machen, was wirklich passiert. Es seien viele Sorgen formuliert worden. Man müsse dann aber immer auch schauen, ob die berechtigt gewesen sind, ob das Befürchtete auch tatsächlich eingetreten ist. Er wolle wissen, ob so etwas möglich wäre.

KARMASIN schließt an die Ausführungen Hengstschlägers mit einer Frage an. Viele der Themen, die besprochen worden seien, hätten damit zu tun, dass der Medienjournalismus im ORF deutlich ausbaubar erscheine. Das sei sein *ceterum censeo*, seit er in diesem Gremium sitze; offensichtlich noch nicht lange genug, aber auf jeden Fall lange. Es gehe ihm dabei um medienpolitische Formate auch im Fernsehen. Er wisse, dass es „#doublecheck“ im Radio gebe, aber es gehe da auch um Breite. Er gebe den Hinweis, dass in Puls24 zwei Stunden Debatte über Zukunft und Sinn des Öffentlich-Rechtlichen laufen würden und im ORF trotz des verdienstvollen „Report“-Auftritts nichts. Solche medienpolitischen Formate würden sich übrigens auch dazu eignen, Sinn und Auftrag des ORF ein bisschen breiter zu diskutieren und deutlich zu machen, wie breit da das Meinungsspektrum sei. Gehe das, komme das oder gehe es nicht?

Im Hinblick auf Accountability halte er den Unterschied zwischen Journalismus und PR für ganz wichtig. Wenn es diese weißen Bänder in den Wiesen gegeben und die Redaktion nicht den Schnee wegretuschiert habe, dann sei es Journalismus. Er wisse schon, dass er als PR-Beauftragter damit nicht glücklich wäre, wenn das gezeigt werde, aber wenn es so gewesen sei, sei es eben so gewesen. Und das sei nicht gelogen. Die Skigebiete, die er gesehen habe, hätten leider so ausgesehen. (WIESINGER: Zum Zeitpunkt der Berichterstattung ist das genau nicht so gewesen. Das war die Kritik.) Das sei also vorher so gewesen, und dann sei das Bild noch einmal gebracht worden – okay. Dann könne man berechtigt die Frage stellen, ob das der richtige Zeitpunkt gewesen sei. Grundsätzlich gehe es jedoch um die Grenze zwischen Journalismus und PR und darum, wie man das gut voneinander abgrenzen könne.

Für ganz wichtig im Hinblick auf Wissenschaftsjournalismus und auch für andere Ressorts halte er, dass man im Sinne der Ausgewogenheit nicht in eine False Balance-Problematik, die hier schon mehrfach adressiert worden sei, reinrutsche, indem man wissenschaftlichen Konsens dem Publikum so vermittele, als sei der eine Meinung unter anderen. Er wisse nicht ob „Science“ oder „Nature“ zu den bevorzugten Lektüren der Kollegen zählten. Da gebe es keinerlei Zweifel. Wenn man da Zweifel habe, empfehle er die Homepage der Österreichischen Akademie der Wissenschaften als durchaus verlässliche Instanz, die darüber entscheide, was Stand der Forschung sei. Angesichts dessen von Angstmache, Panikmache und Übertreibung zu sprechen, halte er zumindest im Wissenschaftsressort für ganz problematisch, denn dann werde die wissenschaftlich einhellige Mehrheitsmeinung in den Status politischer Beliebigkeit gerückt.

Dass man jedoch in anderen Ressorts, und da würde er schon zustimmen, darüber reden könne, dass Angst kein besonders guter Anreiz sei und dass es robustere Anreize wie Preiserhöhungen und andere Dinge brauche, das zeigten die Forschungen der Behavioral Economics ganz gut. Rein emotionale Appelle, ob jetzt gut oder schlecht würden ja bei Verhaltensänderungen bekanntermaßen nur wenig helfen.

Dazu gebe es einen relativ großen Forschungsbestand. Er wolle lediglich sehr darauf drängen, dass man jedenfalls den wissenschaftlichen Forschungsstand von allen politischen und sonstigen interessensgeleiteten Dingen in der Berichterstattung sehr, sehr deutlich trenne. Er sei nicht der Meinung, dass das immer und überall gut gelinge, halte es jedoch für ein wichtiges Desiderat, zwischen dem Stand der Forschung und politischen, ökonomischen oder sonstwie legitimen Interessen zu unterscheiden. Damit er nicht falsch verstanden werde, betone er, dass er auch die Interessen der Tourismuswirtschaft für legitim halte, aber das seien eben Partikularinteressen und keine wissenschaftlich fundierten, evidenzbasierten Befunde.

WIESINGER repliziert, dass er jederzeit für wissenschaftliche Grundlagen eintrete. Sie müssten dann jedoch auch wirklich richtig zitiert werden. Das gelte für das 8.5-er-Szenario des IPCC, das eigentlich keine Chance habe, je Realität zu werden. Darauf Studien aufzubauen und damit Panik zu erzeugen, sei nicht seriös. Das müsse man auch einmal sagen. Dazu müsse man den IPCC-Bericht genau durchlesen, und zwar den gesamten Bericht und nicht nur die Zusammenfassung. Dann könne man auch dort sehen, dass das als nicht wahrscheinliches Szenario deklariert werde. Darauf Berichterstattung aufzubauen, sei nicht seriös.

In dem Zusammenhang wolle er eine schriftliche Anfrage an den Generaldirektor im Hinblick auf den Themenbereich Tempolimits ankündigen. Man habe in Krone TV am 14. Februar eine Volksbefragung gefordert. Man habe dann Anfragen von Radio Content Austria, Puls24 und ATV erhalten und eine Einladung zu ServusTV. Nur im ORF sei kaum etwas darüber gekommen. Eine Woche später habe es eine Anfrage von „Oberösterreich heute“ gegeben. Gleichzeitig habe man einen Themenschwerpunkt gemacht, der alles andere als ausgewogen gewesen sei. Das werde in der schriftlichen Anfrage genauer ausgeführt. Für ihn stelle sich die Frage, wie so etwas zustande komme. Darauf hätte er gerne eine Antwort. Die Anfrage werde aber schriftlich erfolgen, und er erwarte hier jetzt keine direkte Antwort.

SIFFERT dankt dem Generaldirektor für dessen Bericht. Ihm fehle die feine Ironie Baumgartners, er beneide den Generaldirektor nicht, vor allem nicht im Ringkampf mit der Politik. Der Wunsch aller sei, dass der ORF digitaler werden solle. Als man im vorigen Jahr die vier Präsidenten der Sozialpartner zu Gast gehabt habe, hätten die das auch kräftig unterstützt. Darüber brauche man nicht zu diskutieren. Das sei auch für die jungen Kunden des ORF im städtischen Raum in Zukunft dann kein Problem, weil die Stadt gut an die digitale Welt angeschlossen sei. Die Frage sei allerdings, wie es damit im ländlichen Raum aussehe und ob in den Gesprächen, die jetzt geführt werden, auch diese technischen Fragen Thema seien. Vielleicht sei da auch Staatssekretär Tursky dabei und kündige an, noch ein paar IT-Milliarden auszuschütten, um bis ins letzte Dorf Glasfaserkabel zu legen etc., etc. – Er scherze.

Die Landjugend sei mit Abstand die größte Jugendorganisation Österreichs. Die hätten genauso das Recht, in die digitale Welt einzutreten, wie ihre Freunde und Freundinnen in der Stadt. Deshalb sei seine Frage, inwieweit diese dann die Möglichkeit haben würden, einen dann digitalen ORF genauso friktionsfrei zu empfangen wie die Kolleginnen und Kollegen in städtischen Räumen.

STOLBA will nicht auf sich sitzen lassen, dass sie Klimawandelleugnerin sei. Es sei bei ihren Feststellung überhaupt nicht darum gegangen, ob der Klimawandel ein Fakt sei oder nicht. Sie stelle das überhaupt nicht im Abrede. Ihr sei es lediglich um die Frage gegangen, wie der Journalismus mit dem Thema umgehe. Das wolle sie behandelt wissen.

(MERNYI nominiert ZIMMER als seine Vertretung und verlässt die Sitzung.)

Der VORSITZENDE sagt, dass man die Anregung in Richtung Thematisierung dieser Frage in einem Ausschuss aufgreifen werde.

WALCHHOFER will noch einmal ganz kurz auf das Thema ORF-SPORT+ eingehen. Der ORF mache wirklich eine Supersportberichterstattung. In der Frage ORF-SPORT+ sei er pragmatisch. Er verstehe den Generaldirektor gut, wenn er das vielleicht im Zuge des Sparprogramms infrage stelle und in Zukunft mehr im digitalen Bereich sehe. In ORF 1 sei sicherlich auch Platz. Wichtig sei, dass die Inhalte künftig gesichert seien. Man spreche nunmehr doch schon seit geraumer Zeit sehr intensiv über eine Digitalnovelle. Alle im Raum seien sich da völlig einig, dass die notwendig ist. Gerade in diesem Zusammenhang sei sie eigentlich unerlässlich, denn sonst wird das nicht funktionieren. Da würde ihn einerseits der Fahrplan interessieren. Er hätte erwartet, dass die Politik das bereits umgesetzt hätte, weil das eigentlich sehr, sehr dringend sei. Ihn erstaune, dass der Sportminister auch in dieser Frage ein bisschen durchtauche, denn sie sei eigentlich sehr essenziell. Wenn man über die Zukunft des Sports spreche, sei es notwendig, dass man da schnell zu einem Ergebnis kommt.

Wie wichtig Sport, und vor allem auch Breitensport und Sport und Bewegung für die Gesellschaft seien, das habe man bereits mehrfach auch in diesem Gremium thematisiert. Der ORF habe das in der Vergangenheit gut gemacht, und er bitte darum, dass man auch in Zukunft weiterhin diese Möglichkeiten und Präsenz haben werde. Am Vortag habe es dazu ein sehr, sehr vielversprechendes Gespräch mit dem BSO-Präsidenten Niessl gegeben. Insofern sei er da sehr positiv gestimmt.

BRUNGRABER nimmt im Anschluss an die Ausführungen Walchhofers auf die Transferierung von Sport für und von Menschen mit Beeinträchtigungen Bezug. Seine Frage sei, wie das dann konkret aussehen werde, ob es konkrete Ideen dazu gibt, welche Teile davon als Stream zugänglich sein werden, beziehungsweise auch, was und wie viel davon auf ORF 1 zu sehen sein wird.

WEISSMANN dankt für die zahlreichen Beiträge und die gute Diskussion und auch die Unterstützung in dieser schwierigen Situation. Er führe momentan viele Runde Tische, weil es viel zu besprechen gebe. Man versuche seit Jahren, eine Digitalnovelle für den ORF zu bekommen, nicht nur weil das Teil der Strategie „ORF 2025“ sei, sondern weil es einfach wichtig sei, um dem Unternehmen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung vom Broadcaster zur Plattform zu geben. Man wolle dort das Publikum erreichen. Die Menschen würden sich immer mehr in diesen digitalen Welten bewegen, und deswegen müsse man mit dem öffentlich-rechtlichen Content des ORF auch dorthin.

Konkret habe es dazu natürlich Gespräche gegeben. Nunmehr sei jedoch die Medienpolitik am Zug. Jetzt sei der Gesetzgeber gefragt. Es seien Gespräche, die seit Langem laufen würden. Es gebe schließlich nicht nur den ORF. Er wolle hier schon noch einmal sagen, dass man sich mit den Wünschen nach nachhaltiger Finanzierung und einer Digitalnovelle trotzdem zu einem dualen Mediensystem in Österreich bekenne. Man habe in der Vergangenheit sehr viele Kooperationen begonnen. Eine Digitalnovelle müsse man natürlich auch im Kontext eines kleinen, feinen Medienstandorts sehen. Natürlich vertrete er die ORF-Interessen, aber das werde nur in einem Gesamtspiel funktionieren können. Man habe bei der Medienpolitik die Wünsche des ORF deponiert. Prinzipiell gehe es um eine längere Verweildauer, es gehe um Online-First-Möglichkeiten etc., aber das müsse man natürlich innerhalb einer Gesamtlösung für den heimischen Medienstandort sehen. Man freue sich darauf, wenn das zustande kommt, weil das für den ORF ganz, ganz wichtig sei.

Zur medienpolitischen Diskussion müsse man fairerweise schon ausführen, dass mit dem Gang der Vorgängergeschäftsführung zum Verfassungsgerichtshof der ORF selbst es gewesen ist, der dieses Erkenntnis verursacht hat. Dass die Medienpolitik nunmehr am Zug sei, sei sozusagen dem Verfassungsgerichtshof geschuldet. Das müsse man in dieser Diskussion schon auch sagen. Er habe versucht, ein wenig zu skizzieren, wie komplex das alles ist. Der Verfassungsgerichtshof habe der Medienpolitik aufgegeben, da aktiv zu werden. Prinzipiell sei es ja immer eine Aufgabe des Stiftungsrats, über die Finanzierung des ORF zu entscheiden. In dieser Ausnahmesituation ist es nicht die Medienministerin gewesen, sondern der ORF selbst, der zum Verfassungsgerichtshof gegangen sei und das ausgelöst habe. Dies führe er nur an, um in der Diskussion auch fair zu sein.

Wenn es eine Haushaltsabgabe und eine Digitalnovelle geben werde, müsse der ORF dem Publikum erklären, was der Mehrwert des Öffentlich-Rechtlichen ist, und zwar nicht nur punktuell, sondern in den kommenden Jahren. Da tue man sich sehr leicht, denn man könne dazu gleich sozusagen Diplomarbeiten versenden. Man werde das sehr zielgerichtet tun. Man werde innerhalb der nächsten zehn Tage eine kleine Kampagne im ORF starten, in der man genau die Frage beantworten werde, was das Publikum vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk habe. Man überlege sich das natürlich schon. Der Zeitplan sei eng, aber man müsse das schon auch ein wenig synchronisiert machen. Man könne das Fell des Bären nicht verteilen, solange der Bär nicht erlegt ist. Nun sei eben die Medienpolitik am Zug, die nächsten Schritte zu setzen. Er sei mit den gebrachten Vorschlägen und Inputs diesbezüglich völlig d'accord, man werde das auch tun. Man müsse das allerdings mit dem synchron sehen, was tatsächlich am Tisch liegt beziehungsweise umgesetzt werden wird.

Der ORF bekomme natürlich Gebühren: Ganz konkret seien es von jeder Zahlerin und von jedem Zahler 60 Cent am Tag, die der ORF bekommt. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise sei natürlich jeder Cent wichtig, aber 60 Cent für dieses Programm halte jedenfalls er für wohlfeil und sehr, sehr berechtigt. Künftig, und das sei schon auch Teil der Gespräche gewesen, werde es für jeden Einzelnen, für jede Einzelne günstiger werden. Das sei ja der Sinn des Ganzen. Natürlich gehe es ihnen um eine nachhaltige Finanzierung für den ORF, aber umgekehrt sei schon auch immer sehr genau reglementiert, wie viel der ORF dann künftig einnehmen wird. Er habe im Interview mit der FAZ gesagt, dass es auch künftig kein Schlaraffenland für den ORF geben werde. Es werde Möglichkeiten für den ORF geben, aber man werde auch weiterhin, so wie das auch dem gesetzlichen Auftrag entspreche, wirtschaftlich und effizient arbeiten.

Es gebe jetzt eben einen Gesetzwerdungsprozess – das werde in den Medien manchmal ein bisschen verzerrt dargestellt – zu den sogenannten Nettokosten des öffentlich-rechtlichen Auftrags, über den dann ja auch der Publikumsrat zu befinden haben werde. Auch wenn künftig mehr Haushalte zahlen würden – man rechne mit 300.000, die da dazukommen würden –, sei das Geld für den ORF ja so wie in Deutschland gedeckelt. Es werde jetzt also keinen unendlichen Geldfluss für den ORF geben, sondern dass Geld komme so wie in Deutschland auf ein Sperrkonto. Es gebe die Nettokosten des öffentlich-rechtlichen Auftrags, die übrigens auch von der unabhängigen Medienbehörde des Bundeskanzleramtes, der KommAustria überprüft werden werde. Man sei da also sehr transparent, es handle sich da jetzt nicht um einen unendlichen Geldfluss und es sei auch keine unendliche Belastung für die Haushalte in Österreich zu erwarten. Man werde weiterhin sehr ordentlich und transparent wirtschaften und haushalten.

In einem Unternehmen, dass dann künftig hoffentlich durch eine Haushaltsabgabe finanziert werden werde, wolle man sich besondere Transparenz in der Mittelverwendung auf die Fahnen schreiben. Er sei gerne bereit, darüber in Diskussionen einzutreten. Als ehemaliger Finanzverantwortlicher des ORF für die Fernsehproduktion könne er sagen, dass jeder Euro und jede Veränderung jedes Jahr unter anderem auch in den Schemabeschlüssen und im Finanzplan beschlossen werde. Man werde sich da nur überlegen müssen, wie man das transparent kommunizieren könne, denn die Unterlagen gebe es. (HENGSTSCHLÄGER: Auch mit dem Link zum Programm?)

Da gebe es einerseits die Planung und dann den tatsächlichen Stand, aber die Unterlagen gebe es selbstverständlich und sie würden ja auch beschlossen werden. Man müsse sie nur richtig lesen können. Man habe jedes Jahr mehrere Tausend Produktionen. Man müsse die dann eben nur in irgendeiner Form clustern. Herunterbrechen könne man das jedenfalls bis hin zu Centbeträgen. Die Frage sei lediglich, wie viel Aufwand man in die Transformation der Unterlagen stecken will. Jede Position und jede Veränderung sei auf den Cent genau dokumentiert. (HENGSTSCHLÄGER: Es geht darum, dass das dann auch nach außen leicht kommunizierbar ist.) Er verstehe das schon. Es gehe da um die großen Blöcke, und bei denen tue sich da im Wesentlichen das und da das, weil ... Die Anregung sei super und der Punkt sei prinzipiell angenommen. Thema sei die Herstellung einer verständlichen Transformation.

Zur Medienberichterstattung im ORF gebe es natürlich unabhängige und weisungsfreie Redaktionen. Die „Report“-Redaktion sei an ihn herangetreten und habe ihn gefragt. Der Generaldirektor könne sich da etwas wünschen, aber die Entscheidungen würden die Redaktionen treffen. Er halte das Thema jedoch für wichtig. Im ORF seien es wirklich die starken, unabhängigen Redaktionen, die sich den Themen nähern.

Dann seien False Balance und die Berichterstattung insbesondere über den Klimabereich angesprochen worden. Das sei sicherlich eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Es gebe dazu durchaus auch Learnings im ORF. Man müsse das immer auch in einer Zeitreihe sehen. Wenn man jetzt vom Klima zum Thema Flüchtlinge von 2015 gehe, so sei das vor allem in Deutschland groß wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Das müsse man schon reflektieren, diskutieren und sich anhören, wenn es da Kritik gebe. Das nehme er mit und das biete er an. Wenig überraschend werde er die Berichterstattung im konkreten Fall jedoch verteidigen. Er habe sich das dann von der Redaktion darstellen lassen. Die Bilder der Schneebänder seien wenige Tage vor dem Beitrag gemacht worden. Die Redaktion lege Wert drauf, dass es sich um eine ausgewogene Berichterstattung gehandelt habe. Es werde tatsachenbasiert über auffällige Wetter- und Klimaereignisse berichtet, ob es sich um schneereiche oder eben auch schneearme Winter handle. Es werde darauf verwiesen, dass auch andere Medien regelmäßig darüber berichten würden.

Er nehme die Kritik ernst und habe sie ja auch an die Redaktion weitergegeben. Es sei sicherlich die Herausforderung der kommenden Jahre, sich mit dem Thema gut auseinanderzusetzen. Die Redaktion habe jedoch aus ihrer Sicht da korrekt zum Thema berichtet.

Im Zuge der bereits angesprochenen Kampagne gehe es auch darum, den ORF wieder zu öffnen. Gremienmitglieder würden sich ja an diesem Tag den neuen multimedialen Newsroom anschauen. Er hoffe, sie würden dann ebenso begeistert davon sein, wie man das seitens des ORF sei. Nach Corona habe man damit begonnen, das Haus wieder zu öffnen. Vor Corona habe man bis zu 80.000 Menschen pro

Jahr im ORF-Zentrum zu Besuch gehabt. Das sei auch für die Zukunft wieder das Ziel. Man wolle wieder ein Ort der Begegnung von Jung bis Alt sein. Er selbst sei in Oberösterreich in die Schule gegangen. Sie seien dann einmal nach Wien gefahren und hätten sich den ORF angeschaut. Das habe ihn letztlich dann sogar beruflich hierhergeführt. Diesen Besuch mit seiner Schulklasse – sie seien damals 13, 14 Jahre alt gewesen – habe er nie vergessen. Man werde das Besucherwesen weiter forcieren; man könne jetzt wieder aufmachen.

„Licht ins Dunkel“ sei eine ganz, ganz wichtige Marke für den ORF. Man habe im vergangenen Jahr das 50-jährige Jubiläum gefeiert. Man habe genau in diesem Raum dazu schon einen Runden Tisch gehabt. Es seien alle Sitzplätze von Vertreterinnen und Vertretern besetzt gewesen. Er persönlich habe es als sehr gute Diskussion empfunden, und man werde die Gespräche fortsetzen. Die Punkte, die in dieser Sitzung angesprochen worden seien, seien ganz wichtig. Die würde er schon auch sehen. Ihnen als ORF sei das ganz wichtig und man werde das auch weiterführen. Natürlich werde man sich weiterentwickeln, so wie sich einfach auch das Thema weiterentwickelt habe. Die Anregungen seien ganz, ganz wichtig. Am Ende gestalte jedoch die Redaktion die Berichterstattung. Man sei dazu jedoch schon in Diskurs gegangen und werde das auch weiterhin tun. Man habe darüber gesprochen, gemeinsam ein Reframing dieses Themas zu entwickeln. Über gewisse Dinge, die es in diesem Bereich gebe und die vom ORF nicht verursacht seien, könne man nur berichten. Das sei vom ORF dann nicht zu lösen. Insgesamt gehe es aber natürlich darum, Inklusion in der Gesellschaft zu vermitteln. Wenn man künftig eine Haushaltsabgabe haben werde, sei natürlich Inklusion in Bild und Ton ganz, ganz wichtig, weil das dazu beitrage, das Verständnis in der Bevölkerung zu stärken. Dazu bekenne man sich und man werde auch gemeinsam ein Reframing, wie es Präsident Nekula genannt habe, forcieren. Man hoffe, da schon bei der nächsten „Licht ins Dunkel“-Gala eine Spur weitergekommen zu sein.

Die konkrete Gestaltung der Haushaltsabgabe sei Sache des Gesetzgebers. Derzeit seien 350.000 Haushalte gebührenbefreit. Er gehe davon aus, dass es das auch künftig in ähnlicher Form geben werde. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten würden das vielleicht sogar ein bisschen mehr sein. Das sei im Gespräch, liegt jedoch in der Entscheidungsbefugnis des Gesetzgebers.

Er selbst habe das RSO einige Male gehört. Es sei wirklich ein ganz tolles Orchester. Er habe am Vortag mit den Betriebsräten des RSO einen Austausch gehabt. Da gebe es eben Aufgaben einer Geschäftsführung im Zusammenhang mit der Finanzierungsnotwendigkeit. Er würde sich freuen, wenn es eine Lösung für das RSO geben würde, darauf habe er auch hingewiesen, nur er könne es in der derzeitigen Form nicht mehr finanzieren. Er hoffe also insgesamt auf eine Lösung. Das seien jedoch Gespräche, die woanders zu führen seien. Dazu könne er jetzt jedoch nichts sagen. Soweit er das wisse, sei man dazu im Gespräch und versuche Lösungen zu finden.

Natürlich habe man sich auch zu SPORT+ zusammengesetzt. Es sei so, wie in allen Bereichen, die man in dieser Sitzung besprochen habe. Als ORFler kämpfe man für den ORF. Man bekomme da natürlich schon viel Unterstützung, auch von diesem Gremium. Wichtig sei, im gemeinsamen Gespräch zu erklären, warum es notwendig sei, diese Schritte zu setzen. Es gehe da einmal darum, die Situation und die Gründe für die Ankündigung gewisser Schritte zu erkennen. Neben der grundsätzlichen Tatsache gehe es dann schon auch um Zukunftsszenarien. Natürlich habe der Sport da Übergangsszenarien angesprochen. Über das rede man durchaus, und ihnen sei der Austausch wichtig. SPORT+ gebe es mittlerweile schon seit zehn Jahren, und der ORF sei sicherlich der wichtigste Ansprech- und Kooperationspartner. Das wolle man

natürlich auch in Zukunft bleiben. Das werde von beiden Seiten verstanden und unterstützt. Bei den Sportverbänden gehe es da natürlich auch um Sponsoren und so weiter. Es sei also wichtig, sich da gegenseitig auszutauschen, zu verstehen und dann auch darüber zu verständigen, was die nächsten Schritte sein können. Das sei beim Sport auch so passiert.

Er könne nur immer wieder sagen, dass die Zeit knapp ist. Trotzdem befinde man sich erst am Beginn eines Prozesses und nicht an dessen Ende. Am 1.1.2024 brauche es eine Neuregelung. Jetzt sei der Gesetzgeber am Zug. Das sei eben ein ongoing process. Man werde das gut hinbekommen. Gewisse Dinge befänden sich da wirklich im Fluss, und man müsse das in den nächsten Monaten gemeinsam und transparent diskutieren und vorantreiben. Insgesamt sei er nach wie vor positiv gestimmt, auch wenn es herausfordernde Zeiten seien. Es lohne sich auf jeden Fall, dafür einzutreten.

Der VORSITZENDE dankt und schließt diesen TO-Punkt. So wie er die Zeitpläne sehe, fürchte er, dass dieses Thema auch in der nächsten Sitzung heiß sein werde. Möglicherweise werde man sich in der Endphase der Gesetzesbegutachtung befinden. Seines Wissens sei der Zeitplan der, dass der Gesetzesbeschluss noch vor dem Sommer erfolgen soll.

Der Zeitplan sei ambitioniert, sagt WEISSMANN. Es müsse ja auch noch nach Brüssel. Insofern wäre das also sehr begrüßenswert, damit sich das alles noch ausgeht.

Der VORSITZENDE schlägt vor, jetzt im Anschluss an die Debatte gleich die vorgeschlagene Resolution zu behandeln. Man habe im Präsidialausschuss eine Diskussion darüber geführt, dass man eine Resolution als Zeichen des Publikumsrats beschließen wolle. Bei der Sitzung habe es eine Reihe von Anregungen gegeben, die er in einen neuen Entwurf eigearbeitet habe. Während dieser Sitzung habe es dann noch drei Anregungen gegeben, die in dem neu ausgeteilten Entwurf enthalten seien. Eine Anregung sei eine formale gewesen: Die Zwischenüberschrift „Sorgsames Wirtschaften fürs Programm“ habe ein „s“ zu wenig gehabt.

Im Abschnitt „Angebot für das Publikum durch Digitalisierung erweitern“, im dritten Absatz sei ursprünglich vom „österreichischen Publikum“ die Rede gewesen. Es sei natürlich klar, dass die Haushaltsabgabe nicht nur ein österreichisches Publikum zahlen werde. Diese würden auch viele Menschen zahlen, die nicht österreichische Staatsbürger seien. Der Vorschlag sei also, das durch „sein Publikum“ zu ersetzen. Das finde sich im dritten Absatz, in der zweiten Zeile.

Im Sinne dessen, was auch in dieser Sitzung bereits gesagt worden sei, sei angeregt worden, dass man die Sparmaßnahmen nicht so positiv konnotieren sollte. Niemand im Raum sei ein Sparfetischist. Der Generaldirektor hätte es sicherlich viel lieber, wenn er bei jeder Sitzung erzählen könnte, was man Neues machen könne. Bei der 8 %-igen Gebührenerhöhung habe man sich ja bereits gefreut, dass die erlauben würde, die digitalen Möglichkeiten auszuweiten. Das sei leider ganz anders gekommen. Der Vorschlag sei jedenfalls „notwendige Sparmaßnahmen“ durch „sorgsames Wirtschaften und effizienter Einsatz von Ressourcen“ zu ersetzen.

LOTTER stellt fest, dass er eine Klärung des epischen Begriffs „die großen Mediengiganten“ vermisse. Er habe diesen Einwand erst in der Früh dieses Tages, also ein bisschen spät geschickt. Er sei überhaupt nicht dagegen, dass man die Plattformen anspreche. Die „großen Mediengiganten“ seien ihm, erstens, zu unpräzise und, zweitens, sei es auch so ein pauschaler Gemeinplatz. Man könnte das ein bisschen exakter formulieren. Wenn die Online-Plattformen gemeint seien, dann sollte man das sei-

ner Meinung nach auch so sagen. Sonst habe er nämlich ein bisschen das Gefühl, Godzilla würde beschworen, und das müsse wohl nicht sein.

Der VORSITZENDE hält fest, dass man dort also „Onlineplattformen (GAFAs)“ schreiben werde. Sodann stellt er die derart modifizierte Resolution zur Abstimmung.

Die Resolution wird

bei 2 Enthaltungen (NEPP, SCHENK) einhellig angenommen.

Die beschlossene Resolution hat folgenden Wortlaut:

RESOLUTION DES ORF-PUBLIKUMSRATS ZUR AKTUELLEN DEBATTE UM DEN ORF

Der Publikumsrat appelliert an die Verantwortlichen in Regierung und Parlament, rasch sicherzustellen, dass der ORF auf Basis des Verfassungsgerichtshofurteils auch weiterhin über jene finanzielle Mittel verfügt, um seinem Programmauftrag umfassend und qualitativ hochwertig nachkommen zu können und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der ORF sein Angebot im digitalen Raum weiterentwickeln kann.

Entwicklungen, wie die zunehmende Verbreitung von Fake News, legen gerade jetzt nahe, die demokratiepolitisch bedeutsame Funktion des ORF als verlässliche und vielfältige Informationsquelle weiterzuentwickeln. Die empirischen Untersuchungen im Auftrag des Publikumsrats liefern dazu konkrete Orientierungen.

Auch die Leistungen des ORF in den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Sport zur Erfüllung seiner Kernaufträge sowie die Behandlung von Themen wie Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft, Volksgruppen, Jugend- und Erwachsenenbildung, Vermittlung von Wissenschaft, Gesundheit- und Umweltschutz, Kirchen und Religionsgesellschaften sowie die Förderung sozialer und humanitärer Aktivitäten sorgen dafür, dass der ORF in der österreichischen Medienlandschaft eine einzigartige und unverzichtbare Rolle spielt.

NACHHALTIGE FINANZIERUNG SICHERN

Bei der Wahl der Finanzierungsform sollten aus unserer Sicht folgende Punkte berücksichtigt werden:

- An der Finanzierung des ORF sollten grundsätzlich alle unabhängig von ihren Nutzungskanälen beteiligt sein, wobei auf einkommensschwache Menschen bzw. berücksichtigungswürdige Situationen durch Ausnahmen oder Beitragsreduktionen Bedacht zu nehmen ist.*
- Wie in anderen Ländern soll die Verbreiterung der Finanzierungsbasis mit einer Senkung des Entgelts für die einzelne Nutzerin bzw. den einzelnen Nutzer verbunden sein.*
- Das Modell muss eine nachhaltige Finanzierung der Aufgaben des ORF sicherstellen.*
- Das neue Finanzierungsmodell soll den ORF nicht in direkte politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit bringen, sondern die Unabhängigkeit des ORF – als Grundlage für objektive Berichterstattung – stärken.*
- Die Festlegung des Programmgebührens soll weiterhin auf Antrag der Geschäftsführung in den Gremien des ORF erfolgen.*

- *Das Programmengelt soll im Sinne der Transparenz von anderen Gebühren und Abgaben entkoppelt werden.*
- *Das Modell muss so rechtzeitig beschlossen werden, dass dem ORF eine fristgerechte Umsetzung bis 1.1.2024 möglich ist.*

Um jene, die künftig unter Umständen erstmals auch als Beitragszahlerinnen und Beitragszahler herangezogen werden, vom sinnvollen Einsatz ihrer Beiträge zu überzeugen, braucht der ORF zudem mehr Möglichkeiten, attraktives Programm auch für Zielgruppen anzubieten, die er bisher zu wenig erreicht hat (etwa Jugendliche, migrantische Haushalte u.v.m.). Mit der Verbreiterung der Finanzierungsbasis stellt sich für den ORF mehr denn je die Herausforderung, „Rundfunk für alle“ zu sein.

ANGEBOT FÜR DAS PUBLIKUM DURCH DIGITALISIERUNG ERWEITERN

Die Neuordnung der Finanzierung muss aus unserer Sicht mit der ebenfalls seit Jahren in Diskussion stehenden „Digitalnovelle“ verbunden werden. Damit soll der ORF die notwendigen Möglichkeiten zur Versorgung seines Publikums in der digitalen Welt erhalten. Die damit verbundenen Möglichkeiten, öffentlich-rechtliche Inhalte effizient und zielgruppenorientiert zu produzieren und zu vertreiben, würden das Angebot für das Publikum erweitern und müssen daher im Interesse des Publikums offensiv genutzt werden.

Der Publikumsrat tritt seit Jahren dafür ein, dass der gesetzliche „Versorgungsauftrag“ des ORF im Onlinebereich zeitgemäß weiterentwickelt wird. Unzeitgemäße Beschränkungen des Onlineangebotes widersprechen den Publikumsinteressen und sind aufzuheben. Der ORF muss etwa die Inhalte der TVthek seinen Nutzerinnen und Nutzern länger bereitstellen können (unlimitiert oder bis zu einem Jahr durch Aufgabe der 7-Tages-Befristung). Außerdem ist seine Gestaltungsfreiheit in Bezug auf das Onlineangebot sicherzustellen („online first“ und „online only“ statt der Einschränkung auf sendungsbegleitende Inhalte).

Mit Blick auf die Digitalisierung und Onlineplattformen, die Hauptkonkurrenten des linearen Fernsehens sind, kann der ORF seinen Kernauftrag, sein Publikum mit öffentlich-rechtlichem Programmangebot zu versorgen, auch nur dann umfassend erfüllen, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen an die digitale Medienwelt angepasst werden.

Der „Preis“ einer nachhaltigen Finanzierung und einer Digitalreform für den ORF darf aber keinesfalls darin bestehen, dass seine Gestaltungsmöglichkeiten an anderer Stelle beschnitten werden, ohne dass daraus ein erkennbarer Vorteil für den Medienstandort Österreich erwächst. Manche der bisherigen Vorschläge zu gesetzlichen Beschränkungen für den ORF lassen befürchten, dass in erster Linie die großen Onlineplattformen (GAFAs) profitieren würden und letztlich eine Schwächung der österreichischen Medienlandschaft die Folge wäre.

SORGSAMES WIRTSCHAFTEN FÜRS PROGRAMM

Der Publikumsrat bekennt sich zum Grundsatz sparsamen Wirtschaftens bei der Programmgestaltung, Technik und Verwaltung des ORF im Sinn eines bestmöglichen Preis-Leistungsverhältnisses für das Publikum. Die Inflationsentwicklung, strukturelle Mehrkosten und die Transformation in die digitale Welt machen es für den ORF unabhängig von der aktuellen Finanzierungsentscheidung notwendig, bestehende Angebote und Strukturen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls Umschichtungen vorzunehmen.

Sorgsames Wirtschaften und effizienter Einsatz von Ressourcen müssen dem Grundsatz „Sparen fürs Programm“ und nicht „Sparen am Programm“ folgen und den gesetzlichen Auftragsprioritäten entsprechen. Sollte der lineare Sender Sport+ aus wirtschaftlichen Gründen nicht aufrechtzuerhalten sein, muss dessen aktuelles inhaltliches Angebot jedenfalls auf anderen Ausspielkanälen (ORF1, online) bereitgestellt werden. Programmliche Leistungen des RSO sollen für das Publikum gesichert sein. Der ORF soll nach Maßgabe seiner Möglichkeiten Beiträge zur kulturpolitisch gebotenen Fortführung des RSO leisten.

Der VORSITZENDE dankt für die Annahme der Resolution, die Rückenwind für die Geschäftsführung bringen solle. Das Gremium stehe grundsätzlich hinter deren Bemühungen. (WEISSMANN: Danke schön.)

Der VORSITZENDE tritt in

Punkt 3 der Tagesordnung „**ERGEBNISSE DER PUBLIKUMSRATSSTUDIE: „ANFORDERUNGEN DES PUBLIKUMS AN DIE ERFÜLLUNG DER PROGRAMMAUFTRÄGE ZU DEN THEMEN EUROPA, SICHERHEIT UND WIRTSCHAFT“ – PRÄSENTATION UND DISKUSSION**“ ein, der der Sitzungsschwerpunkt hätte sein sollen. Es habe sich jedoch abgezeichnet, dass es andere Prioritäten gibt. Trotzdem wolle man die Ergebnisse der Publikumsratsstudie auch einmal im Plenum präsentieren.

KRATSCHMAR führt aus:

Wir untersuchen mit der aktuellen Publikumsratsstudie die Programmaufträge Europa, Sicherheit und Wirtschaft. Insgesamt wollen wir ja in der Funktionsperiode alle Kernaufträge des ORF durcharbeiten, und dies auch möglichst gut mit empirischen Rückmeldungen des Publikums ausgestattet. Daher gibt es jetzt einmal diesen ersten Block mit diesen drei Themen. Im Gesetz heißt es dazu: „Förderung des Verständnisses für die europäische Integration“, „Förderung des Verständnisses für wirtschaftliche Zusammenhänge“ und „Förderung des Verständnisses für Fragen der europäischen Sicherheitspolitik und der umfassenden Landesverteidigung“. Das haben wir in eine Umfrage umgesetzt.

(KRÖMER nominiert DANMAYR als ihre Vertretung und verlässt die Sitzung.)

Die allgemeinen Eckdaten zur Untersuchung: Eine repräsentative Befragung ab 14 Jahre. Alles ist sehr, sehr valide und fundiert. Untersuchungsgegenstand waren ja auch nicht die Kärntner Landtagswahlen. Es sind also sehr valide Ergebnisse.

Wir haben uns zuerst einmal einen Überblick über die Bewertung der allgemeinen Wichtigkeit von Programmaufträgen angeschaut. Ich bitte das nicht als Ranking misszuverstehen. Es gibt aber eine ganz gute Einschätzung, was das Publikum für sehr wichtig hält. Angebote für alle Altersgruppen zu bieten, ist für insgesamt 76 % sehr wichtig. Da sehen wir wieder das Thema ORF für alle, das sich darin niederschlägt. Bildung folgt an zweiter Stelle, dann Gesundheit, Natur, Umwelt und Konsumenten. Auch die Anliegen von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen, ist wichtig, die Gleichberechtigung und die Anliegen von Familien und Kindern.

Im Mittelfeld der Programmaufträge kommt ein Fokusthema schon vor, nämlich das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu fördern. Das ist da ein relevantes Thema. Die Unterhaltung kommt dann auch.

Unter den restlichen Aufträgen finden sich dann auch noch die Fokusthemen Europa und europäische Integration. Das Schlusslicht bilden die Religionsgemeinschaften

und Kirchen. Das ist aber wie gesagt kein Ranking im Sinne eines Beliebtheitswettbewerbs.

MARSCHITZ merkt an, dass bei dieser Skala der Mittelwert 2,5 gewesen sei. Fast alle Programmaufträge würden also in dieser Wichtigkeitsskala in der ersten Hälfte gesehen. Bei den gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften müsse man wissen, dass in Österreich ja nur ungefähr 70 % einer solchen angehören. (RIEDL: Hast du jetzt „nur“ gesagt?)

KRATSCHMAR fährt fort:

Ich wollte noch eine Fußnote hinzufügen. Die wird dann in den schriftlichen Unterlagen ersichtlich sein. Wir haben schon 2007 eine vergleichbare Erhebung durchgeführt und können da sehen, wie sich die Wichtigkeit im Zeitverlauf verändert hat. Der Befund ist, dass sich die Bewertung der Wichtigkeit im Zeitverlauf nicht allzu sehr verändert hat. Themen wie Gleichberechtigung sind wichtiger geworden. Das ist vollkommen klar. Im Gegenzug ist etwa die Unterhaltung weniger wichtig geworden. Da sehen wir die Relevanz der anderen Akteure im Unterhaltungsbereich – Stichwort Netflix und Co –, die da natürlich massiv an Bedeutung gewonnen haben.

Wenn wir uns einmal die Wirtschaft anschauen, gibt es ein recht hohes Interesse an Wirtschaftsberichterstattung. Insgesamt 69 % sind sehr beziehungsweise ziemlich interessiert, Männer etwas mehr als Frauen und Ältere etwas mehr als Jüngere. Die Nutzung korrespondiert durchaus mit diesem Interesse. Da sind es ebenfalls 69 %, die häufig oder gelegentlich die Angebote nutzen. In einem dritten Schritt haben wir uns die Zufriedenheit angeschaut. Da zeigt sich schon eine Differenz und Handlungsbedarf. Da sind nur 12 % sehr zufrieden und 34 % eher zufrieden. Da gibt es also sicher Luft nach oben.

Wir haben in dieser Umfrage dann auch danach gefragt, wovon das Publikum eigentlich mehr will, was die Themen sind, die das Publikum beschäftigen. Das sehen wir schon eine klare Rückmeldung des Publikums. Wirklich ein Top-Thema ist der Bereich Lehre, Ausbildung und Berufe. Da wollen 50 % mehr. Das war und ist im Publikumsrat schon seit längerem ein wichtiges Thema, weil wir der Meinung sind, dass der ORF insbesondere dem jüngeren Publikum zu wenig bietet. Das Publikum interessiert das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und österreichische Unternehmen stark. Dann haben wir die Bereiche Arbeitsmarkt, Innovation und Digitalisierung, wobei wir in der Detailauswertung sehen, dass dieser Themenbereich für die 30- bis 49-Jährigen ein größeres Thema ist als für andere Gruppen. Die haben natürlich im Beruf damit zu tun. Themen wie Unternehmertum und Unternehmensgründung werden nachgefragt und auch, und das ist im Publikumsrat traditionell ein durchaus kontroverses Thema, die Börseberichterstattung, die von der Arbeiterkammer bisher immer wieder kritisiert worden sei. Da wollen 20 % mehr davon haben. Der Vollständigkeit halber habe ich geschaut, wie hoch die Aktionärsquote in Österreich ist, und die liegt im einstelligen Bereich. Insofern ist diese Nachfrage also gar nicht so schlecht. In Schweden gibt es eine Aktionärsquote von 20 %; das müsste sich dann auch in entsprechenden Umfragen niederschlagen.

Nächster Bereich sind die Anforderungen an die Europaberichterstattung. Auch hier sehen wir eigentlich ein insgesamt recht hohes Interesse, insgesamt 76 % sind sehr oder eher an Informationen zu Europa interessiert. Die Nutzung ist mit 73 %, die häufig oder gelegentlich die Europaberichterstattung nutzen, ähnlich; Ältere nutzen sie deutlich stärker.

(MERYN verlässt die Sitzung.)

MARSCHITZ merkt an, dass das eigentlich bemerkenswert sei. Normalerweise habe das Europathema eher stärker die Jugend interessiert. Da seien es doch doppelt so viele bei den Älteren.

KRATSCHMAR setzt fort:

Wir werden da dann später noch eine spezifische Präferenz bei den Jugendlichen sehen. Jetzt noch kurz zur Zufriedenheit. 14 % sind sehr zufrieden, 31 % eher zufrieden. Auch bei diesem Thema gibt es also bei der Zufriedenheit noch Luft nach oben.

Was sind die Top-Themen, wovon will man mehr? – 40 % wollen mehr über europapolitische Anliegen in und von Österreich informiert werden. Danach folgen europäischer Zusammenhalt und Integration, auch das Verhältnis der EU zu anderen Ländern und das Thema Alter, Kultur und Gesellschaft in anderen Ländern. Für dieses Thema haben die bis zu 29-Jährigen eine stärkere Priorität.

Damit sind wir beim dritten Themenbereich, Sicherheit und Sicherheitspolitik. Auch hier gibt es eine vergleichsweise hohe Interessensbekundung. 76 % sind sehr oder ziemlich an Informationen zum Thema Sicherheit interessiert. Bei der Nutzung kommen wir auch fast an diese Werte heran. 71 % nutzen die entsprechende Berichterstattung des ORF häufig oder gelegentlich. Im dritten Schritt wieder die Zufriedenheit. Auch hier ist sie ausbaufähig. Nur 12 % sind sehr zufrieden, weiter 28 % eher zufrieden.

Was sind die Top-Themen, wovon will das Publikum mehr? – Da sehen wir ein sehr interessantes Ergebnis, weil da eine große Nachfrage nach speziellen Sicherheitsthemen wie Cybersicherheit besteht. Das ist ein sehr bemerkenswertes Ergebnis. Auf der anderen Seite zeigen uns auch nationale und europäische Indices, DESI oder Digital-Skills-Barometer, dass da in Österreich Defizite bestehen. Das würde die verstärkte Nachfrage nach Cybersicherheitsthemen erklären. Dahinter rangieren die Themen internationale, österreichische und europäische Sicherheitspolitik.

Jetzt noch einen kurzen Blick auf die Zufriedenheit im Vergleich: Mit den Mittelwerten 2,6 bei Wirtschaft und Europa und 2,7 bei Sicherheit und Sicherheitspolitik gibt es ähnliche Rückmeldungen zur Zufriedenheit.

Bei der Bewertung der Eigenschaften der Berichterstattung sehen wir, dass aktuell und verständlich die besten Bewertungen erzielen. Mit deutlichem Abstand folgen dann Zustimmungen zur Vielfältigkeit und Nützlichkeit der Information, zur Frage, wie umfassend sie sei, und zur Vermittlung von Hintergrundwissen.

Bei Interessen für Arten der Berichterstattung sehen wir eine Präferenz für aktuelle Kurznachrichten. Das ist bei diesen komplexen Themen durchaus interessant, dass trotzdem die Kürze geschätzt wird. Es gibt aber natürlich auch eine relevante Nachfrage nach ausführlicher Berichterstattung mit Interviews und natürlich auch nach Diskussionssendungen mit Experten zu den unterschiedlichen Themenfeldern.

Das waren die zentralen Befunde. Man kann zusammenfassen, dass es bei diesen drei Aufträgen in der Berichterstattung durchaus Luft nach oben gibt. Das haben sie wirklich gemeinsam. Es zeichnen sich da auch klar Themen ab, die in der Berichterstattung verstärkt zu berücksichtigen wären. Eines ist jedenfalls das Thema Lehre, Ausbildung und Berufe, aber auch Themen wie Cybersicherheit, was sicherlich für die Serviceberichterstattung von großem Interesse und von Relevanz ist.

Zur weiteren Vorgangsweise: Wir haben gestern im Programmausschuss vereinbart, dass wir die Konsequenzen aus dieser Studie im nächsten Ausschuss gemeinsam mit dem inhaltlichen Schwerpunkt zum Thema Bildung, Ausbildung und Beruf be-

handeln werden. Wir nehmen dazu natürlich gerne Anregungen aus dem Plenum mit beziehungsweise laden dazu ein, da teilzunehmen.

Am Schluss möchte ich mich noch für die Expertise bedanken, die von einer Arbeitsgruppe aus dem Gremium in die Vorbereitung eingebracht worden ist, und beim wirklich exzellenten Team der Meinungsforschung des ORF von Frau Mag. Sassmann, Frau Mag. Funk und von Frau Dr. Seifert, die uns da wirklich wieder hervorragend unterstützt haben.

Der VORSITZENDE dankt Kratschmar für dessen Darstellung der Ergebnisse der Publikumsratsstudie. Bei manchen Folien sei die Darstellung ein bisschen durcheinandergeraten. Das hänge damit zusammen, dass die Formate der Folien – 16:9 und 4:3 – verschieden gewesen seien und das Programm damit Probleme habe.

Zwischen den Programmaufträgen selbst sei kaum ein großer Unterschied; sie würden allesamt in einem engen Range zwischen 2,1 und 2,5 bewertet, also sozusagen im vordersten Bereich als wichtig angesehen. Da gebe es keinen wirklichen Ausreißer. Das könnte für das Gesetz sprechen, das vielleicht in dem Bereich doch nicht so absurd sei. Bei den Zufriedenheiten sei alles so durchschnittlich bis leicht unterdurchschnittlich. 2,6, 2,7 seien nicht unbedingt Werte, bei denen man sagen könnte, dass da gar nichts zu tun wäre. Das müsse man schon sagen.

Man werde in den weiteren Sitzungen dann sicherlich versuchen, vielleicht auch unter Nutzung der Ausschüsse ein bisschen dahinterzukommen, was da wirklich die Stellschrauben seien, mit denen man das verbessern könne, denn natürlich wäre das Ziel, irgendwo in Richtung 2,2 zu kommen.

WEITLANER dankt herzlich für die Zusammenfassung. Man befinde sich da im Mittelfeld. Das sei grundsätzlich einmal positiv, aber Luft nach oben gebe es doch. Und das sei auch gut so.

Das Item Zufriedenheit sei für sie nicht so ganz eindeutig. Es könnte ja auch bedeuten, dass man mit dem Sendeplatz nicht zufrieden wäre. Alles sonst könnte ja passen. Sie wisse nicht, wie genau das abgefragt worden sei. Sie wolle also wissen, ob der Sendeplatz, die Sendezeit extra ein Thema gewesen sei.

KRATSCHMAR räumt ein, dass man das in dieser Detailierung nicht nachgefragt habe. Man könne das jedoch gerne im nächsten Programmausschuss mit der Meinungsforschung abklären. Es handle sich eher um eine Imagebewertung zur grundlegenden Wahrnehmung der Berichterstattung. Da kämen viele Faktoren zusammen.

MARSCHITZ fügt hinzu, dass das natürlich nur eine grobe Draufsicht sei. Man müsse allerdings wissen, dass der ORF in der Meinungsforschung natürlich auch eigene Forschung zu den Sendungen und so weiter betreibe. Man müsse da wirklich darum bitten, dass man das dann auch ein bisschen miteinander vergleiche.

WEITLANER ergänzt zum Thema Lehre, Ausbildung und Beruf, dass sie da momentan wirklich einen unglaublichen Boom erlebe. Es gebe ja die Berufsorientierung in den Schulen. Sie habe mit vielen Jugendlichen gesprochen. Es gebe Berufe, von denen die Jugendlichen gar nicht wissen würden, dass es sie gibt. Es gebe immer neue Berufe, während andere verschwinden würden. Ihr sei das Herz aufgegangen, als sie dieses Ergebnis gesehen habe. Das sei wunderbar.

Momentan gebe es ja bei Lehrern und Lehrerinnen einen Mangel. Es werde alles in die Schulen geholt, was irgendwie über Quereinstieg gehe. Entscheidend sei jedoch, dass sich Schule so verändert habe und viele das gar nicht wüssten. Auch der Lehrberuf habe sich verändert. Es gebe übrigens ausgezeichnete Schulen in Österreich.

Man habe einen Staatspreis bekommen. Schule sei wirklich anders als noch vor 30 Jahren. Davon würden viele abgeschreckt, und in manchen Dingen habe sie sich auch noch nicht so wirklich verändert. Es gebe da jedoch vieles, und sie finde es großartig, wenn dem jetzt so viel Aufmerksamkeit gewidmet werde und dafür auch Publikumsinteresse bestehe.

HENGSTSCHLÄGER ergänzt, dass er am Vortag im Ausschuss die Frage gestellt habe, ob es da zumindest ein Gefühl von den Meinungsforscherinnen und Meinungsforschern gebe, wie es sei, wenn man das in anderen Ländern abfrage. Sie hätten ja auch internationale Erfahrungen. Da sei ihnen gesagt worden, dass das in anderen Ländern, zum Beispiel auch in Deutschland ziemlich genau vergleichbar sei. Das sei für ihn doch auch bemerkenswert gewesen.

Es sei am Vortag auch darüber diskutiert worden, dass da auch Menschen nach ihrer Zufriedenheit gefragt worden seien, die diese Themen eigentlich gar nicht interessieren. Wenn man sich speziell anschau, wie das Menschen beurteilen würden, die viele Sendungen zu diesen Themen anschauen würden, dann sei die Zufriedenheit bei denen doch beträchtlich besser. Da gebe es also eine ganz klare Korrelation. Man müsse sich das daher auch immer ein bisschen genauer und im Detail anschauen. Da sei sehr, sehr viel Material drinnen. Da könne man viel daraus lernen. Vor allem könne man daraus auch Konsequenzen ziehen und solle das auch tun. Da gehe es vor allem auch darum, wie das früher gewesen sei, wie das vor Jahren bei der letzten Umfrage des Publikumsrats mit vergleichbaren Fragestellungen gewesen sei. Diese Schlüsse seien noch nicht gezogen worden. Das sei nur einmal ein erster Bericht gewesen.

MARSCHITZ gibt zu bedenken, dass es da natürlich auch eine Wechselwirkung gebe. Man schaue sich die Berichte natürlich nur an, wenn man sie auch gut finde.

Es sei nun schon so viel zum Thema Ausbildung und Beruf gesagt worden, stellt KERN fest. Man sei nicht nur hier, um die Daten zu analysieren, sondern vielleicht auch gleich konkrete Lösungen auf den Weg zu bringen. Kurznachrichten stünden hoch im Kurs und würden stark nachgefragt. Das sei etwas, das sie und Matkovits als Jugendvertreter schon seit Jahren predigen würden. Man müsse sich da natürlich auch etwas zu den Formaten überlegen. Da sei schon sehr viel geschehen. Man habe in der vortägigen Sitzung des Programmausschusses mit Alexander Hofer sehr viel darüber gesprochen. Deshalb finde sie es auch so schön, dass der Generaldirektor in seiner Präsentation in dieser Sitzung hergezeigt habe, wie ein Produktionsplatz von „Dancing Stars“ ausschaue, und wie der aussehe, an dem beispielsweise mehrmals täglich eine „ZIB 100“ produziert werde. Da habe sich in den letzten Jahren sehr viel getan, da sei technisch total viel passiert. Man müsse da auch ein bisschen den ängstlich gewährten Anspruch nehmen, dass man als ORF und als Öffentlich-Rechtlicher unbedingt immer alle Formate in High-End und Hochglanz produzieren müsse. Das müsse 2023 nicht mehr so sein. Da könne man sich viel anschauen, und da habe man sich auch bereits viel von den deutschen Öffentlich-Rechtlichen abgeschaut. Diese Angst könne man nehmen.

Vorhin sei sehr viel vom Sparen die Rede gewesen. Sie denke, dass sich manchmal in der Not auch eine gute Lösung entwickle. Und genau solche technischen Lösungen mit solchen Daten zu verknüpfen, sei das Beste, was einem passieren könne. Man möge daher alles, was man da jetzt an Daten habe, weitertragen und dabei auch neue technische Möglichkeiten umsetzen. Damit könne man dann auch ein gewisses Sparziel erreichen und gut zu einer Reform kommen. Da habe die Geschäftsführung die volle Unterstützung.

MATKOVITS sagt, dass Kern und sie die Jugendinteressen vertreten würden. Damit habe sie ihr aus der Seele gesprochen. Sie könne das von ihr Gesagte nur unterstreichen. Eine pragmatisch-authentische Berichterstattung sei das, was man brauche, und das sei auch das, was es 2023 für die jungen ZuhörerInnen und ZuschauerInnen brauche.

Zum Thema Lehre, Ausbildung und Berufsbild sei alles gesagt. Super! Sie seien ja diejenigen gewesen, die dieses Thema immer wieder auf den Tisch gebracht hätten. Jetzt wisse man also auch, dass dieses Thema tatsächlich von Relevanz sei und die Leute darauf neugierig seien.

Sie wisse nicht, ob man sich auch das Nutzungsverhalten der Jungen angeschaut habe. Gerade beim Thema Sicherheit liege man etwa bei 16 % bei den Powerusern. Das stimme sie schon ein Stück weit nachdenklich, denn Sicherheit sei sicherlich ein Thema, das alle beschäftige. Und das Thema Cybersecurity sei eines, das ihnen tatsächlich Angst mache und über das man sich informieren wolle. Da sei die Frage, wo man sich denn dann informiere, wenn nicht beim ORF. Es sei super, dass da rauskomme, dass man da mehr Information brauchen würde.

MEYER fragt nach, ob es differenziertere Daten etwa zu Bildung und sozialer Schicht gibt. Er habe sich die Studie noch nicht angeschaut und wolle wissen, ob man da auch diesbezüglich differenzieren könnte. Es gehe auch um Signifikanzen, wenn es um Gruppenunterschiede gehe. Die Fakten seien super, und er begrüße die Vorgehensweise, dann letztendlich fakten- und datenbasiert zu entscheiden. Er denke jedoch, dass Kratschmar da jetzt nur die Spitze des Eisbergs präsentiert habe und da noch sehr, sehr viel drinnen stecken könnte. (KRATSCHMAR: Das wird in Absprache mit der Meinungsforschung übermittelt.)

MARSCHITZ sagt, dass ihn die Gewichtungangabe von SORA bezüglich Alter, Geschlecht und Bildung vermuten lasse, dass sie das zumindest miterhoben hätten. Man habe von SORA nicht die Tabellenbände, sondern eine Präsentation bekommen. Wenn das nicht in der Präsentation enthalten sei, sei das normalerweise ein Hinweis, dass es da keine signifikanten Unterschiede gibt. Das könne man jedoch sicherlich nachfragen.

ZIMMER meint, dass Ladstätter noch aus dem Konsumentenausschuss berichten werde. Es passe jedoch jetzt irgendwie so gut dazu, dass sich das Publikum zum Thema Ausbildung, aber auch Arbeitsverhältnisse mehr Information wünsche. Man habe im Konsumentenausschuss einen Vertreter des Konsumentenschutzbereichs, von Ö1-„help“ zu Besuch gehabt. Auf die Frage, was er sich selber wünschen würde, sei die Antwort die gewesen, dass er genau zu Themen wie beispielsweise Arbeitsrecht derzeit im ORF entsprechende Angebote zur Instruktion und Hilfestellungen vermisste. Das könne sie jetzt an der Stelle mitgeben.

Der VORSITZENDE konstatiert, dass es zu diesem TO-Punkt keine weiteren Wortmeldungen mehr gebe und er ihn daher abschließen werde. Dem Generaldirektor gebe er nunmehr Zeit frei für das Weiterkämpfen für die Zukunft des ORF. Er danke ihm vielmals für dessen Kommen. (WEISSMANN: Danke. Ich wünsche noch einen guten Verlauf.) (Beifall.)

(WEISSMANN verlässt die Sitzung.)

Der VORSITZENDE tritt in

Punkt 4 der Tagesordnung „BERICHT DES VORSITZENDEN“

Punkt 4.1 der Tagesordnung „VIRTUELLE TEILNAHME AN SITZUNGEN/ÄNDERUNGEN DER GESCHÄFTSORDNUNG (§ 29 ABS. 2 ORF-G)“

Punkt 5 der Tagesordnung „BERICHTE AUS DEN AUSSCHÜSSEN“

Punkt 5.1 der Tagesordnung „PRÄSIDIALAUSSCHUSS: BERICHT ÜBER DIE SITZUNG VOM 7.3.2023“ ein. Man habe im Präsidialausschuss über zwei Dinge diskutiert. Über die Resolution habe man schon abgestimmt. Das Zweite sei die Frage gewesen, wie man mit der Virtualität in den Sitzungen umgehen soll. Ursprünglich habe man überlegt, das möglicherweise in der Geschäftsordnung zu verankern. Man sei jedoch aus verschiedenen Gründen doch eher der Meinung, dass es sinnvoll sei, da jetzt einen Beschluss zu fassen, der einmal die Spielregeln bis Ende des Jahres klärt. Vielleicht gebe es ja auch in der Digitalnovelle eine Aussage über die digitale Abhaltung von Sitzungen; das sei ja momentan nicht vorgesehen.

Der Vorschlag sei, dass die Plenumssitzungen grundsätzlich, wenn nichts Gravierendes dagegen spreche, in physischer Präsenz durchgeführt werden. In Ausnahmefällen, wie in dieser Sitzung für Petra Stolba gegolten habe, könne man virtuell teilnehmen. Er wolle es gerne den einzelnen Mitgliedern überlassen, das sehr verantwortungsvoll zu handhaben. Die Sitzung sei öffentlich, und es mache natürlich kein gutes Bild, wenn da nur eine Handvoll Leute dasitzen würde.

Bei Abstimmungen und Anträgen wolle man dabei bleiben, dass diese nur via Stimmübertragung möglich sei. Es gebe da nämlich keine volle gesetzliche Deckung, und man wolle bei den Dingen keine Probleme bekommen, wenn zum Beispiel eine Zustimmung oder eine Anhörung des Publikumsrats erforderlich ist.

Bei den Sitzungsgeldern würde er das ebenfalls im Hinblick auf die gesetzliche Deckung so handhaben wollen, dass eine virtuelle Teilnahme an der Sitzung nicht zum Bezug berechtigt. Eine Ausnahme hiervon gelte lediglich dann, wenn eine Sitzung von vornherein nur virtuell abgehalten wird.

Das gelte vor allem für Ausschüsse und für Arbeitsgruppen. Bei denen solle es grundsätzlich dem Vorsitzenden überlassen bleiben, ob er die jeweilige Sitzung virtuell oder physisch ansetzt. Es solle auch dem Ausschussvorsitzenden überlassen werden, ob er oder sie eine virtuelle Teilnahme ermöglicht oder nicht. Grundsätzlich bestehe die Möglichkeit dazu, aber mit der Funktion des Ausschussvorsitzenden soll man auch eine gewisse Möglichkeit zur Gestaltung der Sitzungen haben. Eine hybride Sitzung sei immer auch ein bisschen hatschert, das müsse man sagen.

Er wolle den Präsidialausschuss weiterhin im Wesentlichen virtuell abhalten. Es handle sich in der Regel um eine kurze Abstimmungssitzung, und dieses Vorgehen ermöglicht dann allen, daran teilzunehmen, wenn sie wollen. Beim Qualitätsausschuss würde er eher eine persönliche Sitzung vorziehen, denn da geht es dann um Beratungen, und für diskursive Sitzungen sei das besser.

Sein Vorschlag sei, dass man einmal bis Ende des Jahres so vorgeht. Bei der letzten Sitzung des Jahres werde man dann entscheiden, wie man das 2024 handhaben wird. In der Pandemie habe man gelernt, diese Möglichkeiten nach Jahrzehnten, in denen es sie eigentlich schon gegeben habe, dann auch tatsächlich zu nutzen. Es wäre fast absurd, diese Möglichkeiten völlig zu negieren. Es werde wahrscheinlich in Zukunft stärker in diese Richtung gehen.

(ZIMMER verlässt die Sitzung.)

HÜBNER dankt dem Vorsitzenden für diese Weiterentwicklung der Sitzungskultur. Er begrüße das natürlich alles. Er respektiere auch, dass das Gesetz momentan nicht

mehr hergebe. Er wolle lediglich darauf hinweisen, dass im Wirtschaftsbereich und auch in der Justiz es immer häufiger und üblicher wird, dass das Ganze online passiert. Da könnte man sich durchaus einiges als Vorbild nehmen. À la longue sollte es dann auch möglich sein, dass man seine Stimme nicht übertragen müsse. Im Wirtschaftsbereich würden das schon viele Gesetze zulassen. Er verstehe die vorgeschlagene Regelung als Übergangslösung, weil man noch nicht die erforderliche gesetzliche Deckung habe. Zu den Entschädigungsfragen äußere er sich eher nicht.

Er danke vielmals für die Mühen und diese Weiterentwicklung. Im Bereich der Wirtschaft werde das immer üblicher. Man erspare sich da Reisekosten. Eine Anreise aus Tirol beispielsweise sei durchaus aufwendig. Wenn man es immer nur physisch mache, sei man doch eingegrenzt.

Der VORSITZENDE sagt, dass das à la longue das Ziel sei, dass das dann auch wirklich funktioniere. Man müsse da allerdings eine gewisse Vorsicht walten lassen. Man habe schon eine 60-seitiges Urteil der KommAustria bekommen, weil man einmal zu spät über den Qualitätsbericht diskutiert habe. Das würde also auch wieder Aufwand der Bürokratie erzeugen.

Damit wolle er die vorgeschlagenen Regelungen zur virtuellen Teilnahme an Sitzungen formell zur Abstimmung bringen.

Der Vorschlag zur virtuellen Teilnahme an Sitzungen wird

bei 1 Enthaltung (MEYER) einheitlich angenommen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er wisse, warum Meyer sich enthalten hat. Er plädiere nämlich dafür, sich möglichst physisch zu treffen. Es gebe da natürlich auch gewisse Unterschiede zwischen den Ausschüssen. Im Finanzausschuss sei das auch ein bisschen anders, denn dort geht es auch um vertrauliche Dinge, und natürlich sei der virtuelle Raum per se auch deutlich weniger sicher und angreifbarer.

Er bitte nunmehr Lusser, ihnen den Stand der diversen Verfahren mitzuteilen. Es gebe da immerhin schon zwei Urteile der KommAustria, also der ersten Instanz. Man sei also noch rechtmäßig zusammengesetzt und auch die Entsendung Hengstschlägers sei nicht aufgehoben.

LUSSER teilt mit, dass das Concordia et al-Verfahren sich in der zweiten Instanz beim Bundesverwaltungsgericht befinde. In erster Instanz habe die KommAustria den Beschwerdeführern nicht recht gegeben. Sie habe sich für unzuständig erklärt, über eine politische Entscheidung einer Ministerin zu Gericht zu sitzen. Sie habe sich dabei auf ihre bisherige Spruchpraxis bezogen und das damit begründet. In der zweiten Instanz, also beim Bundesverwaltungsgericht könne dieses reformatorisch in der Sache selbst entscheiden. Das Bundesverwaltungsgericht könne selber die Entscheidung fällen, ob die Zusammensetzung des Publikumsrats rechtswidrig ist oder nicht. Das würde aber voraussetzen, dass es grundsätzlich eine Kognitionsbefugnis über die Ministerin bejahen würde. Um über eine politische Entscheidung, eine Entscheidung eines Letztverantwortlichen in der Politik zu befinden, gebe es nach der Verfassung andere Möglichkeiten, als durch die KommAustria und das Bundesverwaltungsgericht. Diese Frage werde zu klären sein. Da sei, wie er annehme, eine Entscheidung vor dem Sommer zu erwarten.

Das zweite Verfahren, das Verfahren des Bundeslandes Burgenland befinde sich vor dem Verfassungsgerichtshof. Da habe es unlängst eine Aussendung des Verfassungsgerichtshofs gegeben, aus der man folgere, dass das nicht in der laufenden Session, aber in der Junisession auf die Tagesordnung kommen könnte. Auch da

wäre also eine Entscheidung in der Junisession möglich. Wie es ausgehen werde, sei natürlich schwer zu beurteilen. Die Argumentation der Republik sei, dass die Aufgaben und die Zusammensetzung des Stiftungsrats nicht mit der Situation in Deutschland, den Rundfunk- und Fernsehräten dort vergleichbar seien, weil denen teilweise auch regulatorische Aufgaben wie die der KommAustria zukommen würden. Dort sei die Rechtsaufsicht, die in Österreich durch einen externen Regulator erfolge, so geregelt, dass die Gremien über Programmbeschwerden, aber auch über den Umfang des Auftrags des ZDF und der ARD Anstalten zu befinden hätten. Deswegen würden dort auch andere Unvereinbarkeitsbestimmungen gelten. Das sei also unterschiedlich geregelt, und die Regelungen in Deutschland nicht unbedingt für Österreich vergleichbar.

Sollte der Verfassungsgerichtshof Teile des ORF-Gesetzes aufheben, wäre damit zu rechnen, dass er dem Gesetzgeber wiederum eine Frist einräumen würde, bis wann die Bestimmungen saniert werden müssen, wie das bei der Finanzierungsentscheidung der Fall war.

Selbst wenn sich der Verfassungsgerichtshof in Österreich Zeit lassen würde, womit Lusser aber nicht rechne, und sich der Gesetzgeber Zeit ließe, seien die Finanzierung, die Bestellung und Zusammensetzung von Geschäftsführung und Aufsicht von öffentlich-rechtlichen Medien auch Thema eines einschlägigen Vorschlags der Europäischen Kommission, der gerade breit diskutiert werde.

Dieser European Media Freedom Act, würde auch die unabhängige Bestellung von Gremien und Geschäftsführern regeln. Da sei also etwas in Bewegung. Er rechne also frühestens im Juni mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs.

MARSCHITZ stellt fest, dass aus seiner Sicht aus der Vorjudikatur von Anfang an klar gewesen sei, dass die KommAustria so entscheiden wird. Es habe ja schon einen ähnlichen Fall gegeben. Der Behindertenrat habe seinerzeit die Bestellung von Erich Fenninger als Behindertenvertreter angefochten, weil der nicht selbst behindert ist. Damals sei die gleiche Begründung gekommen wie jetzt. Er denke, dass in diesem Verfahren auch der Verwaltungsgerichtshof das nicht letztentscheiden könne. Daher werde es dann wohl auch in irgendeiner Form vor dem Verfassungsgerichtshof landen. Es sei also wahrscheinlicher, dass über die Beschwerde des Burgenlands schneller entschieden werde. Diese habe das gesamte ORF-Gesetz im Blick. Es gehe nicht nur um die Bestellung des Publikumsrats, sondern natürlich in erster Linie um die Bestellung des Stiftungsrats.

Bei Verfassungsgerichtshofurteilen sei es oft so, dass nicht so sehr in der Hauptsache entschieden wird. Der Verfassungsgerichtshof könne ein Gesetz auch an einer Nebenfront aufheben, dadurch aber die gesamte Regelung ins Wanken bringen. So sei beispielsweise die Aufhebung der Erbschaftssteuer in Österreich vom Verfassungsgerichtshof an einer Nebenfront verursacht worden. Es habe sich dann keine Mehrheit mehr gefunden, um sie wieder in Kraft zu setzen. Daher gebe es in Österreich auch bis jetzt keine Erbschaftssteuer.

MARSCHITZ resümiert, dass also möglicherweise bei der Junisitzung das Burgenlandurteil vorliegen werde. Wenn es zur Aufhebung des ORF-Gesetzes in irgendeiner Form kommen sollte, dann stehe man vor der nächsten schwierigen Debatte, und das noch dazu in größerer zeitlicher Nähe zu den nächsten Nationalratswahlen. Das werde also politisch nicht ganz einfach sein.

Da sei der Publikumsrat aber eher Passagier; man könne das nur interessiert beobachten. Man sei nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert worden, auch nicht von

der KommAustria. Der ORF sei natürlich schon gefordert, aber die Gremien vorläufig einmal nicht.

Der VORSITZENDE tritt in

Punkt 5.2 der Tagesordnung „KONSUMENTENAUSSCHUSS: BERICHT ÜBER DIE SITZUNG VOM 27.2.2023“ ein.

Der Vorsitzende des Konsumentenausschusses LADSTÄTTER berichtet über die Sitzung vom 27.2.2023; der schriftliche Bericht liegt vor.

Im Parlament würde das tatsächliche Berichtigung heißen. Der Österreichische Behindertenrat habe damals nicht gegen Fenninger Einspruch erhoben, weil er nicht behindert sei, sondern weil er von keiner Behindertenorganisation gekommen sei. Das sei ein Unterschied.

Kollegin Zimmer habe über den Inhalt der Sitzung schon sehr viel gesagt. Dem sei nur zuzustimmen. Er mache es daher kurz. Man werde auch in Zukunft hybride Sitzungen durchführen. Herausgekommen sei unter anderem, dass es beim Verbraucherschutz angesichts der aktuellen Sparmaßnahmen wie bei allen anderen unklar sei, wie es in Zukunft weitergehen soll. Verbraucherschutz als Querschnittsmaterie sei aber auszubauen. Es werde noch sehr viel in Kasteln gedacht, statt dass das Thema quer über alle Kanäle gespielt werde.

Der VORSITZENDE tritt in

Punkt 5.3 der Tagesordnung „FINANZAUSSCHUSS: BERICHT ÜBER DIE SITZUNG VOM 27.2.2023“ ein. Der Vorsitzende Meyer werde über das berichten, was er berichten dürfe.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses MEYER berichtet über die Sitzung vom 27.2.2023; der schriftliche Bericht liegt vor.

Seine Enthaltung bei der vorigen Abstimmung habe damit zu tun, was in der Sitzung im Finanzausschuss verhandelt worden sei. Es habe eine sehr offene Darstellung der finanziellen Situation des ORF und der Notwendigkeit des sorgsamens Wirtschaftens durch die Kaufmännische Direktorin Eva Schindlauer gegeben. Wenn sie das vor einem Bildschirm berichten hätte müssen, bei dem die meisten Teilnehmer ihre Kamera abgedreht hätten, wäre die Offenheit und Transparenz des Berichts wohl deutlich anders ausgefallen. Das sei für ihn ein starkes Argument für eine reine Präsenzsitzung bei solchen Themen.

Ein Stück weit wisse man es ja bereits aus den Medien. Es sei wieder einmal um die Haushaltsabgabe, die Digitalnovelle und die Möglichkeiten, eine neue Finanzierungsbasis zu finden, auf die man sich die nächsten Jahre über verlassen könne, gegangen. Es sei um den Konsolidierungsbedarf gegangen. Das sei das Zauberwort aus den Budgetreden. Es sei um den Konsolidierungsbedarf in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags in den nächsten drei Jahren gegangen, der erforderlich sei, wenn die Haushaltsabgabe jetzt komme. Es sei über die unterschiedlichen Maßnahmen berichtet worden, um diesem Konsolidierungsbedarf zu entsprechen.

Da sei auch im Personalbereich einiges notwendig. Das habe man bereits in der Sitzung angesprochen, nämlich einen Kollektivvertrag, über den sich ein Arbeitgeber nur freuen könne oder vielleicht doch nicht so ganz, der jedenfalls den ArbeitnehmerInnen tatsächlich einen großen Beitrag zur Konsolidierung des Unternehmens abver-

lange und für sie schmerzhaft sei. Es sei über die Möglichkeit gesprochen worden, die Personalkosten auch dadurch zu senken, dass der natürliche Abgang dafür sorgen wird, dass es eine automatische Rekalibrierung von Personalkosten geben werde.

Auch im Bereich der Sachkosten sei eine ganze Reihe von Maßnahmen angedacht. Das beginne mit einem stärkeren Verhandlungsdruck. All diejenigen, die den ORF in unterschiedlichster Art und Weise als Lieferanten bedienen würden, würden sich in den nächsten Jahren wärmer anziehen müssen. Der ORF werde ein härterer Verhandlungspartner werden. Im Produktionsbereich werde sehr stark an Smart Production gedacht. Ein weiteres Zauberwort aus der betriebswirtschaftlichen Schatzkiste sei Business Reengineering, was also heiße, dass in vielen Bereichen des ORF auch die Prozesse und Strukturen überdacht werden sollen, also beispielsweise, ob man zwei, drei, vier Kulturredaktionen parallel braucht oder da etwas zusammenlegen und Synergieeffekte viel stärker nützen kann. Das betreffe auch die Landesstudios.

In der Diskussion danach habe man sich damit beschäftigt, inwieweit denn überhaupt schon einigermaßen valide Prognosen über die Einnahmenströme möglich seien, ob man annähernd wisse, wie die Befreiungen gehandhabt werden würden. Es gehe darum, wie viele von den rund 4 Millionen Haushalten um eine Befreiung ansuchen können würden. Bei all dem befinde man sich aber leider noch im Blindflug, weil dazu noch keine wirklich verlässlichen und belastbaren Daten existieren.

Das betreffe zum Beispiel auch die Valorisierung einer möglichen Haushaltsabgabe und die Frage, ob die automatisch sein soll. Die Gremien hätten dazu die Meinung, dass das wie bisher in den Gremien des ORF beschlossen werden soll. Auch da sei jedoch die Frage, in welchen zeitlichen Intervallen das erfolgen soll. All das sei noch offen.

Das wäre also sein Bericht. Es würden mehr Fragen offen bleiben, als beantwortet worden seien. Er persönlich habe jedoch ein ganz gutes Gefühl, dass da im Management des ORF die Leute im kaufmännischen Bereich schon wissen, was sie tun. *(Beifall.)*

Der VORSITZENDE tritt in

Punkt 5.4 der Tagesordnung „AUSSCHUSS FÜR UNTERNEHMENS- UND MEDIENPOLITIK: BERICHT ÜBER DIE SITZUNG VOM 8.3.2023“ ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Unternehmens- und Medienpolitik BAUMGARTNER berichtet über die Sitzung vom 8.3.2023; der schriftliche Bericht wird nachgereicht.

Die Sitzung sei sehr gut besucht gewesen. Man habe sich mit der Zukunft des ORF im Medienstandort Österreich beschäftigt. Dazu hätten zwei Experten teilgenommen. Direktor Dr. Harald Kräuter sei schon seit 30 Jahren im ORF und sei auch GIS-Chef gewesen. Aktuell sei er Direktor und hauptverantwortlich für die Digitalisierung. Als Zweiter habe Michael Krön teilgenommen, der Chefproducer im ORF sei. Der habe ihnen über den Medienstandort berichtet. In der Präsentation des Generaldirektors und der nachfolgenden Diskussion dazu sei schon sehr viel davon angesprochen worden.

Krön habe erwähnt, dass von der österreichischen Filmwirtschaft sehr viel geleistet werde. Es gebe viel im Kooperationsbereich. Ein Punkt sei auch die Diskussion über SPORT+ gewesen. Das habe man eigentlich gar nicht so negativ, sondern eher posi-

tiv gesehen. Durch die Digitalisierung würden viel mehr Formate möglich als im linearen Bereich. Es sei also auch unabhängig von der aktuellen Situation angedacht worden, um den ORF zukunftsfit zu machen. Eine Digitalisierung in diesem Bereich sei also sowieso notwendig. Dadurch könne man dann viele Sportevents parallel zeigen. Das sei überlebenswichtig für viele Vereine, um Sponsoren zu gewinnen, denen man dann möglicherweise auch digitale Angebote für Sponsoringaktivitäten machen könne.

Statt der ständigen Wiederholungen der amerikanischen Serien in ORF 1 – Mernyi habe das in der vortägigen Sitzung auch schon gesagt – würde sich schon sehr gut anbieten, dort österreichische Produktionen zu zeigen. Da wäre er persönlich sehr dafür. Da gebe es dann die Möglichkeit, Sportübertragungen zu senden. Das Thema sei also auch mehr Österreich durch mehr Digitalisierung gewesen.

Man habe besprochen, dass die Haushaltsabgabe, wenn sie denn kommen sollte, obwohl es ein schlechter Name sei, doch ein historischer Meilenstein für den ORF sei. Das habe man schon Jahre, wenn nicht Jahrzehnte lang diskutiert und das könne das Unternehmen in ein sicheres Fahrwasser bringen.

Die Auskünfte der beiden Experten seien sehr transparent gewesen. Es sei wirklich sehr angenehm zusammenzuarbeiten, wenn eine Sitzung so gut vorbereitet werde und auch wirklich gut Auskunft gegeben werden könne. Man könne also in einem Ausschuss sehr gut leisten, was vielleicht im Plenum oft gar nicht so möglich wäre.

(HEILINGBRUNNER verlässt die Sitzung.)

WEITLANER knüpft daran an, dass Baumgartner die Digitalisierung erwähnt habe. Die künstliche Intelligenz, ChatGPT, sei natürlich in aller Munde, bewege, beschäftige momentan alle. Sie werde, ob man das wolle oder nicht, das Leben aller verändern. Sie sehe das allerdings nicht nur negativ. Bei der Diagnose in der Medizin werde schon künstliche Intelligenz eingesetzt etc. Sie habe das ausprobiert. ChatGPT produziere Texte in einfacher Sprache. Da gebe es also durchaus positive Dinge. Die Frage sei nunmehr, wie der ORF damit umgehe, ob das schon angekommen sei und welche Auswirkungen das haben werde.

LADSTÄTTER berichtet, dass er Mitglied der ORF-Arbeitsgruppe Barrierefreiheit sei, die diese Woche getagt habe. Das sei dort unter anderem Thema gewesen, allerdings nicht ChatGPT, sondern schon ein professionelles Tool von capito. Das werde in diesem Jahr in einem Pilotversuch eingesetzt werden. Der ORF sei da also bereits dran. Man werde allerdings genau beobachten, ob auch die Qualität passe.

MARSCHITZ meint, dass diese Dinge bei der Audiodeskription relativ bald gute Dienste leisten würden. (WEITLANER: Ganz sicher!) Und in der übernächsten Funktionsperiode werde das dann auch den Publikumsrat ersetzen.

Er finde das also gut. Man müsse schauen, wie man das einsetzen könne. Das werde viele Bereiche des Lebens grundlegend verändern und so auch den Journalismus. Vor etwa zwei Jahren sei in einem anderen Gremium der Leiter des Fraunhofer Instituts zu Gast gewesen. Der habe von einem Interview mit einer Journalistin erzählt, in der sie gefragt habe, welche Berufe die künstliche Intelligenz in Zukunft ersetzen werde. Er habe ihr geantwortet, dass das zum Beispiel ihrer sein werde.

Internetseiten von Zeitungen würden zurzeit durchgehend von APA-Meldungen bespielt. Es sei wirklich erstaunlich. Er habe zum Beispiel die Frage gestellt, zehn gute Gründe zu nennen, um in der Sozialwirtschaft zu arbeiten. Die Ergebnisse seien jedenfalls brauchbar gewesen. Das sei schon sehr, sehr bemerkenswert. Das sei si-

cherlich ein Thema – er danke für den Hinweis –, das man stärker in den Fokus nehmen sollte.

LOTTER formuliert eine Fußnote zur Euphorie, die im Raum zum Thema AI und ChatGPT zu herrschen scheine. Laut ChatGPT sei er sieben Jahre vor seiner Geburt geboren worden und auch schon seit sieben Jahren tot. Was wichtig wäre, und damit sei man wieder beim Thema Wissenschaftssendung und Aufklärung, digitale Bildung, sei Bildung darüber, was AI könne und was nicht. Er beschäftige sich seit 35 Jahren mit dem Thema Artificial Intelligence. Die sei eine nette Automatisierungstechnologie. Man solle jedoch nicht glauben, dass damit jetzt die großen kreativen Ökonomien ersetzt werden könnten. Im Gegenteil! Die würden noch viel wichtiger werden. Das sei eine Zugangsfrage, in der der ORF sehr viel tun könne und noch sehr viel Aufklärung betreiben müsse, dass es eben nicht so sei, dass dadurch sozusagen das gesamte journalistische und Redakteurshandwerk automatisiert werden könne. Den Zahn müsse er allen ziehen, die möglicherweise diese Hoffnung hegen würden. Das Gegenteil werde der Fall sein.

MARSCHITZ teilt anekdotisch mit, dass die Frage, wer der beste Skiläufer der Welt sei, richtig mit Marcel Hirscher beantwortet worden sei. Allerdings sei er Schweizer gewesen.

LOTTER fügt hinzu, dass von der FAZ vor Kurzem zehn klassische Zitate von Goethe abgefragt worden seien. Alle zehn seien jedoch nicht von ihm gewesen.

MEYER berichtet, dass er im letzten Semester ein kleines kontrolliertes Experiment in zwei Lehrveranstaltungen durchgeführt habe. In Summe habe er 60 Leuten die Wahl gelassen, ihre Essays von ChatGPT schreiben zu lassen oder selber zu schreiben. Das Ergebnis sei gewesen, dass ChatGPT schlüssiger argumentieren könne, jedoch unglaublich fade sei. Es liefere, wenn sich die Leute nicht wirklich reinknien würden, einen von der Sprache her langweiligen Text. Die natürliche Intelligenz sei noch immer überlegen beim Herstellen persönlicher Bezüge und dabei, den Text lesbar und menschlich zu gestalten.

Er unterstütze, dass man das verwende. Wenn man es zum Recherchieren verwende, müsse man sehr viel Zeit investieren, damit ChatGPT etwas Gescheites liefere. Man müsse da zum Beispiel fragen, ob das nicht vielleicht doch ein Österreicher sei, und sagen, dass es das noch einmal nachprüfen soll. Außerdem gehe es noch darum, ob er wirklich der Beste sei. Studierende, die nur eine gute halbe Stunde investiert hätten, um das Tool auszuquetschen, hätten Superessays geliefert. (LOTTER: Aber die würden auch so solche liefern.) Genau!

Er habe noch einen Punkt unterschlagen, trägt BAUMGARTNER nach. Dann sei er auch schon fertig. Ein wichtiger Punkt sei gewesen, wie man mit den neuen Kunden umgehen wolle, die dann eben diese Haushaltsabgabe bezahlen. Da sei die Frage, ob es dazu möglicherweise eine Information geben und das auch im Programm sichtbar werden wird. Es sei auch angekündigt worden, dass man die Formate in der TVthek nicht nur länger als 7 Tage vorrätig halten werde, sondern dass es da auch einen Relaunch geben solle.

Der VORSITZENDE meint, dass diese Fragen im Zusammenhang mit der Haushaltsabgabe den Ausschuss noch weiter beschäftigen müssten. Das seien sicherlich Schlüsselfragen. Wenn sie denn wirklich komme, könne man sich dann noch einmal damit beschäftigen.

Der VORSITZENDE tritt in

Punkt 5.5 der Tagesordnung „PROGRAMMAUSSCHUSS: BERICHT ÜBER DIE SITZUNG VOM 8.3.2023“ ein. Einen Teil davon habe Kratschmar ja bereits abgearbeitet.

Der Vorsitzende des Programmausschusses KRATSCHMAR berichtet über die Sitzung vom 8.3.2023; der schriftliche Bericht wird nachgereicht.

Er dürfe noch über einen Tagesordnungspunkt berichten, der eigentlich auch mit dem Thema ORF für alle sehr viel zu tun habe, nämlich die Weiterentwicklung der Diskussionssendungen im ORF. Man habe das mit Channelmanager Alexander Hofer diskutiert. Über die Diskussionssendungen im ORF werde generell viel diskutiert, wie spannend, wie vielfältig, wie ausgewogen, wie relevant die seien. Gerade im Kontext der Haushaltsabgabendiskussion müsse man sich eben schon fragen, ob es nicht wichtig sei, die Diskussionssendungen breiter aufzustellen. Es würden da Kampagnen nicht ausreichen, sondern man müsse da auch im Programm Veränderungen sehen. Diskussionssendungen seien natürlich auch unter dem Kostenaspekt von Interesse, weil sie natürlich ein vergleichsweise günstiges Programm sind.

Hofer habe ihnen jedenfalls über den Status, die Evaluierung und die Weiterentwicklung von Diskussionssendungen in ORF 2 berichtet. Es gebe ja „Im Zentrum“, die „Pressestunde“, die „Runden Tische“ nach der „ZIB“. Es gebe die Sendung „3 Am Runden Tisch“. Auch „Bei Stöckl“ werde zu den Diskussionssendungen gezählt, das „Philosophische Forum“ mit Liessmann und Stöckl und auch die anlassbezogenen „Bürgerforen“. Hofer habe ihnen berichtet, dass es zu „Im Zentrum“ eine Evaluierung gebe, die das gesamte Format umfasse, also von den Inhalten über die Regie bis hin zur Deko und zur Gastgeberrolle. Es werde zurzeit ein neues Diskussionsformat pilotiert, das einmal im Monat stattfinden und so eine Art Monatsbilanz ziehen soll. Es werde eine Viererrunde mit gleichbleibenden Diskutantinnen und Diskutanten sein, mit denen fortschrittliche und konservative Positionen abgedeckt werden sollen. Ziel sei es, vor dem Sommer mit beiden Projekten zu starten, also sowohl mit dem weiterentwickelten „Im Zentrum“ und auch mit diesem neuen Format.

Auch beim „Bürgerforum“ solle es Weiterentwicklungen geben. Hofer habe zu einer stärkeren Publikumsbeteiligung Ja gesagt. Das sei etwas, das dem Gremium schon lange ein Anliegen sei.

Diese Initiativen seien alle sehr positiv aufgenommen worden. Aus dem Programmausschuss habe es auch konkrete Impulse für Diskussionssendungen gegeben. Meryn habe zum Beispiel „Bürgerforum“-Formate auch auf Landesstudioebene angeregt. Hengstschläger habe darauf aufmerksam gemacht, dass man zwischen Experten- und Meinungsdiskussionssendungen differenzieren könne und müsse. Danmayr habe deutlich gemacht, dass man Diskussionssendungen zwar einerseits inhaltsgetrieben, aber auch personengetrieben weiterentwickeln könne. Nepp habe mehr wirtschaftliche Themen eingemahnt. Das passe zur Publikumsratsumfrage. Wiesinger habe angemerkt, dass das Spektrum der Meinungen durchaus weiter gefasst werden sollte.

In der Debatte sei also seiner Meinung nach deutlich geworden, dass im Bereich der Diskussionssendungen auch mit Blick auf das nächste Jahr etwas weitergehen muss. Es wäre zielführend, eine Art Flottenstrategie für Diskussionssendungen mit sehr klaren Profilen zu haben. Was Diskussionssendungen anlange, müsse man sich insgesamt etwas breiter aufstellen.

(HÜBNER verlässt die Sitzung.)

Der VORSITZENDE tritt in

Punkt 5.6 der Tagesordnung „BESCHWERDEAUSSCHUSS: BERICHT ÜBER DIE SITZUNG VOM 8.3.2023“ ein.

Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses WIESINGER berichtet über die Sitzung vom 8.3.2023; der schriftliche Bericht wird nachgereicht.

Am Vortag habe es dann als dritte Sitzung und krönenden Abschluss des Sitzungsreigens auch noch den Beschwerdeausschuss gegeben. Man habe sich mit 19 Beschwerden auseinandergesetzt. Das zeige, dass die Möglichkeit zur elektronischen Beschwerde dazu geführt habe, dass man deutlich mehr Beschwerden bekommt.

Grundsätzlich sei es so gewesen, dass man eine Beschwerde vertagt hat, weil den Beitrag alle nicht gesehen hätten beziehungsweise er auch nicht zur Verfügung gestanden sei. Man habe drei Beschwerden recht gegeben, wenn er sich da richtig erinnere. Das sei aber jeweils im Konsens mit der Redaktion erfolgt. Ansonsten habe man die Beschwerden zurück- oder abgewiesen. Das bedeute jedoch nicht, dass man nicht auch zu einigen Punkten heftig diskutiert habe. Das sei auch gut so. Das bestätige den Weg, dass die Auseinandersetzung mit den Redakteuren insgesamt mehr bringe, als eine offizielle Verurteilung auszusprechen, und ein Denkanstoß sei. Das habe sich bewährt.

Damit dürfe er gleich zum zweiten Punkt kommen, eben den technischen. Es wäre für sie in der Bearbeitung sehr hilfreich, wenn man das bereits zur Verfügung stehende Beschwerdetool so weiterentwickeln könnte, dass man eine einheitliche Maske für eine Beschwerde bekomme, in der dann auch das Transkript der Sendung gleich verfolgbar beziehungsweise der Beitrag verlinkt sei. Im selben Dokument sollte dann auch gleich die Möglichkeit für die Redaktion zur Stellungnahme geschaffen werden.

Er habe dazu einen Antrag formuliert, den er in der Folge vorlesen werde. Er habe ihn an Lusser bereits übermittelt.

„Aufgrund der Notwendigkeit, den Hörern, Sehern und Leserinnen des ORF mehr direkte Interaktionspunkte zu bieten, und der deutlich gestiegenen Anzahl an Publikumsbeschwerden fordert der Publikumsrat den Generaldirektor auf, Mittel für die Weiterentwicklung des elektronischen Beschwerdetools bereitzustellen. Ziel muss es sein, jede Beschwerde in einem einheitlichen, übersichtlichen Dokument (Maske) beurteilen zu können, dass neben einem Link beziehungsweise einem Transkript der jeweiligen Veröffentlichung auch die Möglichkeit zur direkten Stellungnahme der Redaktion bietet und somit auch nach Bearbeitung der Beschwerde eine übersichtliche Speicherung jeder Beschwerde ermöglicht.“

Er wolle diesen Antrag gerne in dieser Runde abstimmen lassen.

MARSCHITZ stellt diesen Antrag, da es dazu keine Wortmeldungen mehr gibt, zur Abstimmung.

Der Antrag wird

einstimmig angenommen.

WIESINGER dankt für die Zustimmung. Man habe, wie gesagt 19 Beschwerden zu behandeln gehabt. Es würden aber seit Jänner noch weitere 67 vorliegen, die noch zu bearbeiten seien. Da tue sich also wirklich etwas. Das sei eine Interaktionsmöglichkeit, die verstärkt wahrgenommen werde. Gerade in diesen Zeiten sei es notwendig, diese offen zu halten und nicht in irgendeiner Form zu beschränken. Es müsse für sie jedoch auch handhabbar sein, weil das für sie und natürlich auch für das Gremienbüro viel Arbeit sei. Sehr viel davon werde jetzt händisch gemacht. Das sei im 21. Jahrhundert jedoch nicht zeitgemäß. Da sollte man sich weiterentwickeln.

Der VORSITZENDE meint, dass, wenn sich das so weiterentwickle, man sich sicherlich auch eine Art Vorprüfungsverfahren überlegen müsse.

Vom Wording her sollte man sich überlegen, ob die Zurückweisung einer Beschwerde die richtige Bezeichnung sei. Oft sei es ja so, dass die Beschwerde nicht zurückgewiesen werde, sondern ihr werde ja nachgegangen und es werde versucht, daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Vielleicht sollte man sich das noch einmal überlegen. Man habe sich also in Wirklichkeit intensiv mit der Beschwerde beschäftigt und daraus vielleicht sogar Lehren gezogen.

WIESINGER antwortet, dass das üblicherweise den Beschwerdeführern dann auch so mitgeteilt werde. Es sei formell eine Zurückweisung, auch wenn man beispielsweise 10 Minuten darüber diskutiere, wo da vielleicht Punkte liegen könnten, die gerechtfertigt seien. Das finde sich dann aber eigentlich immer in der Beantwortung sehr gut dargestellt wieder. In dem Zusammenhang noch einmal ein Danke an das Gremienbüro.

WEITLANER sagt, sie dürfe ja Mitglied dieses Beschwerdeausschusses sein. Sie sei nach „Dancing Stars“ auch persönlich angerufen worden. Das sei jedoch nicht das Thema. Sie habe mit einigen Personen gesprochen. Es hätten sie einige ältere Herrschaften angerufen, die sie auf die Möglichkeit einer Beschwerde hingewiesen habe. Die hätten aber gesagt, dass sie keinen Computer hätten und damit ausgeschlossen seien. Es gebe also offenbar Personen, die da noch keine Zugänge hätten. Das würden wahrscheinlich nicht mehr viele sein. Man müsse sich also überlegen, weiterhin Beschwerden per Brief oder E-Mail zuzulassen.

Man wolle für das Publikum offen sein. Man habe um die beste Form dafür gerungen, wohl wissend, dass das Gremium damit unendliche Arbeit haben werde. In Zukunft sei es wichtig, für alle offen zu sein. Daher müsse man da alle Zielgruppen berücksichtigen.

MARSCHITZ meint, dass das Briefaufkommen einigermaßen überschaubar sei, was ihn als Briefmarkensammler natürlich ziemlich erschüttere. Es würden wirklich kaum noch Briefe kommen.

WIESINGER macht darauf aufmerksam, dass man die Möglichkeit der schriftlichen Beschwerdeführung per Brief ja nicht aufgegeben habe. Die bestehe weiterhin.

Ein Vorscreening finde statt. Man habe am Vortag darüber diskutiert, wie man das auf eine bessere Art und Weise handhaben könnte, sodass nicht nur er als Gatekeeper fungiere. Man brauche jedenfalls einen Prozess, der es ermögliche, das höhere Beschwerdeaufkommen auch zu bewältigen.

MARSCHITZ meint, dass man die paar Briefe durchaus einspielen könnte. (WEITLANER: Danke. Meine Bitte ist lediglich gewesen, dass man das weiterhin zulässt.)

Der VORSITZENDE tritt in
Punkt 7 der Tagesordnung „ALLFÄLLIGES“ ein und stellt fest, dass man da einige Punkte bereits vorweggenommen habe. Normalerweise würde Siffert jetzt zum Ausflug für die nächste Sitzung einladen. Das werde man noch einmal schriftlich mit Programm in Erinnerung rufen. Das möge man also bitte schon einplanen.

An diesem Abend gebe es die Programmpräsentation von ORF III. Wer dort hingehen wolle und sich noch nicht angemeldet habe, müsse sich beim Gremienbüro noch in die Einladungsliste hineinreklamieren.

Es gebe jetzt noch 10 Minuten Pause. Um 14:15 Uhr werde dann die Führung losgehen. Der Treffpunkt sei hier; es sei wirklich spannend.

Der Vorsitzende bedankt sich herzlich fürs Kommen, fürs engagierte Mitdiskutieren, wünscht noch einen schönen Nachmittag und schließt damit die Sitzung. (*Beifall.*)

Schluss der Sitzung: 14.06 Uhr

Der Vorsitzende des Publikumsrats
Mag. Walter MARSCHITZ, BA e.h.

f.d.R.


Dr. Josef Lusser

Anhang: Beschlussprotokoll

TO-Punkt 1:

RESOLUTION DES ORF-PUBLIKUMSRATS ZUR AKTUELLEN DEBATTE UM DEN ORF

Der Publikumsrat appelliert an die Verantwortlichen in Regierung und Parlament, rasch sicherzustellen, dass der ORF auf Basis des Verfassungsgerichtshofurteils auch weiterhin über jene finanzielle Mittel verfügt, um seinem Programmauftrag umfassend und qualitativ hochwertig nachkommen zu können und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der ORF sein Angebot im digitalen Raum weiterentwickeln kann.

Entwicklungen, wie die zunehmende Verbreitung von Fake News, legen gerade jetzt nahe, die demokratiepolitisch bedeutsame Funktion des ORF als verlässliche und vielfältige Informationsquelle weiterzuentwickeln. Die empirischen Untersuchungen im Auftrag des Publikumsrats liefern dazu konkrete Orientierungen.

Auch die Leistungen des ORF in den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Sport zur Erfüllung seiner Kernaufträge sowie die Behandlung von Themen wie Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft, Volksgruppen, Jugend- und Erwachsenenbildung, Vermittlung von Wissenschaft, Gesundheit- und Umweltschutz, Kirchen und Religionsgesellschaften sowie die Förderung sozialer und humanitärer Aktivitäten sorgen dafür, dass der ORF in der österreichischen Medienlandschaft eine einzigartige und unverzichtbare Rolle spielt.

NACHHALTIGE FINANZIERUNG SICHERN

Bei der Wahl der Finanzierungsform sollten aus unserer Sicht folgende Punkte berücksichtigt werden:

- An der Finanzierung des ORF sollten grundsätzlich alle unabhängig von ihren Nutzungskanälen beteiligt sein, wobei auf einkommensschwache Menschen bzw. berücksichtigungswürdige Situationen durch Ausnahmen oder Beitragsreduktionen Bedacht zu nehmen ist.
- Wie in anderen Ländern soll die Verbreiterung der Finanzierungsbasis mit einer Senkung des Entgelts für die einzelne Nutzerin bzw. den einzelnen Nutzer verbunden sein.
- Das Modell muss eine nachhaltige Finanzierung der Aufgaben des ORF sicherstellen.
- Das neue Finanzierungsmodell soll den ORF nicht in direkte politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit bringen, sondern die Unabhängigkeit des ORF – als Grundlage für objektive Berichterstattung – stärken.
- Die Festlegung des Programmengelds soll weiterhin auf Antrag der Geschäftsführung in den Gremien des ORF erfolgen.
- Das Programmengeld soll im Sinne der Transparenz von anderen Gebühren und Abgaben entkoppelt werden.
- Das Modell muss so rechtzeitig beschlossen werden, dass dem ORF eine fristgerechte Umsetzung bis 1.1.2024 möglich ist.

Um jene, die künftig unter Umständen erstmals auch als Beitragszahlerinnen und Beitragszahler herangezogen werden, vom sinnvollen Einsatz ihrer Beiträge zu überzeugen, braucht der ORF zudem mehr Möglichkeiten, attraktives Programm auch für Zielgruppen anzubieten, die er bisher zu wenig erreicht hat (etwa Jugendliche, migrantische Haushalte u.v.m.). Mit der Verbreiterung der Finanzierungsbasis stellt sich für den ORF mehr denn je die Herausforderung, „Rundfunk für alle“ zu sein.

ANGEBOT FÜR DAS PUBLIKUM DURCH DIGITALISIERUNG ERWEITERN

Die Neuordnung der Finanzierung muss aus unserer Sicht mit der ebenfalls seit Jahren in Diskussion stehenden „Digitalnovelle“ verbunden werden. Damit soll der ORF die notwendigen Möglichkeiten zur Versorgung seines Publikums in der digitalen Welt erhalten. Die damit verbundenen Möglichkeiten, öffentlich-rechtliche Inhalte effizient und zielgruppenorientiert zu produzieren und zu vertreiben, würden das Angebot für das Publikum erweitern und müssen daher im Interesse des Publikums offensiv genutzt werden.

Der Publikumsrat tritt seit Jahren dafür ein, dass der gesetzliche „Versorgungsauftrag“ des ORF im Onlinebereich zeitgemäß weiterentwickelt wird. Unzeitgemäße Beschränkungen des Onlineangebotes widersprechen den Publikumsinteressen und sind aufzuheben. Der ORF muss etwa die Inhalte der TVthek seinen Nutzerinnen und Nutzern länger bereitstellen können (unlimitiert oder bis zu einem Jahr durch Aufgabe der 7-Tages-Befristung). Außerdem ist seine Gestaltungsfreiheit in Bezug auf das Onlineangebot sicherzustellen („online first“ und „online only“ statt der Einschränkung auf sendungsbegleitende Inhalte).

Mit Blick auf die Digitalisierung und Onlineplattformen, die Hauptkonkurrenten des linearen Fernsehens sind, kann der ORF seinen Kernauftrag, sein Publikum mit öffentlich-rechtlichem Programmangebot zu versorgen, auch nur dann umfassend erfüllen, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen an die digitale Medienwelt angepasst werden.

Der „Preis“ einer nachhaltigen Finanzierung und einer Digitalreform für den ORF darf aber keinesfalls darin bestehen, dass seine Gestaltungsmöglichkeiten an anderer Stelle beschnitten werden, ohne dass daraus ein erkennbarer Vorteil für den Medienstandort Österreich erwächst. Manche der bisherigen Vorschläge zu gesetzlichen Beschränkungen für den ORF lassen befürchten, dass in erster Linie die großen Onlineplattformen (GAFAs) profitieren würden und letztlich eine Schwächung der österreichischen Medienlandschaft die Folge wäre.

SORGSAMES WIRTSCHAFTEN FÜRS PROGRAMM

Der Publikumsrat bekennt sich zum Grundsatz sparsamen Wirtschaftens bei der Programmgestaltung, Technik und Verwaltung des ORF im Sinn eines bestmöglichen Preis-Leistungsverhältnisses für das Publikum. Die Inflationsentwicklung, strukturelle Mehrkosten und die Transformation in die digitale Welt machen es für den ORF unabhängig von der aktuellen Finanzierungsentscheidung notwendig, bestehende Angebote und Strukturen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls Umschichtungen vorzunehmen.

Sorgsames Wirtschaften und effizienter Einsatz von Ressourcen müssen dem Grundsatz „Sparen fürs Programm“ und nicht „Sparen am Programm“ folgen und den gesetzlichen Auftragsprioritäten entsprechen. Sollte der lineare Sender Sport+ aus wirtschaftlichen Gründen nicht aufrechtzuerhalten sein, muss dessen aktuelles inhaltliches Angebot jedenfalls auf anderen Ausspielkanälen (ORF1, online) bereitgestellt werden. Programmliche Leistungen des RSO sollen für das Publikum gesichert sein.

Der ORF soll nach Maßgabe seiner Möglichkeiten Beiträge zur kulturpolitisch gebotenen Fortführung des RSO leisten.

einhellig (Enthaltungen: NEPP, SCHENK) angenommen.

Seite 37

TO-Punkt 4.1:

Virtuelle Teilnahme an Sitzungen (Regelung bis Jahresende)

Plenumssitzungen werden grundsätzlich in physischer Präsenz abgehalten, sofern nichts Gravierendes dagegen spricht. In Ausnahmefällen kann man virtuell teilnehmen.

Abgestimmt wird ausschließlich in physischer Präsenz, also bei virtueller Teilnahme per Stimmübertragung. Eine virtuelle Teilnahme berechtigt nicht zum Bezug von Sitzungsgeld, außer die Sitzung wird generell virtuell abgehalten.

Das gilt auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen, deren Vorsitzende den jeweiligen Modus (virtuell oder/und physisch) festlegen.

einhellig (Enthaltung: MEYER) angenommen.

Seite 46

TO-Punkt 5.6:

Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für die Weiterentwicklung des elektronischen Beschwerdetools

„Aufgrund der Notwendigkeit, den Hörern, Sehern und Leserinnen des ORF mehr direkte Interaktionspunkte zu bieten, und der deutlich gestiegenen Anzahl an Publikumsbeschwerden fordert der Publikumsrat den Generaldirektor auf, Mittel für die Weiterentwicklung des elektronischen Beschwerdetools bereitzustellen. Ziel muss es sein, jede Beschwerde in einem einheitlichen, übersichtlichen Dokument (Maske) beurteilen zu können, dass neben einem Link beziehungsweise einem Transskript der jeweiligen Veröffentlichung auch die Möglichkeit zur direkten Stellungnahme der Redaktion bietet und somit auch nach Bearbeitung der Beschwerde eine übersichtliche Speicherung jeder Beschwerde ermöglicht.“

einstimmig angenommen.

Seite 53